hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig November 1992

11/92

2. Jahrgang

Thema:

2. Deutschland-
kongreß
habilitierter
Wissenschaftler

Mit Beiträgen von:

Dieter Dohnke / Christian Gizewski *
Karl-Heinz Heinemann
* Bernd Okun *
Gert Maibaum
u.a.

Editorial

Der personelle Selektionsprozeß im Zuge der Hochschulerneuerung des Ostens tritt vorerst in sein Endstadium: Berufungsverfahren sind in solcher Zahl und Eile durchgeführt, daß für einige Gebiete der "Markt" wie leergefegt ist und sich mehrere Universitäten um einen Kandidaten eher mittlerer Qualität balgen. Den Reproduktionsbedarf der (weit zahlreicheren) westdeutschen Hochschulen in wenigen Jahren vor Augen bleibt kaum eine tröstliche Perspektive. Die (im Osten noch besonders beschnittenen) Selbstverwaltungsmechanismen haben im Schnellverfahren ihre Belastungsfähigkeit nachweisen müssen. Über Kriterien konnte dabei kaum in Ruhe nachgedacht werden, und der Traum von der Chancengleichheit nach dem Leistungsprinzip landete auf dem harten Boden der Realität (alt-)neuer Seilschaften. Unvermeidliche Pannen, die immer auftreten, wenn die Heere in so kurzer Zeit wieder aufgefüllt werden müssen, erregten öffentliches Geschrei. Wer die Resultate von Fach- und Personalkommissionen in Listen zusammenfaßt, auf denen Hundertschaften von Hochschullehrern gleich auf Lebenszeit die Berufsausübung verwehrt wird, muß großes Vertrauen in die übermenschliche Lauterkeit und Qualifikation der Entscheidungsfinder haben. Die Beobachtung aus der Nähe nährt dagegen massiven Zweifel und läßt von Skandal sprechen, weil die Maßstäbe zu unterschiedlich waren und die Akteure selbst nicht frei von höchst persönlichen Ambitionen. Dies alles war jedoch zu erwarten, als der Rechtsrahmen für Überprüfungen so bedenklich unscharf gezogen wurde. Die tiefer liegenden Prozesse bleiben vorerst in die bedauernden Nebensätze der Kommentare verbannt: die Beseitigung eines spezifischen Mittelbaus im Osten, der mehr war als ein sich in Knechtsposition aufs ungetrübte Professorensein qualifizierend vorbereitender Nachwuchs, und damit wesentlich die vielgepriesene Lehrorientierung der ostdeutschen Hochschulen sicherte. Dies ist eben nicht nur ein gravierendes soziales Problem für die Betroffennen. Der Vorgang steht in schreiendem Gegensatz zur aktuellen hochschulpolitischen Diskussion: Man kann nicht das Ergebnis erhalten wollen und dafür die Instrumente zerbrechen. Auch dies ist nicht unbedingt ein neues Argument, aber das Charakteristikum der gegenwärtigen Hochschulpolitik ist ihre Taubheit gegen berechtigte Warnungen: noch profitiert sie von Erblasten, dieser Kredit ist jedoch bald aus der Welt geschafft.

M.M.

IMPRESSUM
hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O-7010 Leipzig, Tel. 719 22 61, Uni-Fax 209 325.
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Dirk Behr, Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Erika Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.
hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. bis Sept.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,- (ostdeutsche PrivatbestellerInnen 3,-), Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-).
Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und LeserInnenbriefen wird ermuntert. - Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder. - Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

INHALT

THEMA: 2. Deutschlandkongreß der Wissenschaftler mit Hochschullehrerqualifikation

Dieter Dohnke / Christian Gizewski :
Einige Daten zur Wirtschaftsstrukturentwicklung in den östlichen Bundesländern 5
W. H. Hauthal: Universität Leipzig in diesen Tagen 7
W. Klein / W. H. Hauthal:
Aspekte der Umgestaltung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft 9
Christian Gizewski / Dieter Dohnke:
Grundüberlegungen für eine empirische Studie zur Situation der Wissenschaftler mit Hochschullehrerqualifikation 10
Christian Gizewski / Miron Mislin / Dieter Dohnke:
Katalog der Vorschläge und Forderungen 13

REAKTION
Hans Joachim Meyer: Offene Antwort auf die Rufablehnung von H. R. Hansen 17

DISKUSSION
Karl-Heinz Heinemann : Zweierlei Arten der Vergangenheitsbewältigung. Deutsche Hochschulen nach 1945 und nach 1990 18
Bernd Okun: Thesen zur DT 64-Sendung "Veto" am 28.10. 1992 in Zwickau: Sächsische Hochschulerneuerung und gesamtdeutsche Hochschulkrise 32

BERICHTE
HIS: Wie fühlen sich Studienanfänger von der Schule auf das Studium vorbereitet 35
"Mecklenburg-Vorpommern schließt als erstes Bundesland die Hochschulerneuerung ab" 36

DOKUMENTATION
Beitrag der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns zum Kolumbus-Jahr 40

INTERVIEW *Dietrich Severin / Günter Spur:* Im Gespräch anläßlich eines Arbeitsbesuches Berliner TU-Wissenschaftler an der TU Cottbus am 16.7.92 42

DOKUMENTATION
Kurt Biedenkopf: Impulse aus der Wissenschaft für den Einigungsprozeß 45
KMK faßte letzte Beschlüsse zur Anerkennung von DDR-Abschlüssen 48
Gert Maibaum: Sächsische Hochschulerneuerung: Insgesamt gesehen erfolgreich 51
DOKUMENTATION Sächsisches Kündigungsschreiben + HPR-Reaktion 57

PROJEKTE
Institut für Umweltgeschichte e.V. 59
UfU e.V. 60
Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin 61

GELESEN "Die Abwicklung der DDR" *(P. Ternack)* 63

PUBLIKATIONEN 66

Vom 2. bis 4. Oktober d.J. tagte an der Technischen Universität Berlin der zweite Kongreß der habilitierten aber (noch) nicht berufenen WissenschaftlerInnen der Bundesrepublik. Wir veröffentlichen im folgenden die im Verlaufe des Treffens in verschiedener Weise zur Kenntnis gebrachten Papiere, die sich zuvorderst auf die Problematik habilitierter KollegInnen in Ostdeutschland beziehen.

Dieter Dohnke / Christian Gizewski (Berlin):

Einige Daten zur Wissenschaftsstrukturentwicklung in den östlichen Bundesländern

1.

Die Umstrukturierungen sei 1989 führen im östlichen Wissenschaftsbereich nicht selten zu unklaren Relationen zwischen verschiedenen wissenschaftsstatistischen Begriffen und wegen der andauernden Entwicklung auch zu unklaren Datenlagen. Dennoch gibt es bereits jetzt eine Anzahl ausreichend abschätzbarer Rahmendaten, die die Quantität der in ungesicherten Verhältnissen befindlichen Wissenschaftler und die Größeder zu bewältigenden Integrationsprobleme erkennen läßt.

Die im folgenden ausgeführten Daten stammen aus folgenden Textquellen: R. H. Brocke, E. Förtsch, Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern 1989-1991, hg. vom IGW der Universität Erlangen-Nürnberg, Stuttgart 1991(Abkürzung: BF); Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern im Geschäftsbereich des BMFT, Pressedokumentation des BMFT, Bonn Mai 1992 (Abk.: BMFT);Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung, hg. vom BMBW, Bonn 1991 (Abk.: HEP); J. Kocka, Die deutsche Einheit und die Sozialwissenschaften, in: Der Tagesspiegel, 16.9.92, S. 21 (Abk.: Kocka); D. Wonka, Das Humankapital ist im Osten nichts mehr wert, in: Leipziger Volkszeitung, 11.9.92 (Abk.: Wonka). Von den Verfassern dieser Zusammenstellung geschätzte oder ermittelte Zahlen sind mit '(DG)' gekennzeichnet.

2. Zum Umbau der Wissenschaftsinstitutionen im Osten

2.1. Es gab in der DDR des Jahres 1989 9 Universitäten und 46 andere Hochschulen (BF S. 52 f.- Übersicht). Abgewickelt wurden 16 alte Fachhochschulen (BF S.

132). Neugegründet wurden bis 1991 2 Universitäten und 20 Fachhochschulen, zum Teil unter Einbeziehung und Umorganisation alter Fachhochschulen, so daß im Jahre 1991 11 Universitäten und 20 Fachhochschulen in Fortentwicklung begriffen waren (BF S. 132 ff.). Dies dürfte ungefähr dem absehbaren Zielzustand entsprechen.

2.2. Es gab ferner 1989 im 'Staatssektor' die Akademie der Wissenschaften mit 60 Instituten, die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, die Bauakademie, die Forschungseinrichtungen des Gesundheitswesens und die GeWi-Institute sowie im Wirtschaftssektor die verschiedenen Einrichtungen wirtschaftsbezogener, insbesondere der Industrieforschung (BF S: 175 - Übersichten). An die Stelle dieser alten Strukturen sind bisher 33 neue Institute der Blauen Liste, 3 neue Großforschungseinrichtungen, 36 neue Ländereinrichtungen, 6 neue Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft und 7 geisteswissenschaftliche Zentren getreten (BMFT; Kocka), wobei diese aus fortgeführten Bestandteilen ehemaliger Akademie-Einrichtungen entstammen (HEP S. 1, Art. 1 d. Vereinbarung). Die sonstigen Forschungseinrichtungen des 'Staats-und Wirtschaftssektors' gehen in neue Verwaltungsstrukturen oder in privat organisierte Wirtschaftsunternehmen ein, wobei die starker Rationalisierung unterliegen (Wonka zur Industrieforschung).

3. Zur Entwicklung der Zahlen berufstätiger Wissenschaftler

3.1. 1989 waren an allen Universitäten und Fachhochschulen des DDR-Bereichs 39271 'Wissenschaftliche Mitarbeiter', und zwar 650 Hochschullehrer, 7000 Lehrer im Hochschuldienst und 21800 Mittelbauangehörige beschäftigt, und zwar in Berlin (Ost) 6679, in Brandenburg 1749, in Sachsen 15140, in Sachsen-Anhalt 6076, in Mecklenburg-Vorpommern 4685 (BF S. 53 f.). Die Anzahl der 'Wissenschaftlichen Mitarbeiter', die außerhalb der Hochschullehrerschaft i.e.S. den Grad des Dr. sc. hatten, läßt sich für daran arbeitende Forschungsgruppen derzeit wohl nicht annähernd ermitteln; jedoch sind uns folgende Zahlen bekannt geworden: 1981 - 1985 betrug die Zahl der 'Promotionen A' im DDR-Bereich insgesamt 19903, der 'Promotionen B' 3727; 1971 waren die Zahlen 2785/226, 1985 4467/852 (DG). Danach läßt sich zumindest schätzen, daß sich ein nicht kleiner und tendenziell zunehmender Teil der 'Dr. sc.'-Titel-Inhaber 1989 außerhalb der Hochschullandschaft im engeren Sinne befunden haben muß.

Für die 'Wissenschaftlichen Mitarbeiter' insgesamt ist eine Reduktion um 30% und speziell für die Mittelbau-Angehörigen eine solche um bis zu 60% der Ausgangszahlen nach dem Einigungsvertrag geplant und zum Abschluß in nächster Zeit vorgesehen (Wonka). Bei Evaluierungen in Sachsen wurden 1000 der 18500 Beschäftigten an Universitäten und Fachhochschulen vor den Prüfungskommissionen wegen mangelnder politischer, moralischer oder fachlicher Eignung zur Entlassung empfohlen (FAZ 29.6.92, S. 5).

3.2. 1989 waren im DDR-Bereich dem Forschungssektor unter Zugrundelegung bereinigter 'OECD-Kriterien' 140565 'Forschungs-und Entwicklungs-Vollbeschäftigte' zuzuordnen (nach anderen Kriterien ca. 160000 bzw. ca. 200000 Beschäftigte). Davon entfielen auf den Hochschulbereich 16571, auf den 'Staatssektor' 36042 - davon ca. 32000 auf den Akademie-Bereich - und auf den 'Wirtschaftssektor' 86208, - davon Industrieforschung 72250 (BF S. 48).

Ca. 4,5% der im Akademiebereich tätigen Wissenschaftler hatten den Grad 'Dr. sc.' und schätzungsweise 2% im Wirtschaftssektor.

50% der früher im Akademiebereich forschungstätigen Akademiker haben gegenwärtig noch Arbeit und nur noch 20% der früher in der Industrieforschung Tätigen (Wonka). Die vom Wissenschaftsrat für den universitären und außeruniversitären Bereich empfohlenen, mit öffentlichen Mitteln zu finanzierenden Wissenschaftler-Stellen sind zwischen 25 und 50% bisher nicht zur Verfügung gestellt oder nicht finanzierbar (Wonka).

Aus diesen Darlegungen ergibt sich trotz ihrer Inhomogenität folgende Einschätzung:

Mehrere 10000 - maximal ca. 80000 - der in der früheren DDR wissenschaftlich Berufstätigen, von denen vielleicht bis zu 2% den Grad 'Dr. sc.' erworben haben, dürften derzeit ohne einen wissenschaftlichen Arbeitsplatz sein

Christian Gizewski, PD Dr., und Dieter Dohnke , Dr. sc., leben und arbeiten in Berlin. Sie gehörten zur Vorbereitungsgruppe des Kongresses

W. H. Hauthal (Leipzig):

Universität Leipzig in diesen Tagen

Im Interesse der Hochschullehrer und der Angehörigen des Mittelbaus an der Universität Leipzig (soweit Ihnen sowohl moralische Integrität als auch fachliche Kompetenz seitens der zuständigen Kommissionen bestätigt wurde), denen jetzt gekündigt wurde, aber auch der Universität Leipzig selbst, werden nachfolgend einige dringliche Probleme genannt, und erforderliche Maßnahmenvorschläge unterbreitet.

Diese Probleme wurden bereits mit verschiedenen Betroffenen an der Universität Leipzig diskutiert, bedürfen jedoch ggf. in einigen Punkten noch einer Präzisierung und vor allem einer wesentlichen Ergänzung. Dies kann dadurch geschehen, daß, wie vorgeschlagen, der folgende, 3. Deutschland-Kongreß im Herbst '93 oder im Frühjahr '94 im Leipzig stattfindet, und Leipzig auch als sozialer Untersuchungsschwerpunkt vorgesehen wird. Unterstützt wird dieses Vorhaben vom Vertreter des Landesverbandes des akademischen Mittelbaus Sachsens (LAMS).

1. Die jetzt ausgesprochenen Kündigungen *mangels Bedarfs* sind für die Betroffenen diskriminierend und für die Universität Leipzig schädigend. Die gegebenen Begründung ist *sachlich unzutreffend*. Die Auswahlkommissionen waren mit ihrer Aufgabe *überfordert;* eine Entscheidung für bzw. gegen eine Forschungsgruppe muß zwangsläufig *problematisch* bleiben. Der

zusätzliche Zeitdruck war *kontraproduktiv*. Es ist *im Einzelfall zu prüfen* (oder zumindest zum Gegenstand der o.g. Studie zu machen), warum für manche Hochschulangehörige maßgeschneiderte Stellenbeschreibungen angefertigt wurden, für viele andere dagegen nicht.

2. Auffällig ist jedoch besonders, daß neue Ansätze im Sinne der sonst stets geforderten *fachübergreifenden Forschung kaum eine Chance* hatten.

3. Dem - nach jetzigen Stand - durch die Kündigungen gleichfalls entschiedenen Abbruch von Forschungsprojekten und Betreuungsaufgaben von Qualifizierungen muß durch Notmaßnahmen umgehend begegnet werden. Hierbei geht es u.a. auch um die Sicherung von wissenschaftlichen Ideen und Ergebnissen. Vermißt wird diesbezüglich eine Übergangslösung, wie sie bei der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften praktiziert und inzwischen auch prolongiert wurde.

4. Im Rahmen der Rechtsnachfolge der ehemaligen DDR ist dringend eine Strukturlastenbeseitigung einzufordern, z.B. durch Einrichtung von sogenannten Kw-Stellen. Dies bezieht sich z. B. darauf, daß in der DDR *'schneller studiert'* wurde. So sollte z.B. für befähigte, unter 40jährige Habilitierte unbedingt eine auf 3 Jahre befristete Möglichkeit der *Umqualifizierung* geschaffen werden (vorrangig in den Geisteswissenschaften).

5. Die unterschiedlichen Lasten und Leistungen von Hochschullehrern einerseits und derjenigen des hinsichtlich der Qualifikation breitgefächerten akademischen Mittelbaus in den neuen Bundesländern ist bezüglich der bisherigen und der jetzigen Situation stärker in das öffentlich (Verantwortungs-)Bewußtsein zu vermitteln.

6. Für Stipendien- und Umschulungsprogramme der Industrie- und andere Einrichtungen sind die jetzigen Habilitanden meist zu alt. Deshalb sollten solche Programme mindesten bis zu einem Alter von 40 Jahren geöffnet werden. Vermißt werden auch Stipendienprogramme für bereits Habilitierte zum Zwecke der Um-oder Nachqualifizierung und der Auslandsqualifizierung.

7. In den bereits abgewickelten Bereichen ist die Praxis der kurzfristigen (6-Monate-) Arbeitsverträge durch eine, die inzwischen *bereits langfristige Verunsicherung der Betroffenen und ihre Menschenwürde berücksichtigende* Regelung zu beenden.

8. Die vom Minister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen anläßlich eines Forums an der Universität Leipzig zugesagte Beschäftigungslösung für ältere Wissenschaftler ist leider total ausgeblieben. Die weitgehend einseitige Politik des Per-sonalrates gegen ältere Wissenschaftler ist zu revidieren. Sie verletzt das Leistungsprinzip und ist *keinesfalls immer sozialverträglich*.

9. In vielen Fällen wurden bei den Einstufungen der Universitätsangehörigen im Freistaat Sachsen die aus der Vergangenheit resultierenden Benachteiligungen aber auch Bevorteilungen festgeschrieben. Dies verursachte eine entsprechenden Anzahl von Einsprüchen, die aber nach einer außerordentlich langen Bearbeitungszeit negativ entschieden wurden. Zusätzlich zu der im BAT-O verweigerten Anerkennung der tatsächliche Berufsjahre führt dies zu erheblichen Einkommensminderungen und damit nicht zuletzt zu einem fehlenden Spielraum in der beruflichen Entwicklung der Betroffenen. Der Abbau dieser - auf die bewußte Ausschaltung des Leistungsprinzips in der Pieck-Ulbricht-Honecker-Ära zurückgehenden - Diskrepanzen sollte zumindest in Aussicht gestellt werden, auch für die bereits gekündigten Wissenschaftler. Demgegenüber wäre die prozentuale Ost/West-Angleichung der Einkommen nicht vordringlich.

10. Den (zum Teil langfristig) habilitierten Wissenschaftlern sollte im Freistaat Sachsen nicht länger der Titel eines Privatdozenten vorenthalten werden.

W. H. Hauthal, Dr. rer. nat. habil., ist Chemiker an der Universität Leipzig

W. Klein / W. H. Hauthal (Leipzig):

Aspekte der Umgestaltung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft

Angesichts der erschreckenden und für die Zukunft höchst bedenklichen Reduzierungen der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft halten die Teilnehmer des 2. Deutschlandtreffens der Wissenschaftler mit Hochschullehrerqualifikation folgendes für besonders wichtig:

1. Die Ausstattungen der ostdeutschen Länder mit Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie das disziplinäre Angebot dieser Einrichtungen sollten mittelfristig - propertional zur Bevölkerungszahl - denen in den alten Bundesländern angeglichen werden. Bis dies mit der Kraft der Länder möglich sein wird, sollten Deutsche Forschungsgemeinschaft, Sonderfonds und Stiftungen die Wissenschaft in Ostdeutschland verstärkt fördern.

2. Die Fächerstruktur an den Universitäten sollte stärker als bisher erkennbar auf die Förderung interdisziplinäre Ausbildung und Forschung gerichtet werden.

3. Für den Übergangszeitraum sollten Professuren in einem bestimmten Umfang auf Zeit ausgeschrieben werden, um spätere strukturelle wie personelle Veränderungen und Ergänzungsmöglichkeiten - auch im Interesse der jetzt die Hochschullehrerqualifikation nach den neuen hochschulrechtlichen Regeln erwerbenden Wissenschaftler in den östlichen Bundesländern - zu sichern.

4. Die Privatdozentur sollte für diejenigen, deren Hochschullehrertätigkeit nach Abschluß der derzeitigen Evaluations-Prozesse Bedenken nicht mehr begegnet, in den Länderhochschulgesetzen schnellstmöglich verankert und erreichbar gemacht werden.

5. Für ältere positiv evaluierte Wissenschaftler der Universitäten und des außeruniversitären Bereichs, sind - gegebenenfalls im Anschluß an die 1993 auslaufende Integrationsphase des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) - Stellen ad personam einzurichten: habilitierte oder anerkannt habilitationsähnlich qualifizierte Wissenschaftler, die zur Zeit der DDR in unbefristeten Dozenten-, Mittelbau- oder Mitarbeiter- Stellen arbeiteten

und heute mindestens 52 Jahre alt sind, sollten in *jedem* Fall in unbefristete neue Stellen übergeleitet werden. Für jüngere Habilitierte sollten Möglichkeiten der Umqualifikation geschaffen werden.

6. Die gegenwärtige Praxis zahlreicher kurzfristiger - etwas sechsmonatiger - Arbeitsverträge ist durch eine den Notwendigkeiten wissenschaftlicher Arbeit und der Würde der Betroffenen angemessene Regelung zu ersetzten.

7. Bei der Kündigung von Wissenschaftler, deren fachliche Kompetenz und moralische Integrität von den zuständigen Kommissionen bestätigt oder innerhalb eines angemessenen Zeitraums nicht bestritten wurde, ist dem Abbruch von Forschungsprojekten und Betreuungsaufgaben durch geeignete Maßnahmen, insbesondere auch dadurch entgegenzuwirken, daß den Betroffenen auf deren Wunsch und unter Ausschluß arbeits- und versicherungsrechtlicher Folgen für die Hochschulen die Möglichkeit gegeben wird, die Arbeitsmöglichkeiten der Institutionen, denen sie früher zugehörten, weiterhin zu nutzen und an deren wissenschaftlichen Leben teilzunehmen.

8. Für die in der DDR erlangten akademischen Grade und Titel sollte die Kultusministerkonfernz möglichst bald ganz genaue und schnell praktikable Regelungen - etwa hinsichtlich der Äquivalenzverhältnisse zwischen Dr. sc.-Grad und Habilitation - beschließen.

9. Bei Bewerbungen sollte die Herkunft eines Bewerbers aus den neuen Bundesländern als zulässiges Auswahlkriterium - d.h. bei gleicher Qualifikation - angemessen berücksichtigt werden.

W. Klein, Dr. sc. phil. , Berlin, W. H. Hauthal, Dr. rer.nat.habil., Leipzig

Christian Gizewski / Dieter Dohnke (Berlin):

Grundüberlegungen für eine empirische Studie zur Situation der Wissenschaftler mit Hochschullehrerqualifikation in sozial ungesicherten, wissenschaftlich unbefriedigenden oder rechtlich unakzeptablen Verhältnissen im Osten und Westen des Bundesgebiets

1. Eine Studie soll die Zielrichtung haben, die soziale und beruftsperspektivische Situation prinzipiell aller Problemgruppen von Wissenschaftlern mit Hochschullehrerqualifikation in sozial ungesicherten, wissenschaftlich unbefriedigenden oder rechtlich unakzeptablen Verhältnissen auf dem Gebiet der vereinigten Bundesrepublik empirisch ausreichend fundiert und typologisch genau zu ermitteln. Sie soll insbesondere diejenigen Bereiche und Mengen von Wissenschaftlern mit Hochschullehrerqualifikation genauer erfassen, die in früheren Studien (wie der "Karper-Studie") wegen fehlenden Rücklaufs der Fragebögen und indirekter Ermittlungsmethoden ungenügend ins Bild kamen, ferner den Gesamtbereich der Wissenschaftlerprobleme in den neuen Bundesländern angemessen erfassen und schließlich die Probleme primär von seiten der betroffenen Wissenschaftler und nicht primär - obschon auch - vonseiten der mit "Nachwuchs" zu versorgenden Hochschulstrukturen und außeruniversitären Institutionen fassen und erforschen.

2. Zu dem Kreis der zu untersuchenden Wissenschaftlergruppen sollen prinzipiell gehören:
a) aus dem Bereich der alten Bundesrepublik und West-Berlins a l l e ungefähr seit dem Jahre 1 9 8 0 Habilitierten,
b) aus dem Bereich der früheren DDR alle Inhaber des akademischen Grades "Dr. sc." ungefähr seit dem Jahre 1980, wegen des Untersuchungszweckes ungeachtet aller gegenwärtig hochschulrechtlich definierten Gleichstellungsvoraussetzungen zwischen Habilitation und habilitationsähnlichen Qualifikationen im Bereich der ehemaligen DDR.

Die genauere Abgrenzung, die aus methodischen oder praktischen Gründen geboten ist, darf nicht Vorwegselektionen bestimmter - etwa politisch klassifizierter - Gruppen zur Folge haben und muß prinzipiell dem Untersuchungszweck voll Rechnung tragen.

3. Die Befragung der Wissenschaftler soll unmittelbar erfolgen - unter weitgehender Ermittlung der Adressen über die Verwaltungen der Universitäten, Fachbereiche und wissenschaftlichen Institutionen, ergänzend über Habilitationslisten bei den Fachverbänden, über örtliche Initiativgruppen, soweit vorhanden, und mit anderen Hilfsmitteln. Eine Befragung der Dekane der zuständigen Fachbereiche kommt eher unterstützungshalber in Betracht, da in dieser Verfahrensweise früherer Studien vermeidbare Unschärferisiken liegen. Die Hinweise und Aussagen der Hochschulstatistiken (Statistisches Bundesamt, HIS Hannover, Forschungsstelle und ZAV/AIS der Bundesanstalt für Arbeit, Hochschulstatistik der früheren DDR und ihre gegenwärtige Fortschreibung an verschiedenen Stellen) sind mit heranzuziehen.

4. Die Befragung der Wissenschaftler, die mittels eines ausführlichen Fragebogens vor sich gehen soll, soll ungefähr folgende Themenkomplexe erhellen;
a) Individueller Lebenslauf und Werdegang als Wissenschaftler; derzeitiger Hauptberuf; familiäre Situation.
b) Wissenschaftliches Profil und Qualifikationen, auch für angemessene außeruniversitäre Berufstätigkeiten. Bereitschaft zur außeruniversitären Beruftsarbeit.
c)Einkommenssituation in längerer Perspektive bis heute. Zeiten der Einkommenslosigkeit und formellen (angemeldeten) Erwerbslosigkeit.
d) Basisversicherungen (Kranken-, Unfall-, Rentenversicherung, Fürsorgeansprüche gegen Dienstherren, private Vorsorgemaßnahmen) in längerer Perspektive bis heute.
e) Berufliche Tätigkeit auf wissenschaftlich angemessenem Arbeitsgebiet und auf anderen Arbeitsgebieten in längerer Perspektive bis heute.
f) Bei Wissenschaftlern aus der früheren DDR: Entlassung aus früherem wissenschaftlichen Arbeitsverhältnis mit Gründen; einstweilige Weiterführung in einem wissenschaftlichen Arbeitsverhältnis mit Perspektive; dauerhafte Überführung in ein neues wissenschaftliches Arbeitsverhältnis oder Erreichen einer angemessenen beruflichen Tätigkeit.

g) Selbsteinschätzung und Selbstbewußtsein; Einschätzung der Systeme der Wissenschaftlerausbildung und -berufswege, des wissenschaftlichen Arbeitsmarktes und der Wissenschaftlervermittlung (nach AFG und anderen Modi) sowie der Verfahrensweisen der Überleitung und Abwicklung im Bereich der früheren DDR und Ost-Berlins.

Zur Veranschaulichung bestimmter typischer Problemkonstellationen ist zusätzlich zu der normalen Fragebogenerhebung in charakteristischen Einzelfällen die weitere Untersuchung durch "Tiefeninterviews" denkbar.

Die Erhebungen sollen so gestaltet sein, daß man aus ihren Ergebnissen ggf. unmittelbare Schlußfolgerungen für Verbesserungsvorschläge bei der Gestaltung des Hochschulrahmengesetzes und der Länderhochschulgesetze, beim Arbeitsförderungsgesetz, im Sozialversicherungsrecht, in den Systemen der Forschungsförderung und Wissenschaftlervermittlung, auch für den außeruniversitären Sektor, und für die Beseitigung vorurteilshafter Einstellungen zu Menge, Lage, Qualifikationsgrad und beruflicher Eignung von Wissenschaftlern mit Hochschullehrerqualifikation in ungesicherter Stellung oder in unakzeptable Verhältnissen ableiten kann.

5. Um ein Untersuchungsvorhaben dieser Art praktikabel, d. h. mit einer nicht zu großen wissenschaftlichen Arbeitsgruppe in angemessen kurzer Zeit realisierbar und für eine Finanzierung durch öffentliche und private Geldgeber (Stiftungen) attraktiv zu halten, sind solche Reduktionen des Erhebungs- und Datenverarbeitungsaufwandes denkbar und geboten, die die zu 1. formulierte generelle Zielrichtung nicht in Frage stellen.

Insbesondere ist die Konzentration auf bestimmte, im Ensemble und in ihrer Größe für quantitative Erhebungen genügend aussagefähige Universitätsorte, Universitäten, Fakultäten und Fachgebiete denkbar.

Auch der Untersuchungszeitraum muß ggf. wegen der o.a. Notwendigkeit auf einige Jahre reduziert werden.

Durch evtl. gesondert auszuführende - Vor- und/oder Teiluntersuchungen soll in einem dringenden Datenbedarf für eine sachgerechte öffentliche Diskussion der Probleme der betroffenen Wissenschaftlergruppen so bald wie nur irgend möglich zumindest bis zu dem Grade Rechnung getragen werden, daß exemplarisch fundiertes oder sonst plausibles Argumentieren mit wissenschaftsstatistischen Angaben möglich ist.

6. Bei einer Untersuchung sollten vorhandene Teiluntersuchungen auf ähnlichen Ge-bieten, zum Beispiel aus der Arbeit von Dr. Dohnke, Berlin, oder aus der Münsteraner Untersuchung von PD Dr. Hübner, mitberücksichtigt werden, etwa als Teil einer Voruntersuchung über zwei oder drei Universitäten/wissenschaftliche Institutionen, die auch einem Finanzierungsantrag an öffentliche oder private Geldgeber zugrundegelegt werden könnte.

7. Die von dem initiierenden Diskussionskreis "Empirische Studie" ausgehend von diesen Vorstellungen erarbeiteten Ergebnisse und hergestellten Kontakte sollen weiterentwickelt werden. Der Diskussionskreis soll eine Studie dieser Art im Vorbereitungs-und Realisierungsstadium weiter begleiten.

Christian Gizewski / Miron Mislin / Dieter Dohnke (Berlin):

Katalog der Vorschläge und Forderungen

verabschiedet von den Teilnehmern am 2. Deutschlandtreffen der Wissenschaftler mit Hochschullehrerqualifikation (Berlin, 2. - 4. Oktober 1992)

Die unten zusammengefaßten Positionen wollen sowohl den neu entstandenen Problemen des Ostens als auch den lang angestauten des Westens gerecht werden. Bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangslage gibt es gemeinsame Richtungen der Lösungsansätze im Hinblick auf Hochschulrecht, Wirtschaftsförderung, Sozialsicherung, Arbeitsförderung und Wissenschaftsmanagement, aus denen nach einer Übergangsphase im Osten eine nationale Einheit der Wissenschaftlerprobleme und ihrer möglichen Lösungen werden wird. Aus diesem Grunde haben die hier konzipierten Lösungsansätze einen weiter in die Zukunft weisenden Charakter und beziehen sich gleichermaßen auf den Osten und den Westen der neuen Bundesrepublik.

Die in der augenblicklichen Übergangssituation für die östlichen Bundesländer zu erhebenden besonderen Forderungen sind in einer besonderen Anlage zu diesem Katalog zusammengefaßt, die Bestandteil des Gesamtbeschlusses ist.
Auch die weiteren Anlagen sind Bestandteil des Gesamtbeschlusses.

Die Positionen, die auf dem 2. Deutschlandtreffen erörtert und von seinen Teilnehmern gebilligt wurden, sind dazu bestimmt, von Arbeitskreisen oder Kontaktgruppen betroffener Wissenschaftlerkollegen konkretisiert und angepaßt zu werden, die für ihre Arbeitsorte am besten beurteilen werden, welche Modifikationen nötig sind. Die Bildung solcher Gruppen, die an verschiedenen Wissenschaftstandorten ihre Anliegen formulieren und betroffene ebenso wie aktiv fördernde Wissenschaftlerkollegen umfassen sollen, erscheint deshalb nötig, weil es Interessenvertretungen für die Belange ungesicherter hochqualifizierter Wissenschaftler in einer wirklich passenden und zielgerichteten Gestalt derzeit leider nicht gibt. Die Gruppen müßten und könnten daher in eigener Regie agieren, ohne andererseits darauf zu verzichten, Unterstützung von anderen Seiten einzuwerben, wenn und soweit diese ernsthaft dazu bereit sind.

Ein tragender Gedanke der folgenden Positionen ist, daß die Habilitation als Institut einer sehr weit vorangetriebenen Hochschullehrerqualifikation, die die Qualität der Wissenschaft sichern hilft, nicht nur im Interesse des Habilitanten, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit ist. Wenn dieses Institut beibehalten werden soll, muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß es für die Habilitanten eine berufliche Spezialisierung fast ohne Umkehr und einen immensen Zeiteinsatz im Interesse der Wissenschaft - und nicht nur im Interesse des privaten Fortkommens oder gar Vergnügens - ist. Die Risiken, die ein solches System für den einzelnen mit

sich bringt, können ihm nicht allein aufgebürdet werden, sondern müssen in angemessener Weise von der Allgemeinheit mitgetragen werden.

Ein zweiter Grundgedanke ist, daß in einer Zeit der 'Freisetzung' vieler höchstqualifizierter Wissenschaftler im Osten und des 'Freischwebens' vieler nicht in ein Professorenamt gelangter Habilitierter, oft auch älterer Jahrgänge, im Westen den wissenschaftlich-beruflichen und sozialen Belangen gerade dieser Gruppen innerhalb und außerhalb des Hochschulbereichs mit ggf. neuen und unkonventionellen Konzepten Rechnung zu tragen ist.

1. Sozialempirische Studie

Baldige Durchführung einer sozialempirischen Studie über die wissenschaftlich-berufsperspektivische und soziale Situation der Wissenschaftler mit Hochschulqualifikation im Osten und Westen der neuen Bundesrepublik, wobei der Schwerpunkt der Untersuchungen auf den Problemen der Wissenschaftler in ungesicherten, perspektivlosen oder rechtlich unakzaptablen Verhältnissen liegen und der östlichen wie der westlichen Problematik gleichermaßen gewidmet sein muß.

2. Anpassung des Hochschulrechts

2.1. Bei Beibehaltung der Habilitation nur wirtschaftsbezogene Kriterien für die Erteilung der Lehrbefugnis, konsequente Behandlung der Habilitation als Hochschullehrerqualifikation. Anerkannte Nachhabilitationslaufbahn in der Hochschule neben der Professorenposition und solche, die aus der Hochschule herausführen.

2.2. Beseitigung der Mittelbauabschluß-Zäsur im Qualifikationsverfahren durch ein System selbstregulativer Karriere- und Stellenplanung in Fachbereichen (Münsteraner Modell).

2.3. Angemessene Würdigung nebenberuflicher Hochschullehrertätigkeit in der Bezahlung (tarifliche Entlohnung von einer bestimmten Arbeitsleistung in Universitätsdienst an), im aktiven und passiven Wahlrecht und durch eine klare Ausstattung für ihre Tätigkeit der Hochschule.

2.4. Hochschullehreradäquate aktiv- und passivwahlrechtliche Stellung und Einbindung habilitierter Mittelbauangehöriger in die Entscheidungsprozesse ihres Arbeitsbereichs, soweit sie Hochschullehreraufgaben ausüben.

2.5. Ausschluß faktischer oder rechtlicher Altersbegrenzungen bei der Einstellung Habilitierter in wissenschaftlichen Arbeitsfeldern aller Art; Einstellung gegebenenfalls im Anstellungsverhältnis.

2.6. Anerkannte Laufbahnen älterer, nicht ins Professorenamt berufener Habilitierter: Ausgestaltung und Nutzung des Stellentyps der Hochschuldozentur und atypischer Anstellungsverhältnisse im Hochschuldienst für anerkannte wissenschaftliche Übergangslaufbahnen aus der Universität heraus und ferner über Dauerarbeitsverhältnisse älterer Habilitierter (vom 52. Lebensjahr an), soweit sie eine andere angemessene berufliche Verwendung nicht finden können und sich um ihr Fach und ihre Universität verdient gemacht haben oder einen Anspruch auf wissenschaftliche Rehabilitation geltend machen können.

2.7. Chancengerechtigkeit bei der Einstellung aller Kategorien von Habilitierten (Art. 3, Art. 5, Abs. und Art. 33, Abs. 2 Grundgesetz).

3. Subsidiäre Wissenschaftlersozialversicherung

Einführung einer Wissenschaftlersozialversicherung - in Anknüpfung an die Regelungen der Künstlersozialversicherung 1981 - für habilitierte (und nichthabilitierte) Wissenschaftsstipendiaten, nebenberufliche Hochschullehrer und andere Gruppen hochqualifizierter Wissenschaftler, die nicht auf andere Weise pflicht- oder ersatzversichert sind.

4. Anpassung des Arbeitsförderungsgesetzes

Anpassung des Arbeitsförderungsgesetzes an die Notwendigkeit, erwerbslosen Wissenschaftlern, die jenseits des 40. Lebensjahres wegen ihres Alters und ihrer Spezialisierung bislang keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, in effektiver und für die Allgemeinheit sinnvoller Weise zu helfen.

4.1. Aufbau eines auf der Zusammenarbeit von Hochschulen, Arbeitsamtsverwaltungen und Betroffenen beruhenden, nicht unmittelbar der Stellenvermittlung dienenden, sondern vor allem den wissenschaftlichen Arbeitsmarkt durchsichtig machenden, bundesweit vernetzten Informationsystems über den Bestand an wissenschaftlichen Arbeitskräften und ihre Profile.

4.2. Fortschreibung speziell angepaßter ABM-Modelle zur Überbrückung der Langzeitarbeitslosigkeit bei nicht vermittelbaren Wissenschaftlern (Berliner Arbeitsamts-Modell), Realisierung in anderen Bundesländern außer Berlin.

5. Umbau des Forschungsförderungssystems

Umorientierung des Forschungsförderungssystems auch auf das Ziel hin, geeigneten 'freigesetzten' habilitierten Wissenschaftlern den Übergang in außeruniversitäre wissenschaftliche Berufsfelder zu erleichtern. Relativierung des Begriffes und der Praxis der "Nachwuchsförderung"; insbesondere Aufhebung oder Flexibilisierung von Altersgrenzen für die Förderung.

5.1. Vergabe von Einstiegs-Forschungsstipendien durch die DFG und durch Stiftungseinrichtungen für die Wissenschaft, vor allem diejenigen, die der Wirtschaft nahestehen, für den Übergang von Wissenschaftlern in ein Arbeitsfeld bei einem konkreten Arbeitgeber.

5.2. Zusammenfassung geeigneter wissenschaftlicher Kapazitäten in wissenschaftlichen Auffanggesellschaften und deren Fortentwicklung zu angemessenen dauerhaften Einrichtungen des intermediären Wissenschaftssektor unter entsprechender öffentlicher und privater Trägerschaft; vor allem Fortentwicklung von Übergangs-Einrichtungen in den neuen Bundesländern.

5.3. Förderung von Übergangs-Laufbahnen und Auffang-Gesellschaften durch Forschungsförderungs- und Wissenschaftler-Integrationsprogramme von Bunde und Ländern unter Beteiligung anderer privater und öffentlicher Einrichtungen.

6. Anpassung des öffentlichen Dienstrechts und privatrechtlicher Karrieremuster

6.1. Die Laufbahnvorschriften des öffentlichen Dienstrechts sollten so gestaltet

und gehandhabt werden, daß sie die Verwendung älterer habilitierter (oder sonst hochqualifizierter) Wissenschaftler unter Verzicht auf weglassbare Laufbahnvoraussetzungen in allen geeigneten Arbeitsfeldern ermöglichen.

6.2. Alle Arbeitgeber außerhalb des öffentlichen Dienstes sind aufgerufen, unvoreingenommen im allgemeinen und im Einzelfall zu prüfen, inwieweit die Einstellung habilitierter Wissenschaftler aus einem nicht selten großen, verfügbaren Potential für sie Vorteile bringt.

Christian Gizewski, PD Dr., Miron Mislin, PD Dr., und Dieter Dohnke , Dr. sc., leben und arbeiten in Berlin. Sie bildeten die Vorbereitungsgruppe des Kongresses

REAKTION

Im Heft 9/1992 veröffentlichen wir die Begründung der Ablehnung eines Rufes an die Technische Universität Dresden durch den derzeit in Wien lehrenden Wirtschaftsinformatiker Hans Robert Hansen. Der Pressesprecher des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst sandte uns daraufhin eine ***Offene Antwort des Ministers Hans Joachim Meyer an H. R. Hansen.***

Prof. Hansens Absage hat uns sehr getroffen. Beim Wiederaufbau der Wirtschaftswissenschaften uns der Mitwirkung eines Gelehrten vom Range Hans Robert Hansens zu versichern, wäre ein wichtiger Schritt nach vorn gewesen. Darum haben wir auch alles getan, was heute in den finanzschwachen Kräften des Freistaates Sachsen liegt, um den finanziellen Wünschen Prof. Hansens soweit wie möglich entgegenzukommen.

Ich teile den Zorn Hans Robert Hansens über die schändlichen Gewalttaten gegen Ausländer, aber ich kann seine Begründung für die Absage nicht nachvollziehen. Er tut eben nicht, was in seinen Möglichkeiten stünde, um in dieser Situation etwas Hilfreiches zu bewirken, sondern er zieht es vor, sich unbefleckt zu halten von den Übeln dieser Welt und besonders Deutschlands.Das ist jener deklamatorische und sich den konkreten Herausforderungen der Realität entziehende Liberalismus, der bei nicht wenigen (west)deutschen Intellektuellen inzwischen zum "Markenzeichen" geworden ist. Da kann man sich dann um so leichter über die fehlenden Mittel für Kultur beklagen und zugleich fordern, mehr Geld für Investitionen zu verwenden. Da kann man sich angewidert von menschlicher Schwäche und Gemeinheit in einem Gewaltsystem abwenden und zugleich überhaupt nicht begreifen, daß die Überwindung dieser Last im Spannungsfeld von entschlossenem Neubeginn und wohlbedachter Wahrung des Erhaltenswerten, von berechtigtem Mißtrauen und eigensüchtiger Mißgunst nur eine schwierige und darum auch im Einzelfall mißlingende Gratwanderung sein kann. Und nicht zuletzt muß man doch wohl angesichts der erschreckenden Ausbrüche von Gewalt fragen: Wer trägt denn in der Bundesrepublik ein erhebliches Maß an intellektueller (richtiger sollte man sagen: ideologischer) Schuld daran, daß die Rechtsordnung den inneren Frieden nicht mehr garantieren kann? Wer hat denn jedes Gespräch darüber, wie das kostbare Asylrecht für Verfolgte im Sinne des Grundgesetzes praktisch so zu verwirklichen ist, daß es weiterhin - wie jahrzehntelamg - vom breiten Konsens der Bürger getragen werden kann, selbstgerecht verteufelt?

In den ersten Tagen des Golfkrieges sah ich in den besseren Wohngebieten Bonns weiße Bettlaken aus dem Fenster hängen, auf denen ein kühnes NEIN prangte. Ich mußte daran denken, als ich Prof. Hansens Absage las: Eine leere Geste, die nur die eigene Befindlichkeit pflegt.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

Am 4. März 1992 sendete der Deutschlandfunk Köln (DLF) in seiner Sendereihe "Zur Diskussion" ein Feature, dessen von dramaturgischen Anmerkungen bereinigtes Manuskript wir im folgenden drucken.

Karl-Heinz Heinemann (Köln):

Zweierlei Arten der Vergangenheitsbewältigung Deutsche Hochschulen nach 1945 und nach 1990

"Immerhin wäre einiges gewonnen, wenn DDR-Professoren sich daran ein Beispiel nähmen, wie nach 1945 auf dem westdeutschen Campus die Vergangenheit bewältigt wurde", schrieb der Journalist Paul Reitze in der Hochschulsonderausgabe der "Welt". Ausnahmen hätten damals, so Reitze, *"den Willen der Körperschaft zur Selbstreinigung"* nicht beeinträchtigt.

Dietrich Goldschmidt, emeritierter Professor an der Freien Universität Berlin und früherer Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung begann im September 1945 als Assistent für Soziologie an der Universität Göttingen. Er erinnert sich:

"Ich kann bezeugen: Im Mai 1945 hatten keine Revolution und kein radikaler Eingriff eines Siegers einen wirklich neuen Anfang ausgelöst, sondern die Westdeutschen und die zu ihnen gestoßenen Flüchtlinge aus dem Osten - alle besiegt, hungrig, betäubt und ideenarm - konnten, unter der Kontrolle der drei Siegermächte, nur dort wieder anknüpfen, wo sie sich 1932 befunden hatten und dann in den Untergang des Reiches führen ließen."

Nicht nur auf die Institution Hochschule bezogen, sondern angesichts des *"schmerzhaften Prozesses der moralischen Reinigung"* in den neuen Bundesländern durch die Öffnung der Stasi-Akten fragte der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, *"warum in den ersten Jahren nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht eine ähnlich schroffe Abrechnung mit den damaligen Tätern vorgenommen wurde, die bestimmt nicht mehr Schonung und Rücksicht verdient hätten."*

Das Argument des Journalisten in der "Welt", die da drüben sollten sich doch mal ein Beispiel an westlicher Vergangenheitsbewältigung nehmen, ließe sich von Betroffenen leicht umdrehen: Warum nicht wie damals alles beschweigen, nach vorn blicken und zur Tagesordnung übergehen? Offenbar, so mutmaßt mancher im Osten abgewickelte Historiker, möchten deshalb die halb gerufenen, halb einmarschierten westlichen Kolonisatoren nun an den ihnen wissenschaftlich und menschlich so fremden Kollegen gleicher Zunge und Nationalität ein Exempel statuieren. Auf ihre Kosten sollen jetzt versäumte Lektionen nachgeholt werden.

Einer, der 1972 den westdeutschen Hochschulen den Spiegel vorhalten wollte, war Ludwig Elm, damals Professor für Marxismus-Leninismus an der Schiller-Universität in Jena und Westexperte: In seinem Buch "Hochschule und Neofaschismus" zog er eine direkte Linie von der konservativen Restauration an den westdeutschen Hochschulen zu Beginn der fünfziger Jahre zum Rechtsextremismus in den siebziger Jahren. Als ML-Professor wurde er bald nach der Wende abgewickelt, obwohl man ihm, wie er betont, persönliche Integrität bescheinigt hatte.

Als der Jenenser Rektor die Karl-Marx-Büste vor dem Hauptgebäude entfernen ließ, protestierte Elm zusammen mit 50 anderen Hochschullehrern: Das sei keine Art der Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzung um die Marx-Büste wird immerhin coram publico in der Universitätszeitung ausgetragen. Der Prorektor Meinhold, als Germanist auch schon vor der Wende außerordentlicher Professor höhnte: Marx bekäme seinen Platz dort, wo er hingehöre: Im Magazin der Hochschule.

Der inzwischen nicht mehr originelle Vergleich zwischen der Vergangenheitsaufarbeitung nach 1945 und heute in den neuen Bundesländern birgt die Gefahr des Mißverständnisses, man wolle die gescheiterten Systeme Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus gleichsetzen. Vergleichen bedeutet aber nicht gleichzusetzen, sondern auch: Die Differenzen herauszuarbeiten.

Gerade beim Vergleich eines einzelnen Aspekts, der Hochschulen und ihrer Vergangenheitsbewältigung liegt die Gefahr nahe, falsch zu gewichten: Hinter den Ähnlichkeiten der Herrschaftsmechanismen drohen die wesentlichen Unterschiede zu verschwinden.

Fest steht, daß das Bespitzelungssystem und die Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern nicht aufzurechnen sind gegen die Perfektion der Vernichtung im Nationalsozialismus und gegen dessen Kriegsverbrechen.

1945 waren es außerdem die Alliierten Siegermächte, die - oft gegen den Widerstand der Bevölkerung - den Prozeß der Entnazifizierung betrieben. Innerhalb der westdeutschen Hochschulen gab es damals die Koalition des Beschweigens - wie offen ist dagegen die Debatte um Schuld und Verantwortung in den Ländern der ehemaligen DDR heute.

Damals - das darf in diesem Zusammenhang nicht außer acht gelassen werden, folgte unmittelbar auf die Bekämpfung des Nationalsozialismus der Kalte Krieg; heute dagegen ist ein potentieller ideologischer Gegner weit und breit nicht in Sicht.

"Man hört oft: '40 Jahre sind länger als 12'. Das ist richtig und doch eine Gemeinheit" - schrieb Dieter Simon, der als Wissenschaftsratsvorsitzender gewissermaßen der Oberevaluator der ostdeutschen Wissenschaftsszene ist. Viele, die schon vor 1933 in Hochschulämtern waren, waren auch 1945 noch an ihrem damaligen Platz. SBZ und DDR hatten 45 Jahre Zeit, die Hochschulen umzugestalten, die Hochschullehrer von heute sind Kinder der DDR.

Die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Epoche an den Hochschulen begann erst zwanzig Jahre nach dieser Zeit. Solange die Stasiakten von den Personalkommissionen durchgearbeitet werden, ist der Realsozialismus noch keine Epoche für die Historiker. Noch ist es nicht möglich, ein

geschlossenes Bild zu erhalten, noch sind die subjektiven Sichtweisen der Betroffenen vorherrschend, je nachdem, ob es ehemalige Ordinarien sind, die nun als Frührentner abgewickelt wurden, ob verbitterte Gegner einer Gesinnungsherrschaft, die in die Hinterzimmer der Bibliotheken verbannt waren, plötzlich in der Rolle der Hoffnungsträger oder auch der Inquisitoren schlüpfen, ob jemand nolens volens aus der jahrzehntelang gepflegten Nische ins prachtvoll getäfelte Rektorzimmer wechselt. Über die kaum begonnene personelle Reinigung der ehemaligen DDR-Hochschulen können also nur subjektive Eindrücke der auf verschiedenen Weise Betroffenen zusammengetragen werden.

* * *

Wie immer der Mai 1945 nachträglich gedeutet wird - von Befreiung oder gar Revolution war damals an den deutschen Hochschulen in Ost und West keine Rede. Der Hamburger Zeithistoriker Arnold Sywottek berichtet in einer jüngst erschienenen Publikation von einer Besprechung am 6. Mai 1945 im Universitätsgebäude, also in der Zeit zwischen der kampflosen Besetzung Hamburgs und der offiziellen Kapitulation des Deutschen Reiches. Teilnehmer waren neben dem Rektor, dem Pharmakologen Eduard Keeser, zwei Juristen und einige als NS-Gegner bekannte Professoren. NS-Rektor und ehemalige Gegner waren sich rasch einig: Keeser will zurücktreten, nicht etwa aus politischen Gründen, sondern weil er das Amt des Rektors schon viele Jahre innegehabt habe. Dies solle in völliger Legalität geschehen. Darin wurde er von den Teilnehmern der Besprechung ebenso bestärkt wie an der Kritik an den Verhältnissen in der Medizinischen Fakultät. Dort hatte nämlich ein Ausschuß zur Wiedereröffnung des Klinikums an zwei besonders belastete Professoren Briefe geschickt, in denen sie als Dozenten und Ärzte für untragbar erklärt wurden. Das gegen sie vorliegende Material werde zu gegebener Zeit den neuen Behörden vorgelegt werden. Das Protokoll der Besprechung vom 6. Mai hielt als einhellige Meinung fest, *"daß alle derartigen 'revolutionären' Aktionen zur Reinigung des Personalkörpers im ausschließlichen Gesamtinteresse der Universität zu unterbleiben"* hätten.

Ganz in diesem Sinne verständigte man sich darüber, daß der unbelastete Emil Wolff zum Prorektor ernannt werden und die Geschäfte der Universität führen sollte. Der formal weiter amtierende Rektor Keeser würde sich als "verhindert" erklären. Arnold Sywottek erkennt drei Maximen des Überlebenskonzepts der Hochschule:

"Erstens: Ein formaler Bruch der Universitätsgeschichte sollte vermieden werden; es galt eher den Eindruck zu erzeugen, als sei eine Ausnahmesituation beendet.
Zweitens: Die Universität als korporativer Personenverband vor allem der Ordinarien sollte möglichst intakt bleiben, auch über die politischen Trennlinien hinweg. Basis sollte die Einsicht in die allerseits respektierte 'Sachlage' sein.
Drittens: Für die als unvermeidbar angesehenen personellen Veränderungen sollte die Verantwortung in erster Linie bei den Besatzungsbehörden liegen."

Noch Mitte Mai ließen die britischen Besatzungsbehörden die Professoren Fragebögen ausfüllen. Viele wurden suspendiert, aber bis 1947 waren die meisten von ihnen wieder in Amt und Würden, andere Fälle wurden durch Pensionierung erledigt. Von 56 Ordinariaten waren 1947 31 mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besetzt, zwei gehörten anderen NS-Organisationen an. Bei den Medizinern gehörten 1945 fast 95 Prozent der Professoren der NSDAP oder einer

ihrer Gliederungen an, 1947 waren es etwa 70 Prozent ehemalige NSDAP-Mitglieder.

Hamburg war keine Ausnahme. In Köln verlief der Wiederbeginn ähnlich. Noch 1967 äußerte sich der Rektor von 1945, Josef Kroll, in einem Interview:

"Der alte Zustand war wiederherzustellen, wie er war, bevor der Nationalsozialismus über Deutschland hereinbrach. Wenn das erreicht worden wäre, dann konnten wir für die nächste Zeit glücklich und zufrieden sein."

Auf der einen Seite berief sich Kroll in seiner Eröffnungsansprache am 10. Dezember 1945 darauf, daß die Hochschullehrer schwach und verführt waren - auf der anderen Seite reklamierten dieselben Ordinarien für sich, *"...daß sie ihre hohe Stellung innerhalb des Volksganzen wahren und sich bemühen, auf die sittliche Entwicklung und Charakterbildung der Studierenden veredelnd einzuwirken".*

So hieß es in der Satzung, die 1945 fast wörtlich von der von 1919 abgeschrieben wurde. Der alte Zustand - das hieß der Instrumentalisierung durch den Nationalsozialismus die Idee einer unpolitischen Wissenschaft entgegenzusetzen, nicht aber eine demokratische Erneuerung.

"In akademischen Seilschaften, wie man heute sagen würde, reinigten die Kollegen einander mit Entlastungszeugnissen, den sogenannten Persilscheinen", stellt der damalige Assistent bei Helmut Plessner, Dietrich Goldschmidt, aus seiner Göttinger Erfahrung fest. Die Kollegialität umfaßte Belastete, Unbelastete und die wenigen Remigranten gleichermaßen, wie Jürgen Fischer, der spätere Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz, damals Student bei Hermann Heimpel in Göttingen berichtet:

"Die Atmosphäre war erstens autoritär und zweitens kollegial, und zwar für alle drei Gruppen, die Sie erwähnen - diejenigen, die in ihrem Amt bestätigt worden waren, die aus ihrem Amt entfernt worden waren, und die Remigranten wie Herr Plessner beispielsweise, der sich reibungslos in das Kollegium einfügte."

Remigranten, Nationalsozialisten und Mitläufer - sie alle sahen sich als Besiegte einer Besatzungsmacht gegenüber. Dazu Arnold Sywottek:

"Ich glaube aber, daß man davon ausgehen kann, daß der nationale Konsens der Deutschen sehr stark war nach 1945 und das kennen wir ja auch aus Bereichen außerhalb der Universität, Exil, Widerstand, antinationalsozialistische Betätigung, Betätigung im Feindesland sich negativ auswirkten darauf, daß die Leute, die zurückgekommen sind, mit Freuden begrüßt wurden."

Niemand hatte ein Interesse, an die Ungeheuerlichkeiten der vergangenen Jahre erinnert zu werden - die Belasteten ohnehin nicht, die Mitläufer auch nicht, aber auch die Widerständler und Emigranten nicht, denn sie mußten befürchten, daß sie sich damit außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft stellten. Das berichtet der Staatsrechtler Wolfgang Abendroth, der als ehemaliger Häftling im berüchtigten Strafbataillon 999 den Marburger Professoren besonders suspekt war. Er schrieb in seinen Erinnerungen:

"Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter den Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu ha-

ben. Es wurde heimgezahlt, daß die wenigen Antifaschisten in der gerade vorangegangenen Zeit als Aushängeschilder gegenüber den Besatzungsmächten und als 'Persilschein'-Schreiber im Entnazifizierungsverfahren benutzt werden mußten."

Was Walter Jens erschrecken ließ - daß in den Akten der Tübinger Universität aus dieser Zeit kein Sterbenswörtchen über nationalsozialistisches Unrecht zu lesen war, das erscheint Hermann Lübbe als selbstverständlich: Warum sollte man damals über politische Verfehlungen reden, die ohnehin bekannt waren? Das hätte beim Wiederaufbau nur im Wege gestanden. Diese Stille, so Lübbes Deutung, war das *"Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland".*

Der Wille zur Abrechnung fehlte, stattdessen gab es eine "nicht-symmetrische Diskretion" zwischen Ex-Nazis und Ex-Antifaschisten.

Der Hamburger Zeitgeschichtler Arnold Sywottek glaubt freilich nicht, daß es ein solidarisches Beschweigen der Besiegten gegenüber den Siegern war, sondern daß es unter der Decke brodelte:

"Es muß ein Klima gewesen sein, das durch ein Nicht-Reden, sich Beäugen, durch Mißtrauen gekennzeichnet war. Es muß ein Klima gewesen sein, daß in hohem Maße von harten Argumentationen bestimmt war.

Ich glaube nicht, daß es ein solidarisches Beschweigen war, es gab den kleinen Kreis die wußten, wir waren damals nicht dabei, wir gehörten nicht dazu. Es war dieser relativ kleine Kreis von Leuten, der nach 1945 das Sagen bekam, während die anderen sich daneben etablierten und ihre eigenen Kreise bildeten. Und zwischen diesen beiden Kreisen hat es keine intensive Kommunikation gegeben, es war kein solidarisches Schweigen der Opfer mit den Betroffenen."

Das erste Jahr verlief in den Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone kaum anders als in den Westzonen. Auch hier gab es die Eingriffe der Besatzungsmacht und das Bestreben der Hochschulleitungen, möglichst ohne Umschweife zu den Zuständen vor 1933 zurückzukehren, ein konservativ-antirepublikanisches Klima, das ja die Grundlage dafür bildete, daß sich die Hichschulen willig in den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat einfügen ließen.

Dann trennten sich die Wege: Im Kalten Krieg bot sich den Deutschen, die sich nicht selbst befreit hatten, eine neue Identität, hinter der die braunen Hemden von gestern schnell verschwanden.

Die nächste Phase der Entlastung begann, als die Alliierten die Entnazifizierung mit den Spruchkammerverfahren in deutsche Hände übertrugen. Viele, die sich an nationalsozialistischem Unrecht mitschuldig gemacht hatten, wurden als entlastet eingestuft, damit sie in den Genuß ihrer Pensionsbezüge kamen.

Man sollte sich daran erinnern, daß deutsche Hochschullehrer den Nationalsozialismus nicht nur durch Duldung und Propaganda unterstützt hatten, sondern daß Mediziner an den Massenvernichtungsprogrammen und der Ausmerzung sogenannten unwerten Lebens beteiligt waren, daß Juristen, auch Hochschullehrer, Tausende von Todesurteilen nicht nur ideologisch gerechtfertigt, sondern auch selbst unterschrieben hatten.

Doch zurück zur Vergangenheitsbewältigung nach 1945: Wer in den vierziger Jahren nicht wieder zurück auf seinen Hochschullehrerposten kam oder wer von den Flüchtlingen aus den ehemals deutschen Ostgebieten und der SBZ noch nicht wieder untergekommen war, dem wurde per Gesetz geholfen. Artikel 131 des Grundgesetzes begründete den Anspruch aller ehemaligen Beamten des Deutschen Reiches, wieder eine vergleichbare Position in der Bundesrepublik zu bekommen. Jürgen Fischer, der ehemalige Generalsekretär der Westdeutschen Rektorkonferenz, erinnert sich:

"Das betraf an den Hochschulen die vertriebenen Hochschullehrer und die amtsverdrängten Hochschullehrer, also sowohl die ehemaligen Nazis als auch die ehemaligen Emigranten, die remigrieren wollten, die kamen in den Genuß des Gesetzes zum GG 131. Die zuständige Behörde erlaubte damals die Gründung einer Kommission beim Hochschulverband, die wir die Pelikan-Kommission nannten, weil sie aus den Professoren Weber, Günther und Wagner bestand und Günther Wagner das Markenzeichen der Firma Pelikan war. Die Kommission reiste in Deutschland bei allen Fakultäten herum und versuchte nun auf Grund von Listen, die sie mit sich führte, die betroffenen Personen unterzubringen. Sie hatte dazu einen breiten Fächer von beamtenrechtlichen, angestelltenrechtlichen und forschungsfinanziellen Möglichkeiten. Sie konnte bewirken, daß sie in das Ordinariat zurückkehrten, das war aber der geringere Teil, bei dem das noch möglich war, weil die Stellen ja wiederbesetzt waren.

Sie konnten bewirken, daß sie Forschungsfinanzierung erhielten. Sie konnten bewirken, daß das Verbot nur auf die Lehre beschränkt wurde - kurzum, es gab eine Fülle von etwa 25 bis 30 Möglichkeiten, um wenigstenz die materielle Existenz und die geistige Betätigung dieser Personengruppe zu sichern."

Als Jürgen Fischer sich an den Hochschulverband wandte mit der Bitte um Einsicht in die Akten der sogenannten Pelikan-Kommission, wurde ihm nach mehrfacher Mahnung mitgeteilt, sie seien verbrannt.

1953 erschien die polemische Schrift des Göttinger Juristen Herbert Grabert "Hochschullehrer klagen an." In ihr beklagte er die Demontage deutscher Wissenschaft durch die Alliierten. Grabert war Vertreter des Verbandes der amtsverdrängten Hochschullehrer, wie sich die im Westen entlassenen und aus dem Osten geflohenen Wissenschaftler des nationalsozialistischen Deutschlands nannten. Auch Grabert bemühte einen historischen Vergleich. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 habe zu ersten Einbrüchen in den Personalbestand der Hochschulen geführt. Aber, so Grabert, der Eingriff der Besatzungsbehörden nach 1945 war brutaler.

Zitat: *"Dieser Eingriff überbot den von 1933 um mehr als das Viereinhalbfache. Er führte zu einer Personalkatastrophe, wie sie in der Geschichte der deutschen Wissenschaft beispiellos ist."*

Davon kann keine Rede sein. In Göttingen beispielsweise wurden 1933 52 Hochschullehrer entlassen, während nach 1945 nur eine Handvoll der unter nationalsozialistischem Vorzeichen Berufenen nicht wieder in den Lehrkörper zurückkehrte.

"Die Diskontinuität war 1933 bei weitem größer als 1945" - schreibt Hans Joachim Dahms in einem Sammelband über die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Und:

"Der Vergleich der Ergebnisse von Entnazifizierung und Wiedergutmachung zeigt ferner, daß nach 1945 auch keine sehr überzeugenden Anstrengungen unternommen worden sind, die 1933 ausgelösten Diskontinuitäten im Lehrkörper der Hochschule wenigstens teilweise wieder rückgängig zu machen."

Zur Ehre der Westdeutschen Rektorenkonferenz muß gesagt werden, daß sie sich kritisch mit der Polemik Graberts auseinandergesetzt hat - mit dem Tenor freilich, daß die meisten Betroffenen längst wieder versorgt seine. Aus einer Statistik des Hochschulverbandes geht hervor, daß die 409 Lehrstuhlinhaber, die nicht wieder in ihre Ämter zurückgekehrt sind, bis auf 10 alle entweder verstorben, emeritiert, in einem anderen Anstellungsverhältnis oder anderweitig mit Alterbezügen versorgt waren.

Schon Ende der vierziger Jahre spielte das Argument eine Rolle, daß man die entlassenen Nationalsozialisten wieder unterbringen müsse, um deren Radikalisierung zu verhindern. Jürgen Fischer auf die Frage, ob damals alte Nazis wieder das Klima an den Hochschulen bestimmten:

"Das ist sicher, obwohl ich den Ausdruck alte Nazis dabei nicht nutzen würde, denn diejenigen, denen ich begegnet bin, die kamen alle mehr oder weniger zu einer tieferen Einsicht über die Verantwortung, die sie auf sich genommen hatten. Das waren ja keine törichten Männer, sondern das waren hochbegabte Leute, die dann beim Wein auch zugaben, daß ihnen die Einsicht möglich geworden ist dadurch, daß sie nicht um ihre Existenz haben kämpfen müssen..."

Die Position war gesichert, nun konnte man beim Glase Wein auch über vergangene Sünden reden. Die Weinstuben verließ diese Einsicht freilich erst, nachdem die ehemaligen Funktionsträger die Hochschulen verlassen hatten, erst dann wurde die Koalition des Beschweigens gebrochen, die, so die These des Philosophen Hermann Lübbe, eine Bedingung für den zügigen Wiederaufbau war.

Zwar haben sowohl die Nationalsozialisten als auch die Alliierten in die Hochschulautonomie eingegriffen, die personelle und institutionelle Kontinuität wurde jedoch weder 1933 noch 1945 in den Westzonen durchbrochen.

Die Arbeit der Pelikan-Kommission, die die sogenannten amtsvertriebenen Hochschullehrer wieder in Lohn und Brot brachte, fand später ihre Fortsetzung, wie sich Jürgen Fischer erinnert:

"Herr Werner Weber aus Göttingen hatte damals als Assistenten in der Hochschulrechtskommission der WRK Peter Mencke-Glückert. Beides hochbegabte Juristen, diese entwickelten ein Memorandum im Hinblick auf die Tatsache, daß im Falle der vom Grundgesetz verordneten Wiedervereinigung doch gewisse Pflichten auf die westdeutschen Hochschulen zukommen im bezug auf den Personaleinsatz in solchen Fächern, die drüben vollkommen ideologisiert waren. ...Dieses Memorandum wurde also dem Bund vorgelegt - das gesamtdeutsche Ministerium nahm es auf, und bei ihm wurde ein Titel eingerichtet, bei dem in wachsender Zahl Diätendozenturen etatmäßig verankert wurden, die dann an die Länder ausgegeben wurden, je nach Antrag und dort von den Hochschulen eingesetzt wurden. Das war eine Art von ...Vorkehrung für den Fall der Wiedervereinigung und eine eventuelle Veränderung im östlichen Bundesgebiet."

In der Zeit der Regierung Schmidt wurde diese Hochschulreserve, wie dieser Etatposten intern hieß, abgeschafft. Es wäre ein zynischer Trost, wenn man nun die abgewickelten Hochschullehrer in den neuen Bundesländern darauf verweisen wollte, daß es schließlich auch seine sechs, sieben Jahre gedauert hat, bis die ehemals "Belasteten" wieder an den Hochschulen untergebracht waren.

Wie steht es zur Zeit um die Auf- und Abarbeitung der 45jährigen sozialistischen Vergangenheit der DDR-Hochschulen?

Professor Cornelius Weiss ist Rektor der Leipziger Universität. Bis zur Wende hatte er sich in einer wissenschaftlichen Nische als theoretischer Chemiker eingerichtet. In der Partei war er nicht, große Schwierigkeiten hatte er deshalb auch nicht, denn er hatte als Sohn eines Atomphysikers, der bis Mitte der fünfziger Jahre für die Sowjets arbeitete, einen gewissen Bonus. Er hatte sein "Coming out", wie er selbst sagt, im Oktober 1989 auf den großen Leipziger Demonstrationen:

"Abgewickelt wurden durch den Beschluß der sächsischen Landesregierung etwa ein Viertel. Das waren die ideologiebelasteten Fakultäten.

Ich habe mich zunächst geärgert, weil ich der Meinung war, daß sich die Hochschule von innen heraus reformieren mußte. Um Weihnachten herum war klar, daß das nicht funktionieren würde. Deswegen empfand ich den Abwicklungsbeschluß als eine Ultima Ratio und als eine Möglichkeit, ein Startzeichen zu setzen, um eine Erneuerung von innen heraus zu katalysieren.

Man hat daraus häufig geschlossen, daß die anderen, nicht abgewickelten Bereiche nicht so belastet seien durch die Vergangenheit - das war von vornherein klar, daß das falsch ist. Es gab bei den Naturwissenschaftlern, in der Medizin und auch in den ideologieferneren Geistes- und Sozialwissenschaften durchaus auch Leute, die sich nicht nur angepaßt hatten, sondern die darüber hinaus auch anderen geschadet haben, oder der Wissenschaft geschadet haben. Die eine Parteikarriere gemacht haben. Aus diesem Grund ist es jetzt notwendig, in diesen nicht abgewickelten Bereichen, die sich erst sicher fühlten und dachten, das war's, daß man auch hier jetzt eine personelle Erneuerung anstrebt und durchsetzt."

Heute sind in Leipzig wie überall in den neuen Bundesländern die Personalkommissionen am Werke: Kommissionen, in denen in der Regel ehemalige DDR-Bürger über die politisch-moralische Integrität der Hochschulangehörigen befinden sollen. Die Mitglieder sind von den Wissenschaftsministerien eingesetzt, zum Teil auf Vorschlag aus den Hochschulen. Ein maßgeblicher Teil der Kommissionsmitglieder soll aus dem öffentlichen Leben der Stadt - aus Kirchen und Parteien kommen. Die Kommission hat nicht über den Verbleib und die künftige Verwendung der Hochschulangehörigen zu befinden, sie spricht lediglich Empfehlungen für den Minister aus.

Cornelius Weiss rechnet damit, daß etwa 5 bis 8 Prozent der Hochschulmitarbeiter in Stasi-Aktivitäten verstrickt sind. In der öffentlichen Auseinandersetzung und auch an den Hochschulen entwickelt sich der Akteninhalt des MfS anscheinend zum Prüfstein für Gut und Böse.

Professor Johannes Mehlig in Halle ist inzwischen 64 Jahre alt. Er gehört zu den Erneuerern, die mehr Konsequenz in der Abrechnung mit dem alten System auch in den Hochschulen verlangen. Mehlig ist Indologe,

Sanskritforscher. Seine Nische in der Bibliothek - im wörtlichen Sinne - hat er als Zwangsaufenthalt empfunden. Auf die Frage, wann er aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen wurde, antwortet er: 1989. Mehlig ist Mitglied einer Personalkommission an seiner Universität. Er war beteiligt an der Aufdeckung der Stasiverstrickungen zweier Prorektoren. Doch inzwischen hat er seine Zweifel an dem Verfahren:

"Ich selbst bin dem etwas kritisch gegenüber. Denn bei all den Leuten, die jetzt als Mitarbeiter entlarvt wurden, stellt sich heraus, daß sie aus bürgerlichen Verhältnissen stammen, daß sie fleißig, hochintelligent waren, motiviert, skrupelhaft, sie besaßen in ihrem relativ breiten Bekanntenkreis einen hohen Grad an Vertrauen, sie waren natürlich auch ehrgeizig, teilweise pathologisch ehrgeizig und hatten das Bedürfnis, mit ebenbürtigen Berufskollegen in Kontakt zu treten, die sie in den östlichen Ländern nicht fanden, sondern nur in den westlichen. Und das waren im Großen und Ganzen die Ansatzpunkte, die der Staatssicherheitsdienst benutzt hat, um an die Leute heranzukommen und sie zu korrumpieren."

Nicht jeder, der als IM geführt wird, muß wirklich jemandem geschadet haben, umgekehrt gab es für einen Hochschullehrer viele Möglichkeiten, jungen Menschen die Karriere zu verbauen, sie zu denunzieren, wenn sie sich weigerten, Reserveoffizier zu werden oder sonstige Referenzen an das Zustimmung erheischende System zu erbringen. Wer ist nun schuldig - belastet, um auf die Terminologie aus der Entnazifizierung zurückzugreifen - wer nicht? Sucht man in den Stasi-Akten nur eine vermeintliche Sicherheit, eine Scheidelinie, hinter der sich dann die restlichen 90 oder 93 Prozent als exkulpiert aufbauen können? Gesinnung allein sollte nicht bestraft werden dürfen - das meint jedenfalls Professor Ernst Schmutzer, theoretischer Physiker und Rektor der Friedrich-Schiller-Universität in Jena:

"Ich glaube, man kann jemand, der überzeugt war, die sozialistische Staatsform in der Perspektive, im Sinne von Marx, nämlich Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Unterdrückung, ein Mann, der dafür plädiert hat, dem sollte man nicht jetzt auf Grund dieser Überzeugung den Strick drehen, son-dern ich bin schon der Meinung, daß handfeste und gerichtsfeste Sachen vorliegen müssen, und in diesem Sinne würde ich zustimmen können. Aber nicht jemand der mit reinem Herzen... Ich würde mich hüten, einen solchen Menschen zu verdammen."

Jan Olbertz ist heute Institutsdirektor bei den Pädagogen in Halle. Personalrechtlich ist er immer noch Assistent. Auch er ist einer der Nischenbewohner, als Mitglied keiner Partei in einem so hochgradig ideologisch besetzten Bereich wie der Pädagogik geradezu ein Exot. Er möchte an klaren Unterscheidungen festhalten, nicht der Abrechnung wegen, sondern weil man ein Unterscheidungskriterium braucht, wenn man überhaupt noch etwas von der personellen Substanz erhalten möchte:

"Wenn Sie sagen, daß alle, die an der Hochschule tätig waren, das System gestützt haben, das stimmt und auch wieder nicht, denn jeder hatte individuelle Spielräume auszuloten, die dieses System, teilweise ungewollt durch seine Strukturen eröffnet hat. Und da ist es für mich schon ein großer Unterschied, ob man Parteistrukturen, denen man sich willig hingegeben hat, für die eigene Karriere ausgenutzt hat, oder ob man gar umgekehrt für die Behinderung von Andersdenkenden, ob man sich mit dem Ellenbogen unter Zuhilfenahme dieser Möglichkeiten in der DDR, seinen Weg rücksichtslos gebahnt hat, oder ob man mit einer Grunddistanz Spielräume ausgelotet und genutzt hat - und das sind für mich schon Unterschiede, die weit über das hinausgehen, was man vielleicht landläufig mit irgendwelchen Mitgliedschaften erklären könnte."

Das Klima an den Hochschulen leidet unter der Vergangenheitsaufarbeitung, so empfinden es Erneuerer und Abgewickelte gleichermaßen. Im Unterschied zur Zeit nach 1945 gibt es diesmal keine Koalition des Beschweigens - der Riß geht durch die Hochschulen wie durch die ganze Gesellschaft. Man will sich von den Tätern von gestern distanzieren - aber es kommt zu einer allgemeinen Entsolidarisierung. Der Leipziger Rektor Cornelius Weiss:

"Es gibt ein weit verbreitetes Mißtrauen jedes gegen jeden. Das ist kein Wunder. Jeden Tag, wenn man die Zeitung aufschlägt, ließt man eine neue Horrormeldung aus den Stasiakten. ... Diese Nachrichten führen zu einem allgemeinen Klima des gegenseitigen Mißtrauens. Es ist insofern gefährlich, als man jetzt jemanden sehr schnell durch Rufmord erledigen kann. Ich bräuchte nur in der Mensa, wenn dort einer vorbeigeht zu sagen, das ist auch einer, der belastet ist. Der wird innerhalb von 14 Tagen isoliert sein."

Die Solidarität derjenigen, die sich 1989 auf der Straße zusammenfanden und die damals die Abrechnung selbst einleiteten, zerbricht:

"Diese gemeinsame Basis geht jetzt mehr oder weniger unter. Die geht jetzt unter im Klima des allgegenwärtigen, universellen Mißtrauens, das jetzt in der Universität herrscht. Da bleibt keiner verschont. Wirklich ausgewiesene Leute, da kursiert plötzlich gerüchteweise, sie seien IMs gewesen, solche Dinge werden heute einfach geglaubt, dagegen trete ich an."

Hinzu kommt der Kampf ums Überleben an der Hochschule. Knapp die Hälfte der Mitarbeiter wird am Ende der Umstrukturierung übrig bleiben. Darüber klagen einhellig die Rektoren Weiss und Schmutzer. Cornelius Weiss:

"Ja, das ist das Tragische, die Aufarbeitung der Vergangenheit ist unter den Druck geraten, daß jetzt ein Stellenabbau erfolgen muß. Das führt natürlich dazu, daß jeder ums Überleben kämpft. Das stört die Erneuerung. Zweitens stört die Erneuerung, daß manche jetzt noch persönliche Rechnungen begleichen wollen, die mit Politik nichts zu tun haben. Drittens stört die Erneuerung, daß jetzt auch Leute sich zu Wort melden, die es in der Vergangenheit nicht aus politischen Gründen zu nichts gebracht haben, sondern denen das Fachliche fehlte, und die jetzt ihre Leistungsunfähigkeit in der Vergangenheit zur Tugend des bewußten Widerstands hochstilisieren wollen."

Wer die Abwicklung an der Hochschule überstanden hat und auch die politisch-moralische Überprüfung hinter sich gebracht hat, wer den Besuch der Evaluatoren des Wissenschaftsrates überstanden hat, der hat keinen Grund zum Aufatmen. Noch sitzt er oder sie nämlich auf einer Stelle nach altem DDR-Recht, den ersehnten Status als Professor bundesdeutschen Rechts wird er oder sie erst über die Hürde eines erneuten Berufungsverfahrens erreichen. Man wird sich zusammen mit anderen Kandidaten, zum großen Teil aus dem Westen, in die Schlange der Bewerber um seinen Lehrstuhl einreihen müssen.

Rektor Schmutzer aus Jena berichtet von Ausschreibungen, auf die zwei- bis dreihundert Bewerbungen eingegangen sind. Selbst, wenn zwei Drittel davon von zu kurz Gekommenen aus dem Westen stammen, die nun eine späte Chance für sich wittern, bleibt ein großer Rest mit langen Publikationslisten und westlichen Empfehlungen, gegen die es die östlichen Bewerber sehr schwer haben.

Die Autonomie der Hochschulen ist durch die Erneuerungsgesetze arg beschränkt. Berufungskommissionen werden von den Ministerien benannt. Für Rektor Ernst Schmutzer aus Jena ein äußerst unbefriedigender Zustand:

"Im Ministerium wird hoffentlich bald, damit wir zu einer besseren Arbeitsfähigkeit kommen, entschieden, und wir unsere Berufung bekommen. Viele sind jetzt sehr unzufrieden und frustriert, weil sich das hinzieht und wieder hinzieht, und man muß schon sagen: Hut ab vor dem Leistungswillen der Menschen, die in dieser Unsicherheit alles tun und sich zum Letzten ausschöpfen, um uns auf dem gemeinsamen Weg voranzubringen.

Wir wollen so schnell wie möglich nach der personellen Sanierung unsere Autonomie im Sinne der Autonomie der westdeutschen Hochschulen wiederhaben, damit wir auch schneller handeln können, damit nicht alles durch soviele Kommissionen läuft und sich halbtot läuft dabei."

In den Personalkommissionen sitzen zwar Ostdeutsche. Über Berufungen, Einstellungen und Verbleib entschieden wird dann aber von Gründungs- und Berufungskommissionen, in denen westdeutsche Wissenschaftler die Mehrheit bilden. Liegt es da nicht nahe, wie einstmals die Alliierten heute die westdeutschen Landnehmer als eine neue Besatzungsmacht zu empfinden, gegen die sich die einheimischen Besiegten solidarisieren müssen? Rektor Ernst Schmutzer:

" Wir hatten in der Anfangsphase, als die ersten Evaluierer kamen, nicht immer die angenehmsten Erlebnisse, und selbst vor zwei Wochen war hier ein Zeitungsartikel in der lokalen Zeitung, wo sich ein westlicher Kollege als Kommissar bezeichnet - ich habe eindeutig gesagt - schon vor anderthalb Jahren - wir haben uns hier selbst befreit und wir sind kein Besatzungsgebiet, deshalb brauchen wir auch keine Kommissare. Wir sind aber dankbar für jeden, der uns hilft und einen guten Rat gibt zur Gesundung der Universität und für die Demokratisierung unserer Universität."

Anders als vor etwa einem Jahr herrscht nun die Meinung vor, daß eine Reinigung aus eigener Kraft nicht möglich gewesen wäre, sondern daß westliche Unterstützung notwendig ist. Trotz abstoßender Beispiele von Kommissaren und Kolonisatoren gibt es bei diesem Umbruch im Unterschied zu dem von 1945 bei einer großen Gruppe die Bereitschaft, sich mit den Westdeutschen zu identifizieren. Schon vor 1989 ging ein Riß durch die Ost-Republik, und es gab die große Gruppe derjenigen, die sich schon längst mit den Deutschen im Westen identifiziert hatten, soweit ihnen Kontakte und vor allem die Medien dazu Möglichkeiten boten. Mancher von ihnen geht heute härter noch als die westlichen Gutachter mit der Wissenschaftskultur ins Gericht, die in 45 Jahren Sozialismus entstanden ist, wie zum Beispiel Johannes Mehlig:

"Wir dürfen nicht vergessen, es sind 45 Jahre, mehr als zwei Wissenschaftlergenerationen ins Land gegangen, die in verheerender Weise unter dem Eindruck einer Diktatur standen und diese Diktatur ausgebaut haben. Natürlich kann ich den jüngeren Leuten nicht den Vorwurf machen, wohl aber den älteren - ich selbst gehöre zur älteren Generation. Meine Generation, obwohl ich von mir behaupten kann, nicht schuldig zu sein, meine Generation trägt in der Tat viel Schuld. Denn meine Altersgenossen wußten noch einigermaßen, was Wissenschaft sein konnte, sie haben sich davon distanziert und haben das System getragen."

Hat Johannes Mehlig recht, daß es wirklich in den 45 Jahren ostdeutscher Entwicklung gelungen ist, eine eigenständige, vom Westen relativ isolierte Wissenschafts- und Wissenschaftlerkultur zu entwickeln, eine sozialistische Intelligenz also, die nicht fähig ist, nach dem gesellschaftlichen Umbruch an einem gesamtdeutschen Wissenschaftsbetrieb teilzunehmen? Es müßte genauer untersucht werden, welche tatsächlichen Auswirkungen die auf Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder ausgerichtete Bildungspolitik gehabt hat und ob sie auf Dauer durchgehalten wurde. Tatsache ist jedoch, daß die überwiegende Mehrzahl der Hochschulangehörigen im Sozialismus groß geworden ist. Viele von ihnen haben ihre Karriere dem System nicht nur aufgrund besonderer Unterwürfigkeit zu verdanken, sondern auch, weil zumindest in der Anfangsphase eine neue Schicht der Intelligenz herangebildet werden sollte, die auch dem neuen Staat besonders verbunden ist - mit der Folge, daß die Verbindungen zur westdeutschen Intelligenz, die heute per Lufthansa das teils ihr zugefallene, teils gern aufgenommene Mandat zur Umgestaltung wahrnimmt, nicht sehr groß sind.

Der Wissenschaftsratsvorsitzende Dieter Simon hat einen sicher sehr subjektiven Eindruck von den unterschiedlichen Kulturen in seinen "Evaluierungssplittern" eingefangen:

"Auch im Alt-Land sieht nicht jeder Professor wie ein Professor aus. Aber viele schon. Im Neuland gibt es auch viele, die wie Professoren aussehen. Aber auch viele, die auf keinen Fall wie Professoren aussehen und es doch sind. Woran liegt das? Nicht an den schlipslosen Hemden. Eine proletarische Uniform genügt nicht. Auch nicht an den athletischen Figuren, die auf vergangene Körperertüchtigung schließen lassen (Sport als Pflichtfach!). Es sind die Gesichter. Keine schlechten Gesichter. Gute-Kumpel-Gesichter. Prost-Gesichter. Mir-kann-mannichts-vormachen-Gesichter. Ärmelaufkrempel-Gesichter. Sinnliche Gesichter dagegen selten: Von Denkwut geprägte Gesichter. Neugier-Gesichter. Entdecker-Gesichter. Wein-Gesichter."

Die westlichen Seilschaften haben mit den alten östlichen nur die Funktionsweise, nicht aber das Personal gemein. Wer damals nicht dazugehörte, für den ist es heute leicht, einen Gründungsdekan aus Bonn oder Erlangen zu akzeptieren. Andere, wie Jens Olbertz aus Halle, sehen sich als ostdeutsche Wissenschaftler durchaus in der Lage, am Erneuerungsprozeß teilzunehmen:

"...weil genügend Leute hier sind, ich zähle mich mal ganz frech dazu, die in der Lage sind und Lust haben, den Wessis Paroli zu bieten, die hier mit Besatzermentalität auftauchen. Denen sagen wir das ja auch. Ich kenne auch andere, die sehr konsensbereit mit uns gesprochen... und ich sehe auch Fälle, daß wir einige der Kollegen, die hier anfingen, sehr naßforsch zu Werke gehen, umzuerziehen vermocht haben, indem wir ihnen eben Achtung abringen konnten für das, was wir hier bisher gemacht haben und in welcher ungeheuren Bedrängnis wir uns befunden haben, das sind ja Situationen, die ein Westdeutscher in seiner ganzen Biographie nie hat durchleben müssen.

Sodaß ich dem Bild der Kolonisierung vor einem Jahr noch zugestimmt hätte, aber jetzt zunehmend davon Abstand gewinne. Aber durch Erfahrungswerte, die aus dem Dialog mit den Wessis erwachsen sind."

Anders sieht es für die Abgewickelten aus und für die Sozialwissenschaftler, die schon zu DDR-Zeiten auf den Lehrstühlen saßen, auch wenn sie sich als kritische Marxisten verstanden, wie etwa Bernd Okun, Philosoph in Leipzig:

"Was wir zur Zeit erleben, ist ein Zirkel, aus dem man nicht rauskommt. Wir müßten unsere Vergangenheit aufarbeiten, sind aber zum größten Teil nicht mehr an der Universität. Die westdeutschen Kollegen müßten uns bei der Vergangenheitsbewältigung helfen, das ginge aber nur bei einer selbstkritischen Sicht auf ihre eigene Vergangenheit und mit der Reflexivität des Begreifens, daß das westdeutsche Universitätsmodell, das der DDR übergestülpt wurde, bis vor der Wende der härtesten Kritik ausgesetzt war - und plötzlich ist es das Non-Plus-Ultra der Entwicklung. Also da geht alle Glaubwürdigkeit verloren, wenn Leute, die diese kritische Selbstreflexität nicht mitbringen, uns in der Vergangenheitsbewältigung so ne Art Anleitung geben sollten. Das funktioniert nicht."

Für Marxisten und Sozialwissenschaftler, die an einer aus der alten DDR überkommenen Wissenschaftstradition festhalten wollen, wird vorerst, so ist zu befürchten, an den ostdeutschen Hochschulen kaum noch Platz sein. Zu befürchten ist dies deshalb, weil damit ein Stück Wissenschaftspluralismus aufgegeben wird.

Vermutlich ist es eine Illusion, jetzt Reflexion und Vergangenheitsaufarbeitung zu erwarten. Alle sind daran interessiert, möglichst schnell wieder zu funktionierenden Strukturen zu kommen - der Blick geht nach vorn, ähnlich wie nach 1945.

Der Hamburger Historiker Arnold Sywottek hält die Übernahme westlichen Hochschulpersonals im Osten um der Marktchancen der jungen Generation willen für geboten:

"Wenn in den neuen Universitäten ein Nachwuchs herangebildet werden soll, der konkurrenzfähig, zumindest in ganz Deutschland ist, dann läßt sich das nach meinem Dafürhalten mit dem alten Universitätspersonal nicht erreichen. Die Vergleichbarkeit der Standards wird für die künftigen Abnehmer, Unternehmen, Behörden, nur dann gewährleistet sein, wenn die Hochschullehrer derselben Qualifikation nach lehren wie in Westdeutschland, und das setzt voraus, daß sie neue Mitglieder aus Westdeutschland aufnehmen."

Der Umgestaltungsprozeß in den Hochschulen der neuen Bundesländer hat kaum richtig begonnen. Von einer Vergangenheit der DDR-Hochschulen kann noch gar keine Rede sein, alles ist noch gegenwärtig. Dennoch sind im Vergleich mit dem Umbruch 1945 einige Unterschiede offensichtlich: Der Wille zur Abrechnung fehlte damals - trotz oder gerade wegen der schwer zu begreifenden Dimension des Verbrechens - heute tritt er massiv auf - und nicht nur von westlichen Vollstreckern geschürt.

Damals dienten personelle Opfer - soweit sie gefordert und tatsächlich gebracht wurden - dazu, die Strukturen zu retten, eine Kontinuität zu erhalten. Daß heute mehr und radikaler abgewickelt wird, bedeutet nicht nur, daß mehr davon betroffen sind, sondern auch, daß Strukturen und Inhalte der Institution liquidiert und westlichen Standards angepaßt werden sollen. Die Distanz, über mögliche erhaltenswerte Züge des DDR-Studiensystems nachzudenken, fehlt heute. Ebenso mangelt es daran, über die Abrechnung persönlicher Schuld hinaus nach der Rolle der Hochschulen und der einzelnen Wissenschaften im Sstem des Realsozialismus zu reflektieren.

Die Abrechnung fällt auch aus "technischen" Gründen leichter: Die ehemaligen DDR-Hochschullehrer können sich nicht auf einen Beamtenstatus berufen. Das Hochschulpersonal muß ohnehin aus finanziellen Gründen radikal abgebaut werden - unter diesen Umständen kommt keine Solidarität auf. Und schließlich gibt es genügend Ersatz aus dem Westen, alles Bedingungen, die es nach 1945 nicht gab.

Eine Aufarbeitung der Vergangenheit forderte an den westdeutschen Hochschulen erst eine spätere Generation. Sie wird auch in den neuen Ländern erst möglich sein, wenn der Blick nicht ausschließlich auf die Stasiakten fixiert bleibt und der Druck von allen Beteiligten genommen ist, rasch wieder einen funktionierenden Hochschulbetrieb aufzubauen. Es bleibt die Hoffnung, daß dazu auch in Ostdeutschland eine spätere Generation in der Lage ist.

Zwar griffen die Alliierten und die deutschen Verwaltungen auch 1945 und danach in die Hochschulautonomie ein, aber mit der Abwicklung heute waren diese Maßnahmen nicht vergleichbar. Eine ambitionierte Evaluierung der gesamten Struktur gab es nicht - wer hätte sie damals durchführen sollen? Es gab keine Alternative zum Eingreifen in die Hochschulautonomie, wie Jan Olbertz aus Halle feststellt:

"Meiner Meinung nach gibt es überhaupt keinen Präzedenzfall, wo die Universitäten sich gravierend durch Selbstheilungskräfte Impulse gesetzt hätte, ob es der Humanismus der Renaissance ist, der von außen in die Universität hineingetragen worden ist, die Aufklärung ist ein besonders schönes Beispiel, Humboldt war Administrator...ich weiß nicht, ob man die Universität nicht überfordert, sie hat aus ihren Strukturen ein Beharrungsvermögen entwickelt, das mich eher mißtrauisch macht, sie könnte sich aus sich selbst heraus derartig grundsätzlich wandeln wie sie es im Moment muß."

Da stellt sich die Frage, ob sich daraus ebenfalls Konsequenzen für die westdeutschen Hochschulen ergeben, deren Unfähigkeit zur Reform von innen heraus nun schon seit Jahrzehnten beklagt wird.

Karl-Heinz Heinemann lebt als freier Journalist in Köln. Letzte Buchveröffentlichung: Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. *Köln 1992*

Bernd Okun (Leipzig):

Thesen zur DT 64-Sendung "Veto" am 28.10. 1992 in Zwickau: Sächsische Hochschulerneuerung und gesamtdeutsche Hochschulkrise

1.

Die Entlassungen an Sachsens Hochschulen erreichen eine für die deutsche Geschichte beispiellose Größenordnung. Ein solcher Einschnitt müßte gut begründet sein, ist er aber nicht.

Erstens wurde das Prinzip des Föderalismus, im Westen ja vernünftig, blind auf den Osten angewandt und mußte sich ins Gegenteil verkehren. In Sachsen konzentrierten sich 40 % des Hochschulpotentials der DDR bzw. der neuen Bundesländer. Hochschulpolitik allein auf Landesebene mußte Sachsen überfordern und die anderen neuen Bundesländer benachteiligen. Hier wäre der Bund gefordert gewesen. Doch der politische Wille dazu blieb mit dem Hinweis auf die *zweite* Begründung aus: Das Hochschulwesen müsse ideologisch entrümpelt werden.

Das bestritt und bestreitet niemand, nur wurde hier das Kind mit dem Bad ausgeschüttet, sprich auch Bewahrenswertes aufgegeben. Und immer, wenn wirkliche Entwicklungskonzepte fehlen, profilieren sich Politiker an Vergangenheitsbewältigung. Hochschulpolitik schien ein Feld zu sein, auf dem man, ohne um Wählerstimmen fürchten zu müssen, Konsequenz in der Vergangenheitsbewältigung demonstrieren konnte. Hochschulangehörige, die Intellektuellen überhaupt, bilden schließlich eine kleine Bevölkerungsgruppe, die unter dem Ruf "Nie wieder Szialismus" in die Nähe von "Schreibtischtätern" und Nutznießern des Realsozialismus gerückt werden konnten, so daß sich öffentlicher Protest gegen die Massenentlassungen höchstens bei bekannten Medizinprofessoren regt.

2.

In den Hochschulen selbst führte die lang hingezogene Entlassung zur Entsolidarisierung, zum Gebrauch des Ellenbogens und zur nachträglichen Veredlung manch bequemen Nischendaseins zum "Widerstand" gegen die SED-Diktatur. Wissenschaftliche Spitzenkräfte wären unter DDR-Verhältnissen kaum an führende Postitionen gelangt, ohne sich wenigstens partiell mit dem Staat zu arrangieren. Damit sind sie in der Verteidigung ihrer Positionen an der Hochschule in Hinterhand. Was wunder, wenn ihnen lukrative Angebote aus der Wirtschaft den Abschied von der Universität leicht machen. Abgesehen von einigen bleibewilligen und "entgauckten" Spitzenkräften hat sich an den Hochschulen eine neue Qualität akademischen Mittelmaßes etabliert. Nicht die wenigen jungen, wirklich innovativen oder ehedem tatsächlich an ihrem wissenschaftlichen Aufstieg behinderte Kräfte bestimmen das Bild der neuen Professorenschaft, sondern "verhaltenes", bislang eher durch Zurückhaltung, nicht selten durch schlichten Opportunismus aufgefallenes Establishment. Tatsächlich oder vorgeblich frühere Systemdistanz bringt nun in "exponierte" wissenschaftliche Ränge. Freilich, frühere "Systemferne" spricht noch lange nicht dafür, wissenschaftliche Zukunft gestalten zu können und kann auch für wissenschaftliche Unfähigkeit, für Mittelmaß oder Bequemlichkeit gestanden haben.

3.

Die Erneuerung der Hochschulen kollodierte von Anfang an mit einem anderen Interessenstrang. Der Elitenwechsel im Osten war **die** Chance, westdeutsche Beförderungsstaus unter dem hehren Etikett von Freiheit und Demokratisierung der Wissenschaft aufzulösen. Viele der Westwissenschaftler, die vor der Vereinigung nicht müde wurden, die Krise des westdeutschen Hochschulsystems zu beklagen, installierten im Osten genau dieses System mit. Die unverhoffte Eroberung von Lehrstühlen und Professuren brachte und bringt uns eine Generation von Hochschullehrern aus Richtung West ins Land, die das Interesse an tiefgreifenden Reformen unterwegs, mit ihrer Berufung, verloren haben. Von wem sollen dann aber dringend notwendige Veränderungen aus den Universitäten heraus getragen werden, wenn auch die StudentInnenschaft, von einer kleinen aktiven Minderheit abgesehen, kaum noch innovative politische Impulse und reformerische Hartnäckigkeit einbringt?

4.

Wer fragt noch nach den langfristigen Folgen dieser "Umstrukturierung"? Welchen Preis zahlt die Gesellschaft dafür, daß der studentischen Population die Fähigkeit seismographischer Systemkritik verloren geht? Das neue alte Hochschulsystem fördert ihre Monadisierung bis zum Exzess, bis zur fatalen Entpolitisierung der Hochschulen. War nicht die kritische Selbstreflexivität der Bundesrepublik, nicht zum wenigsten unter der StudentInnenschaft verankert, Teil der Attraktivität dieser Republik?

Überhaupt: Für viele kritische Intellektuelle unter den Ostdeutschen, die im Überschwang der Wende viele Hoffnungen in die westliche Demokratie insgesamt und die Autonomie der Hochschulen besonders gesetzt hatten, ist das der größte Schock: Wir sind nicht der selbstkritischen, refelexiven Bundesrepublik von vor 1989 beigetreten, sondern einer konservativ verfestigten. Das Paradoxe daran ist aber, daß die "Revolution" in der DDR wie ihr anschließender Beitritt zur Bundesrepublik das wesentlich erst ausgelöst haben.

5.

Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten orientiert sich fast gänzlich auf Strukturen, völlig abstrahiert davon, **wofür** die neuen Länder Hochschulen und Wissenschaft brauchen. Vor lauter strukturellen Überlegungen, Hochrechnungen auf die Situation in Baden-Würtemberg und fiskalischer Mystik kommen *inhaltliche Diskussionen zum Sinn des Ganzen* viel zu kurz. Es wird fast völlig vergessen, daß der ostdeutsche Systemtransfer die größte Herausforderung der modernen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands bildet, für die es kein Vorbild gibt. Aus der Erfahrung der Altbundesrepublik allein läßt sich hier nichts bewältigen. Die regionalen Spezifika und die strategischen Herausforderungen des Systemtransfers wurden erheblich unterschätzt. Das ist aber die entscheidende Perspektive der ostdeutschen Hochschulreform.

Gebraucht werden Akademiker, die den ostdeutschen Transformationsprozeß als Betroffene mit authentischer Sicht auf ihre Vergangenheit und mit der Aufgeschlos-

senheit von Newcomern in bezug auf das neue Gesellschaftssystem wissenschaftlich begleiten können. Nicht Einebnung des Wissenschaftspersonals, nicht Gleichschaltung nach westlichen Muster wären das Gebot der Stunde, sondern bewußte Ausnutzung der wohl einmaligen Chance der deutschen Vereinigung, dem Zusammentreffen zweier Wissenschafts- und Hochschulkulturen!

Zwei unterschiedliche wissenschaftliche Arbeitsweisen sowie Lehr- und Forschungsverbunde könnten einander produktiv ergänzen. Höchst unterschiedliche Erfahrungen, Biographien und Mentalitäten böten reiche Anregungen für eine innovative Gestaltung der deutschen Einheit. Aber wo Hochschulpolitik in Fortsetzung des Kalten Krieges praktiziert wird, ideologischer Revanchismus vernünftige Auseinandersetzungen verhinderte und die Kritik am bundesdeutschen Hochschulwesen erst wieder laut wird, *nachdem es auch im Osten hergestellt ist*, nachdem alle Reformansätze von unten mit dem Seilschaftsvorwurf denuziert wurden, ist wohl nichts anderes zu erwarten. Armes Hochschuldeutschland! Und das eigentliche Unglück ist wohl dies, daß anders als zu früheren Zeiten das heutige Studienregime Proteste dagegen an den Hochschulen selbst gar nicht erst aufkommen läßt. Protest kommt im Kleinformat daher und versandet im Kontext der vielen inflationären Protestationen westlicher Demokratie.

Die DDR hatte als Reflex auf den zentralistischen Herrschaftsanspruch der SED-Spitze eine eigentümliche Protestkultur hervorgebracht. Nicht zur Wahl zu gehen oder Ausreiseantrag zu stellen, trafen das Regime. Die Überreaktion des MfS-Apparates war eine Quasi-Bestätigung für die Wirksamkeit dieses Protestes. Das zentralistische System selbst sorgte für eine systemdestabilisierende Qualität dieser Proteste. Ab einem bestimmten Grad von Öffentlichkeitsschutz durch die audiovisuellen Medien des Westens (in Leipzig 1989) liefen die gewaltigen Schutzvorkehrungen der SED-Spitze ins Leere. Hatten Protestformen in der DDR einen klaren Adressaten, so versandet in der Bundesrepublik eine stetig wachsende Inflation von Protesten ins Nichts, leider auch im Hochschulbereich. Es fehlt allerorten an konzeptioneller, ganzheitlicher Reformopposition, obgleich zu den vielen einzelnen Reformvorschlägen kaum noch wirklich neue hinzugefügt werden können. Aber damit entfällt auch rechtzeitige Krisenvorsorge. Die Dinge treiben auf einen nicht mehr berechenbaren Problemstau zu, wie wir Ostdeutschen das schon einmal erlebt haben...

6.

Nach den bisherigen Ergebnissen der "Erneuerung" fragt sich mit immer größerer Verwunderung, was eigentlich "erneuert" wurde. Ein altes, einseitig ausgerichtetes System wurde durch ein neues altes einseitig ausgerichtetes System ersetzt. Wir haben nun auch im Osten Hochschulen, die ihrer Anlage nach nicht zukunftsfähig sind. Das bestreitet nun mittlerweile niemand mehr. Dafür soll also der ganze "crash" riskiert worden sein mit seinen zigtausend Entlassungen, der Sturz einer intellektuellen Elite ins Nichts! Für un-studierbare Universitäten und Kastration selbstreflexiver intellektueller Potentiale! Wer von den heute dafür Verantwortlichen will das späteren Generationen erklären können?

Bernd Okun, Prof. Dr., Kommunikationswissenschaftler, ehemals Universität Leipzig, z.Z. im Wartestand für eine Professur am FB Kommunikations- und Medienwissenschaft i.G., die demnächst ausgeschrieben werden soll

Hochschul-Informations-System (HIS) Hannover: Wie fühlen sich Studienanfänger von der Schule auf das Studium vorbereitet?

Im Rahmen ihrer Studienanfängerbefragungen erhielt die HIS Hochschul-Informations-Sstem GmbH auf entsprechende Fragen hierüber folgende Auskünfte von 6.600 Studienanfängern aus den alten und 2.800 aus den neuen Ländern:

Zwar hält über die Hälfte (55%) aller deutschen Studienanfänger das Niveau ihrer Oberstufenausbildung in der Schule für gut oder sehr gut. Jedoch fühlt sich nur zwei Fünftel (41%) gut oder sehr gut von der Schule auf das Studium vorbereitet.

Dabei schätzen Studienanfänger aus den neuen Bundesländern das Niveau ihrer Abiturstufenausbildung häufiger gut bis sehr gut ein als ihre Kommilitonen aus den alten Ländern . Sie fühlen sich auch deutlich besser von der Schule auf das Studium vorbereitet (neue Länder: 53% sehr gut oder gut; alte Länder: 38% sehr gut oder gut). Ein solcher Unterschied ergibt sich auch dann, wenn nur Studienanfänger mit Abitur betrachtet werden.

Frauen aus den alten Ländern schätzen zwar das Niveau ihrer Oberstufenausbildung häufiger gut und entsprechend seltener schlecht ein als Männer. Doch fühlen sie sich trotzdem nicht besser auf das Studium vorbereitet als ihre männlichen Kommilitonen aus den alten Ländern. Bei Studienanfängern aus den neuen Ländern bestehen diesbezüglich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede.

Einschätzung des Niveaus der Ober- bzw. Abiturstufenausbildung

	Hochschulreife erworben in..	Niveau					
		sehr gut	gut	weder-noch	schlecht	unzureichend	keine Angabe
Studienanfänger insgesamt	alten Ländern	9	44	35	9	3	1
	neuen Ländern	13	52	26	5	1	3
Frauen	alten Ländern	9	46	35	7	2	1
	neuen Ländern	13	53	24	4	1	6
Männer	alten Ländern	9	42	35	11	3	1
	neuen Ländern	13	52	28	6	1	1

Wie fühlen Sie sich auf Ihr Studium vorbereitet?

	Hochschulreife erworben in..	Einschätzung der Vorbereitung					
		sehr gut	gut	weder-noch	schlecht	unzureichend	keine Angabe
Studienanfänger insgesamt	alten Ländern	7	31	35	19	8	0
	neuen Ländern	11	42	32	11	3	1
Frauen	alten Ländern	8	31	35	17	8	0
	neuen Ländern	11	42	31	11	4	2
Männer	alten Ländern	7	31	35	20	7	0
	neuen Ländern	11	41	33	12	3	0

Presseinformation des Kultusministeriums Mecklenburg-Vorpommern: "Mecklenburg-Vorpommern schließt als erstes Bundesland die Hochschulerneuerung ab"

Mecklenburg-Vorpommern ist das erste der neuen Bundesländer, das die Hochschulerneuerung abgeschlossen hat.

"Dies war ein schmerzliches aber notwendiges Verfahren, das allen Beteiligten nicht nur Überlast an Arbeit, sondern zum Teil auch eine große physische Belastung brachte", sagte Kultusministerin Steffie Schnoor heute vor der Presse, "ich glaube aber, daß es uns gelungen ist, den Studenten ein auf die guten Traditionen aufbauendes, zugleich aber auch auf die Zukunft ausgerichtetes Studienangebot bieten zu können".

Die Zahlen der nach dem Hochschulerneuerungsgesetz vorgeschriebenen Verfahren spiegeln die enorme Belastung der vergangenen Monate wider:

1. Beim Ehrenverfahren, das über die persönliche Integrität urteilte, wurden über 13.000 Hochschulangehörige überprüft. Insgesamt wurden 9986 Empfehlungen ausgesprochen, davon bescheinigen 8698 kein Fehlverhalten. Ein Maßnahmekatalog beurteilte von Mißbilligung bis zur Kündigung in neun Kategorien. Aufgrund des Ehrenverfahrens wurden 142 Kündigungen ausgesprochen.

2. Beim Überleitungsverfahren, das die Eignung als Professor nach dem Hochschulrahmengesetz überprüfte, konnten sich auch habilitierte wissenschaftliche Mitarbeiter beteiligen. 1130 Überleitungsanträge wurden gestellt, etwa ein Drittel davon von wissenschaftlichen Mitarbeitern. Die 16 Überleitungskommissionen ließen mehr als 2000 Gutachten einholen. 563 Hochschulangehörige wurden übergeleitet, davon waren 266 Professoren, 180 Dozenten und 117 wissenschaftliche Mitarbeiter.

3. Die Übernahme auf die neue Stellenstruktur berieten die Übernahmekommissionen, deren Vorsitzender je nach Berufsgruppe vom Kanzler (nichtwissenschaftliches Personal), vom Rektor (wissenschaftliches Personal) bzw. vom Kultusministerium bestellt wurden. Auf 722 Professorenstellen (davon 179 durch Sperre oder öffentliche Ausschreibung nicht durch die Übernahme zu besetzten) gingen 1778 Anträge von 932 Antragstellern ein.

"Der menschlich schwierigste Teil ging jetzt in den letzten Tagen vonstatten: Die Kündigung derjenigen Mitarbeiter, die keine Stelle zugewiesen bekamen. Das trifft natürlich besonders die Hochschulangehörigen hart, die sowohl das Ehren- als auch das Überleitungsverfahren anstandslos durchliefen", sagte die Kultusministerin.

Um die Kündigungszahlen so niedrig wie möglich zu halten, hat das Kultusministerium die Hochschulen verpflichtet, 20 % der Stellen für Teilzeitbeschäftigte auszuschreiben. Um den hohen Personalüberhang gerade im Mittelbau abzubauen, mußten aber dennoch 248 Kündigungen an Professoren und Dozenten, 1744 an Mitarbeiter aus dem wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich ausgesprochen werden.

Wo die Besetzung von Stellen nicht durch das Übernahmeverfahren geschehen konnte, wurde neu ausgeschrieben (z.B. Bereich Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften). Hier konnte die Kultusministerin bereits 36 neue Professoren ernennen, weitere 37 Rufe sind erteilt.

Die Studienbewerberzahlen stimmen uns zuversichtlich, großen Andrang gab es z.B. bei den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen, so daß zum Teil schon Zulassungsbeschränkungen ausgesprochen werden mußten", sagte Frau Schnoor, "ich glaube, den jungen Leuten ist bewußt geworden, daß sich in Mecklenburg-Vorpommern einiges bewegt hat. Ich bin froh, daß wir uns nun endlich den Inhalten widmen können. Wir als neue Bundesländer waren alle nach der Wende an den Start gegangen, unser Hochschulwesen personell und strukturell zu erneuern. Jetzt, wo Mecklenburg-Vorpommern am Ziel angelangt ist, merken wir jedoch, daß die anderen noch gar nicht losgelaufen sind."

Statistik - Ehrenverfahren: Zwischenbilanz über die Arbeit der Ehrenkommission

Ausgesprochene Empfehlungen der Ehrenkommission, die bis zum 23.9.1992 im Kultusministerium eingegangen sind:

Ehrenkommission der Einrichtung	Zahl der ausgesprochenen Empfehlungen									
	ges.	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Universität Rostock	3627	3122	178	103	89	39	40	43	13	-
Universität Greifswald	4345	3889	241	92	33	23	3	19	44	1
Technische Hochschule Wismar	556	502	-	17	30	3	4	-	-	-
HS für Seefahrt Warne-Wustrow*	430	330	34	15	16	8	15	4	8	-
Päd. HS Güstrow*	294	215	45	17	10	4	-	3	-	-
Päd. HS Neubrandenburg	249	211	14	11	11	2	-	-	-	-
Institut für Musik und Theater	39	29	5	-	1	1	-	3	-	-
Fachhochschulen	130	117	4	4	5	-	-	-	-	-
Außeruniv. Forschung Forschung	316	283	5	9	13	1	-	5	-	-
Summe ges.	9986	8698	526	268	208	81	62	77	65	1
davon HSL	746	304	89	86	127	49	31	32	28	

Erläuterungen zu den Kategorien

1 - Kein Fehlverhalten (gem. § 6 VerfO **)
2 - Geringfügiges Fehlverhalten - keine Maßnahme (gem. § 5 Absatz 6 VerfO)
3 - Mißbilligung (gem. § 5 Absatz 5 VerfO)

4 - Zeitweise Aberkennung der Fähigkeit, ein Amt in der Selbstverwaltung der Hochschule auszuüben (gem. § 5 Absatz 4 VerfO)
5 - Dauernde Aberkennung der Fähigkeit, ein Amt in der Selbstverwaltung der Hochschule auszuüben (gem. § 5 Absatz 4 VerfO)
6 - Änderung des Arbeitsverhältnisses, insbesondere Senkung der Vergütung (gem. § 5 Absatz 3 VerfO)
7 - Schweres Fehlverhalten - ordentliche Kündigung (gem. § 5 Absatz 2, 3 VerfO)
8 - Schweres Fehlverhalten - außerordentliche Kündigung (gem. § 5 Absatz 2, 3 VerfO)
9 - Sonstige Maßnahmen (gem. § 5 Absatz 1 Satz 2 VerfO)

Anm.:
* Ehrenkommissionen bestehen gem. § 2 Abs. 3 der Eingliederungsverordnung fort.
** Musterverfahrenordnung für die Ehrenkommissionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gem. Art. 1 § 2 des HEG vom 19.02.1991

Übernahmeverfahren - Zahlenmaterial

Wissenschaftliche Mitarbeiter (WiMi) / Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter (NiWiMi) (ungefähre Zahlenangaben)

Universität Rostock

Übernahmen:	NiWiMi	WiMi	Kündigungen: (NiWiMi+WiMi)
nichtmed. Bereich	950	450	650
med. Bereich	2750	510	320
insgesamt	3700	960	970

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Übernahmen:	NiWiMi	WiMi	Kündigungen: (NiWiMi+WiMi)
nichtmed. Bereich	545	322	280
med. Bereich	2346	185	100
insgesamt	1891	507	380

Hochschule Wismar

Übernahmen:	NiWiMi	WiMi	Kündigungen: (NiWiMi+WiMi)
	160	15	146

Universität Rostock

Studenten 1991: 7.648 (Ausbauziel 12.000)
Fakultäten: Agrarwissenschaften, Rechtswissenschaften, Mathematik /Naturwissenschaften, Kultur- und Geisteswissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Theologie, Wirtschaft- /Sozialwissenschaften

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Studenten 1991: 4.063 (Ausbauziel 8.000)
Fakultäten: Theologie, Rechts- und Staatswissenschaften, Kultur- und Geisteswissenschaften, Medizin (Hochschulklinik), Mathematik /Naturwissenschaften, Medizin

Fachhochschule Neubrandenburg

Studenten 1992: 170 (Ausbauziel ca. 2.000)
Fachbereiche: Sozialwesen, Bauingenieurwesen, Landwirtschaft

Fachhochschule Stralsund

Studenten 1992: 275 (Ausbauziel ca. 2.000)
Fachbereiche: Elektrotechnik, Maschinenbau, Wirtschaft, Außenstelle Heiligendamm bis 01.08.92 Design, Innenarchitektur

Fachhochschule Wismar

Studenten... [?]: (Studienplatzzielzahl 4.000)
Fachbereiche: Bauingenieurwesen, Elektrotechnik, Maschinenbau, Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsingenieurwesen, Wirtschaftsinformatik, Informatik, Außenstelle Heiligendamm ab 01.08.92 Design, Innenarchitektur

Beitrag der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns zum Kolumbus-Jahr

Pünktlich zum 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas am 12. Oktober 1992 erhielten - von zwei unter gesetzlichem Kündigungsschutz stehenden Mitarbeitern abgesehen - alle Wissenschaftler des Rostocker Lateinamerika-Instituts ihre Entlassungsschreiben.

Schon nach dem ersten Abwicklungsbeschluß vom Dezember 1990 hatten sich Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker, Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth und weitere Spitzenpolitiker mehrerer im Parlament vertretenen Parteien sowie Kirchenleute, Schriftsteller, namhafte Wissenschaftler und wissenschaftliche Gesellschaften aus drei Kontinenten für den Fortbestand der einzigen interdisziplinären Lehr- und Forschungsstätte zu Lateinamerika in den neuen Bundesländern eingesetzt. Stellvertretend für viele andere ähnliche Äußerungen sei der renomierte Hamburger Wirtschaftsgeograph Prof. Dr. Gerhard Sandner genannt, der die Auflösung des Rostocker Instituts seinerzeit als "absurd" bezeichnete und bekannte:

"Wir waren in der 'alten' Bundesrepublik gelegentlich im anerkennenden, nicht im destruktiven Sinne neidisch auf diese effektiv auch in der Lehre arbeitende Institution und haben mit ihr seit Jahren kooperiert, persönlich wie institutionell ... Wir haben im 'Westen' immer Probleme gehabt, einen halbwegs vergleichbaren Verbund einzurichten und zu sichern".

Die Appelle aus aller Welt schienen Schwerin erreicht zu haben. Das Institut durfte seit 1991 den Zusatz "im Aufbau" im Namen tragen und sollte schrittweise in ein leistungsfähiges Lateiamerika-Zentrum überführt werden. Dies wurde in den Beschlüssen der frei gewählten Universitätsgremien bekräftigt. Die akademische Gemeinschaft der Bundesrepublik, an der Spitze der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerika-Forschung, Prof. Dr. Kohlhepp (Universität Tübingen), unterstützte die Neuprofilierung nach Kräften. Noch im Mai dieses Jahres tagte eine gesamtdeutsche Strukturkommission am Institut und forderte verbindliche Lösungen, die dem Amerikanistenkongreß in Stockholm unterbreitet werden können. Indem die Schweriner Schloßherren das Institut nun ein zweites Mal abwickelten und die Gründung eines Zentrums als Zukunftsmusik abtaten, hielten sie alle zum Narren.

1191 schrieb der Präsident der französischen Lateinamerikanistenvereinigung AFSSAL und Vizepräsident der Universität Toulouse Le Mirail, Prof. Dr. Romain Gaignard, angesichts der beabsichtigten Abwicklung des Lateinamerika-Instituts an den Rektor der Rostocker Universität:

"Wir befürchten, daß Deutschland sich nicht bewußt ist, welch negatives Bild es so innerhalb der internationalen Hochschulgemeinschaft von sich entwirft... Träfe ein Land wie die DDR oder ein politisches Regime diesen Typs eine solche Entscheidung, würden wir dies ebensowenig gelten lassen, aber wir würden es verstehen, wäre dies doch nichts als der Ausdruck seiner antidemokratischen Funktionsweise. Aber das Deutschland von heute! Das ist für uns unverständlich, und wir bedauern es für Deutschland und für Europa, eine Gemeinschaft, in die wir auch unsere Rostocker Kollegen zu integrieren suchten."

Den größeren Zusammenhang der Abwicklungsentscheidung stellte auch der Direktor des Lateinamerika-Zentrums der Universität Cambridge, Prof. Dr. David Lehmann heraus: "In dieser Zeit, in der Lateinamerika einen Wendepunkt zu erreichen scheint und die Bedeutung dieser Region in der Weltwirtschaft substantiell zu wachsen beginnt, würde es ein großer Fehler sein, eines der größten zu dieser Region arbeitenden Institute in Europa zu schließen... Ich darf hinzufügen, daß die akademische Gemeinschaft in diesem Lande außerordentlich bestürzt ist über die rücksichtslose Art, wie die akademische Gemeinschaft der neuen Länder in den letzten Monaten dezimiert wurde. Wir denken nicht, daß das ein gutes Zeichen für das neue Deutschland ist..."

Und die französische Presse ergänzte, dieser administrative Akt werfe auch ein bezeichnendes Bild auf einen sich selbst genügenden Norden. Worte, die in einer Zeit, da Rostock in aller Welt zum Inbegriff für Ausländerhaß geworden ist, an die düsteren Kapitel deutscher Geschichte erinnerte, einmal mehr zu denken geben sollten. Statt in erster Linie über die Verschärfung des Asylrechts zu diskutieren, würde es der Förderung von Wissenschaft und Kultur im allgemeinen und interkultureller Bildung im besonderen bedürfen. Einer Regierung, die zum "Tag der deutschen Einheit" 1200 Entlassungen von Wissenschaftlern der Universität verfügte und die Lateinamerikawissenschaften im Osten Deutschlands beerdigen will, muß die dafür erforderliche Sensibilität abgesprochen werden.

Der 12. Oktober 1992 - Beginn der Lehrveranstaltungen an der Universität Rostock - brachte den Studenten die bittere Gewißheit, daß die ihnen durch Landtags- und Kabinettbeschluß zugesicherte Weiterführung des Studiums nicht gewährleistet ist.

Rostock, den 12. 10. 1992

Studenten und Mitarbeiter des Lateinamerika-Instituts der Universität Rostock

Dietrich Severin (Berlin) / Günter Spur (Berlin/Cottbus):

Im Gespräch anläßlich eines Arbeitsbesuches Berliner TU-Wissenschaftler an der TU Cottbus am 16. Juli 1992

Herr Prof. Severin, wie beurteilen Sie das heute hier Gesehene und Gehörte?

Severin: Hier entsteht eine kleine Universität mit nur 5000 bis 8000 Studenten. Das unterscheidet sie ganz wesentlich von einer Massenuniversität, wo alles schon sehr komprimiert und festgefahren ist, wo neue Gedanken, neue Strukturen nur schwer durchzusetzen sind. Insofern denke ich, daß dies hier ein optimales Konzept ist: auf der "grünen Wiese" eine neue Universität zu gründen unter Berücksichtigung all der Fehler, die bei uns gemacht worden sind, und all der Bedürfnisse, die heute von moderner Wissenschaft, von der Gesellschaft gestellt werden. Gerade weil es hier nicht sehr viele Studenten geben wird, kann es eine großartige Sache werden. Ich glaube, man wird hier sehr gern studieren. Ich persönlich vergleiche das hier vorgesehene mit dem, was ich aus der Universität Bochum kenne. Sie wurde vor etwa 20 Jahren ebenfalls im Grünen, außerhalb der Stadt, mit ähnlichen Strukturen gegründet, wie sie hier entstehen - relativ wenig Hochschullehrer, aber sehr effizient in der Lehre. Diese Hochschullehre hat sich sehr gut entwickelt und ist heute eine der besten in der Bundesrepublik.

Herr Prof. Spur, die TU Cottbus besteht nun ein Jahr. Wie bewerten Sie das bisher Erreichte, worauf sind Sie stolz?

Spur: Wir haben die Struktur der Universität festlegen können, haben die Genehmigung der Studiengänge, der Fakultäten erreicht. Damit konnten die Berufungsverfahren generell eingeleitet werden, die ja eine große und entscheidende Bedeutung haben. Und daß wir zunächst 54 Professorenstellen besetzen können, ist eine beachtliche Leistung, die der Senat und die Fakultätskommissionen erbracht haben. Es sind 19 Rufe ergangen. Weit über die Hälfte möchten den Ruf sofort annehmen. Nun liegt es also am Ministerium, daß die Ernennungen zügig erfolgen, damit wir zum Wintersemester schon mit einer neuen Riege von Professoren antreten können. Das ist ja sehr wichtig, denn auch die Bewerberzahlen der Studenten sind über die Erwartungen hoch.

Wir geraten unter einen starken Druck nach neuen Studiengängen. Dies alles veranlaßt uns zwar, ein wenig stolz zu sein, wobei wir aber wissen, daß die Hauptarbeit noch vor uns liegt - nämlich die wirkliche Eingliederung des Lehrkörpers und damit auch der Ausbau des Mittelbaus. Studenten sind das eine, doch die Assistenten das andere; denn der Mittelbau muß in der Lehre wichtige Funktionen übernehmen. Das hängt wieder mit den Berufungen zusammen. Deshalb ist im Moment meine größte Sorge, daß Zug um Zug die vorgesehenen Stellen besetzt werden können.

Ist für Sie, Herr Prof. Severin, Cottbus eine Konkurrenz oder eine Entlastung?

Severin: Es wird sicher eine Konkurrenz, wenn die Struktur hier so verwirklicht wird, wie sie geplant ist. Ich möchte dieser Universität und Herrn Kollegen Spur alles Gute wünschen, damit geschafft wird, was man sich vorgenommen hat. Es gibt hierfür ein phantastisches Konzept. Ich will nur eines herausgreifen: Die Elektrotechnik., der Maschinenbau, die Konstruktion und Fertigung in einer Fakultät zusammenzufassen, das ist genau das, was von der Sache her notwendig ist angesichts der Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte, die diese Disziplinen haben. Bei uns in Berlin ist der Maschinenbau in verschiedene Fachbereiche zergliedert und die Elektrotechnik in einem eigenen Fachbereich untergebracht. Das fördert natürlich nicht die Synergieeffekte, die man gerne hätte und die hier in Cottbus möglich sind. Auch daß die Bauingenieure und die Architekten in einer Fakultät zusammen sind, ist eine Meisterleistung, bringt Synergie, wie sie bei uns aus den genannten Gründen nicht möglich ist.

Eine Frage an Sie beide: Ist es richtig gesehen, daß Kooperation zwischen den TU Berlin und Cottbus nicht nur eine Angelegenheit des Nehmens seitens des Kleineren, sondern der Gegenseitigkeit sein sollte?

Spur: Ja, ich hoffe doch in verschiedener Richtung auf eine gute Kooperation. Der Anfang wäre - und das ist meine Bitte an die Kollegen von der TU Berlin -, daß sie uns auch in der Lehre unterstützen. Es wird jetzt auch Maschinenwesen in das Wintersemester aufgenommen. Wir können nicht so schnell alle Professorenstellen abdecken. Deshalb richte ich mein Angebot an die Professoren der Fachrichtung Maschinenwesen in Berlin, am Anfang in Cottbus noch Vorlesungen mit zu übernehmen.

Das zweite ist, daß wir natürlich auch das große Forschungspotential Berlins mit in Anspruch nehmen können. Ich könnte mir sehr gut eine kooperative Forschung vorstellen. Wenn man an die großen Probleme denkt, die hier in der Umwelttechnik liegen, so wird deutlich: Die kann Cottbus gar nicht allein lösen. Dazu brauchen wir auf jeden Fall die Unterstützung durch die TU Berlin und auch die TU Dresden.

Weil die Problematik so vielzahnig ist, kann sie nicht ein Professor angehen. Mit unserer Strukturierung verfolgen wir ohnehin eine Politik der Ergänzung und nicht der Verdoppelung. Mehrfach-Institute können wir uns eigentlich nicht erlauben, nur in den Grundlagen.

Severin: Ich könnte dem kaum etwas hinzufügen. Es ist - schon aus finanziellen Gründen - sicher nicht möglich, in Cottbus Schwerpunkte stark auszubauen, sondern sinnvoll, hier den einen und dort den anderen zu haben und innerhalb der Universitäten möglichst eng zusammenzuarbeiten. Das ist schon so angelegt, indem relativ viele Kollegen aus unserem Fachbereich hier mit organisieren, mit aufbauen. Ich glaube, daß auch in Zukunft eine intensive und gute Zusammenarbeit sein wird, so auch in gemeinsamer Forschung.

Spur: Bemerkenswert ist gerade aus solcher Sicht die starke Beteiligung an unserer ersten Zusammenkunft. Es sind fast alle Kollegen hier, sie sind unserer Einladung gefolgt. Dafür sind wir sehr dankbar.

Dann werden also Cottbuser Studenten auch direkt in Berlin arbeiten können?

Severin: Kollege Spur hat ja Vorgeschlagen, eine Art Pendelverkehr einzurichten. Es ist durchaus möglich und sogar wünschenswert, daß auf diese Art und Weise ein Austausch stattfindet - zunächst von Cottbus nach Berlin, aber später vieleicht auch von der anderen Richtung.

Spur: Da wir beispielsweise eine Fakultät der Umweltwissenschaften haben werden, bietet es sich für Studierende dieses Faches aus Berlin förmlich an, mit dem Blick auf die besonders mit Umweltfragen belastete Region Lausitz hierher vor Ort zu gehen. Aus solchen Überlegungen kommt auch mein Modell, hier in Cottbus einen Bus zu chartern und die Studenten zu unserem Produktionstechnischen Zentrum zu fahren, das wir natürlich in Cottbus nicht noch einmal errichten werden. Man wird dann einen Tag lang in Berlin seine Übungen machen, aber mit Assistenten aus der TU Cottbus. Auch andere Institute der TU Berlin werden das sicher ermöglichen. Das ist tatsächlich ein neues Modell, das man bisher nicht kannte.

Wenn jeder von Ihnen einen Wunsch an die Zukunft hätte - woran würden Sie dann denken?

Spur: Ich wünsche mir, daß wir recht schnell mit der Bauplanung für die Universität beginnen können. Nachdem nun die Berufungen laufen, ist die nächste Sorge die bauliche Entfaltung der TU.

Severin: Ich hoffe für meinen Fachbereich, daß wir unsere eigene Struktur etwas "aufweichen" können, in dem Sinne, wie hier herangegangen wird. Wir sind dabei, versuchen das, und arbeiten darauf hin, Erfolg zu haben.

Spur: Es kann auch der Kleinere im größeren insofern etwas bewirken, als man aufmerksam machen kann auf andere Wege, und so wird der Mehrheit deutlich, daß man doch etwas ändern kann, ändern muß!

Severin: Das ist auch ein Hinweis an die Politiker, daß man den Fachleuten die Verantwortung überlassen sollte.

Dietrich Severin, Prof. Dr., ist Dekan des Fachbereichs 11 der Berliner TU. Günter Spur, Prof. Dr., Leiter des Produktionstechnischen Zentrums Berlin, wirkt als Gründungsrektor der TU in Cottbus. Das Interview entnahmen wir "TU-profil", der Cottbuser Universitätszeitung, vom September 1992.

Die Max-Planck-Gesellschaft traf sich zu ihrer 43. Generalversammlung im Mai d.J. in Dresden und damit erstmals in einem ostdeutschen Bundesland. Wir dokumentieren im folgenden die Grußansprache des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf.

Kurt Biedenkopf (Dresden):

Impulse aus der Wissenschaft für den Einigungsprozeß

Sehr geehrter Herr Präsident Zacher,
sehr geehrter Herr Bundesminister,
sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist für mich eine besondere Freude, die jährliche Ordentliche Hauptversammlung, die Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft, im Freistaat Sachsen begrüßen zu können. EineFreude, die viele Ursprünge hat. Nicht nur meine Verbundenheit zur Max-Planck-Gesellschaft aus langjähriger Mitwirkung im Senat, nicht nur die eigene wissenschaftliche Vergangenheit, sondern vor allem ein Stück vollzogener Einheit, die in ihrer Anwesenheit in Dresden zum Ausdruck kommt. Mit der Hauptversammlung in Dresden wird den Menschen in diesem Teil Deutschlands auf eindrucksvolle Weise die Botschaft übermittelt, daß wir langsam, wenn auch noch mit großen Schwierigkeiten, zur gesamtdeutschen Normalität voranschreiten, daß wir einbezogen sind in das Denken, in das Handeln, in die Zukunftsplanung, nicht nur im politischen Bereich im engeren Sinne, sondern in allen Bereichen der Gesellschaft, zu denen die Wissenschaft an hervorragender Stelle gehört.

In einen Grußwort ist es nicht möglich, ausführlich über die Situation der Wissenschaft in den neuen Bundesländern, insbesondere auch im Freistaat Sachsen, zu sprechen. Ich möchte nur auf zwei Gesichtspunkte hinweisen: Bisher haben wir die deutsche Einheit, jedenfalls im öffentlichen Bewußtsein, vorwiegend als einen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Prozeß begriffen. Es ist oft die Rede von den Kosten der Einheit oder von den sozialpolitischen und finanzpolitischen Grenzen, die im Einigungsprozeß gezogen sind. In jüngerer Zeit ist auch zunehmend die Rede von Schwierigkeiten, die in Westdeutschland aus dem Einigungsprozeß für die dort in den letzten 45 Jahren entstandenen Strukturen entstehen. Im Zusammenhang mit der deutschen Einheit und der Diskussion des inneren Vollzugs ist weniger von den wissenschaftlichen, rechtlichen, geistigen und kulturellen Dimensionen der Herausforderung die Rede, die uns

mit dem Vollzug der deutschen Einheit augegeben sind.

Um so dankbarer und glücklicher sind wir darüber, daß die Max-Planck-Gesellschaft schon unmittelbar nach dem Beginn des Einigungsprozesses auf vielfältige Weise ihre Verantwortung für die gesamtdeutsche Wissenschaft, so weit sie die Verantwortung trägt, nachgekommen ist, und nicht nur begonnen hat, bedeutende Institute im östlichen Teil Deutschlands zu errichten, sondern auch mit einer größeren Zahl von Arbeitsgruppen Voraussetzungen für die wissenschaftliche Entwicklung zu schaffen. Ich glaube, es ist nicht falsch, wenn man sagt, daß sich die naturwissenschaftliche und die ingenieurwissenschaftliche Entwicklung in der ehemaligen DDR durchaus sehen lassen konnte und das auf vielfältige Weise, wenn auch in mancher Hinsicht erheblicher Nachholbedarf befriedigt werden mußte. Es hat jedoch auch über die Zeit der deutschen Teilung hinweg einen wissenschaftlichen Austausch und einen Dialog zwischen den Wissenschaftlern im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich gegeben. Es gab auch eine Reihe von geisteswissenschaftlichen Bereichen, in denen dies der Fall war. Dies waren aber eher Randbereiche. In den Geisteswissenschaften sind die Folgen der deutschen Teilung - insbesondere die durch die Isolierung des ostdeutschen Teils gegenüber den geistigen Entwicklungen im westdeutschen und westeuropäischen Teil hervorgerufenen Defizite - unvergleichlich viel größer.

Als ich im Januar 1990 als Gastprofessor nach Leipzig ging und dort in der Universitätsbibliothek Standardwerke volkswirtschaftlicher und juristischer Provenienz ausleihen wollte, wurde mir gesagt, daß derartige Werke dort seit 1972 nicht mehr angeschafft worden seien. Und wenn sie angeschafft worden wären, hätte man sie unter Verschluß gehalten. Es gab ein riesiges Defizit an Wissen, an Informationen, das langsam abgebaut werden mußte, und es gab schwere Verletzungen der wissenschaftlichen Entwicklung, vor allem im Bereich der Sozial- und der Rechtswissenschaften, aber auch in einigen anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Hier gibt es einen enormen Nachholbedarf. Daß auch die Max-Planck-Gesellschaft einen Beitrag zur Linderung dieses Nachholbedarf leisten kann, ist gewiß - und für jeden dieser Beiträge bin ich, sind wir alle dankbar.

Aber es gibt noch einen zweiten Gesichtspunkt, den ich gerne als eine wissenschaftliche Herausforderung beschreiben möchte - und sie werden Verständnis dafür haben, daß ich mich eher auf Gebiete beziehe, in denen ich mich noch in etwa zu Hause fühle, also auf die Rechts- und Sozialwissenschaften. Was wir in Deutschland im Augenblick erleben, ist das Wiederzusammenfügen zweier Teile, die sich über praktisch 50, aber auf jeden Fall über 45 Jahre hinweg, nachhaltig unterschiedlich und in vieler Hinsicht gegensätzlich entwikkelt haben. Dieses Wiederzusammenfügen nicht nur der Wirtschaften, sondern auch der gesamten aus der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Organisation erwachsenden kulturellen und sozialen Befindlichkeiten ist ein außerordentlich komplexer und schwieriger Prozeß. Er liefert uns zugleich Anschauungsmaterial für die ungeheuren Schwierigkeiten, die uns bei der Entwicklung und Wiederzusammenführung der östlichen Teile Europas mit Westeuropa ins Haus stehen. Und damit meine ich nicht nur die Teile Osteuropas, die zum byzantinischen Europa, also dem alten zaristischen Reich und dann der Sowjetunion gehörten, sondern auch die Teile, die zu Westeuropa gehören, aber durch die Ordnung von Jalta von Westeuropa abgetrennt worden waren, wie Polen, Tschechoslowakei, Ungarn oder die baltischen Staaten. Hierbei werden Schwierigkeiten im soziokulturellen, im geistigen und im politischen Bereich offenkundig, die wir überwinden müssen, wenn wir eine demokratischen, freiheitliche und marktwirtschaftliche Ordnung in diesen Räumen Europas wiederaufbauen und damit Ursache für sonst gefährliche politische und wirtschaftliche Spannungen im wiederzusammengeführten Europa vermeiden wollen. Diese Schwierigkeiten lassen sich gewissermaßen wie in einem sozialwissenschaftlichen Laboratorium in Deutschland erahnen und zum Teil auch studieren. Es ist deshalb mein Anliegen, bei jeder Gelegenheit, die sich bietet - und welche Gelegenheit könnte besser sein als die Festveranstaltung der 43. Ordentlichen Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft -, auf den Forschungsbedarf hinzuweisen, der sich durch diesen Prozeß der deutschen Einheit ergibt oder aus diesem Prozeß entsteht. Mit Forschungsbedarf meine ich die wissenschaftliche Begleitung dessen, was im Augenblick im Einigungsprozeß in Deutschland passiert, nämlich die wissenschaftliche Begleitung in dem Sinne, daß wir neben den traditionellen, strukturellen und organisatorischen Dimensionen des Einigungsprozesses auch all die anderen Fragen mit berücksichtigen müssen, etwa wie und unter welchen Bedingungen sich eingeschliffene Wirtschaftsstrukturen verändern, wie man die gegenwärtige Situation der Offenheit und Notwendigkeit zu innovatorischen Entwicklungen auch im Bereich der Wissenschaft, insbesondere der Universitäten und der Ausbildung, nutzen kann oder wie sich die ökonomischen Prozesse vollziehen. Welche Korrekturen müssen an dem herrschenden ökonomischen Vorstellungen über die Funktionsweise moderner Industriegesellschaften angebracht werden - auf der Grundlage der Erfahrungen, die wir hier zum Beispiel über die Bedeutung der außerökonomischen Faktoren für das Funktionieren hochentwikkelter Wirtschaftsordnungen machen? Wie haben sich die unterschiedlichen Sozialsysteme - je nach den Lebens- und Sozialvorstellungen der Bevölkerung - entwickelt?

Ich bedauere es etwas - und das sage ich nicht an die Adresse der Max-Planck-Gesellschaft, sondern eher an diejenige unserer westdeutschen Universitäten -, daß die ungeheuer aufregenden Sachverhalte, die sich aus der deutschen Einheit insgesamt ergeben, in so geringem Umfang zu einer wissenschaftlichen Beschäftigung an unseren Hochschulen führen. Eigentlich müßten jetzt in den Wirtschaftswissenschaften, in den Sozialwissenschaften, in den Rechtswissenschaften große und bedeutende Diskussionen, die auch die Studenten interessieren, die die Wissenschaft engagieren, über die Konsequenzen eines solchen Umwälzungsprozesses, der eine hochentwickelte Gesellschaft in ihrer Gesamtheit steuert, stattfinden.

Ich wünsche mir sehr, daß von den wissenschaftlichen Einrichtungen, von der Bedeutung der MPG, aber auch von vielen anderen Impulse ausgehen, die unsere Universitäten gewissermaßen aufwecken und sie darauf aufmerksam machen, daß hier unmittelbar vor ihrer Haustür etwas passiert, was alle hundert Jahre einmal in dieser Intensität geschieht, was die Wirtschaft und die Wissenschaft nachhaltig befördern kann, wenn die Wissenschaft wirklich in vollen Umfang von diesem Vorgang Kenntnis nimmt. Diese Aufforderung, so glaube ich, ist für die Universität, aber ebenso für unser Land insgesamt notwendig, denn wir brauchen die Wissenschaft in diesem Aufbauprozeß in viel größerem

Umfang, als es die Wissenschaft selbst weiß - und zwar vor allem auch die Geisteswissenschaften. Wir brauchen ihre Methoden, ihre wissenschaftliche Objektivität, die Nüchternheit und Distanz, mit der zentrale Sachverhalte behandelt werden. Überall im Land wird nach Konzeptionen, nach Entwürfen, nach Orientierung, nach neuen Überlegungen für die Zukunft Europas gerufen. Die Politik alleine ist völlig außerstande, die mit der Erfüllung einer solchen Forderung verbundene Innovationsleistung zu erbringen. Hier ist die Wissenschaft gefordert. Daß Sie hier sind, nehme ich jedenfalls als einen Bewies dafür, daß Sie entschlosssen sind, diese Herausforderung auch anzunehmen.

Ich würde gerne heute morgen bei Ihnen bleiben, ich würde gerne die Reden hören, die in dieser Festveranstaltung im Mittelpunkt stehen. Daß ich es nicht kann, hängt damit zusammen, daß ich nun aus den Höhen der Wissenschaft, die ich mir manchmal gar nicht so hoch wünsche, in die Niederungen der praktischen Politik gehen und zu rund 10.000 Bergleuten in Leipzig über die Frage reden muß, wer von ihnen einen Arbeitsplatz behalten kann und wer nicht. Und es werden mehr als die Hälfte sein, die ihn nicht behalten können. Damit dort auch eine Zukunft und eine Perspektive gegeben werden kann, bitte ich sie um Nachsicht dafür, daß ich Sie so bald verlasse.

Kultusministerkonferenz faßte letzte Beschlüsse: Regelungen zur Feststellung der Gleichwertigkeit von DDR-Hochschulabschlüssen

Die Kultusminister- und senatoren der Länder haben ihre Beschlüsse zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen der ehemaligen DDR im Hochschulbereich im Sinne des Artikels 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages gefaßt. Mit der Veröffentlichung der abschließenden Beschlüsse vom 26./27. März 1992 ist ein wichtiger Abschnitt im deutsch-deutschen Integrationsprozeß erreicht worden.

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz (KMK) vom März 1992 bildet den Abschluß einer Serie von Beschlüssen, die zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Hochschulabschlüssen, Abschlüssen kirchlicher Ausbildungseinrichtungen und von Fach- und Ingenieurschulen (Beschluß vom 10./11. Oktober 1991) und zur Bewertung militärischer Abschlüsse (Beschluß vom 30./31. Januar 1992) ergangen sind. Damit liegen Bewertungen für alle Bildungsabschlüsse aus dem Hochschulbereich vor, die in der ehemaligen DDR bis zum Beitritt zur Bundesrepublik erworben wurden bzw. während der nachfolgenden Übergangsphase bis Ende 1993 noch zu erwerben sind. Auf der Grundlage dieser Beschlüsse kann jetzt die Gleichwertigkeit von DDR-Bildungsabschlüssen mit entsprechenden Abschlüssen in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland festgestellt werden.

Einbezogene Abschlüsse

In die Bewertung der KMK wurden einbezogen die an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen erworbenen Diplom-Abschlüsse einschließlich der Abschlüsse an Kunst- und Musikhochschulen, die dem Hochschulbereich zuzuordnenden Abschlüsse kirchlicher Ausbildungseinrichtungen, Fach- und Ingenieurschulabschlüsse mit und ohne Entsprechung an Fachhochschulen in den alten Ländern sowie postgraduale Abschlüsse.

Die Feststellung der Gleichwertigkeit im Sinne des Artikels 37 Einigungsvertrag beinhaltet sowohl die Feststellung eines vergleichbaren formalen Qualifikationsniveaus als auch die Feststellung einer hinreichenden inhaltlichen Entsprechung eines in der ehemaligen DDR erworbenen Abschlusses mit den Abschlüssen aus den alten Ländern. Trotz der teilweise erheblichen Unterschiede in den Bildungssstemen und Ausbildungsgängen, und trotz der in der ehemaligen DDR generell vorherrschenden stärkeren berufsbezogenen Spezialisierung, ist die Kultusministerkonferenz in weiten Bereichen zu einer Feststellung der Gleichwertigkeit mit Universitäts- oder Fachhochschulabschlüssen gelangt. Leitmotiv ihrer Bewertungen war das mit dem Einigungsvertrag verfolgte Ziel der Herstellung uneingeschränkter Freizügigkeit auf der Grundlage der Chancengleichheit für alle Deutschen im gesamten Staatsgebiet.

Die nun vorliegenden Ergänzungen zum Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 10./11. Oktober 1991 zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Hochschulabschlüssen, Abschlüssen kirchlicher Ausbildungseinrichtungen, Fach- und Ingenieurschulen, betreffen die Abschlüsse von Fach- und Ingenieurschulen, die keine Entsprechung an Fachhochschulen der alten Länder haben, sowie die postgradualen Abschlüsse. Der Beschluß vom Oktober 1991 erfaßte zunächst nur solche Abschlüsse von Fach- und Ingenieurschulen, bei denen entsprechende Studiengänge an Fachhochschulen der alten Länder absolviert werden können. Für diesen Teil der Abschlüsse hatte die Kultusministerkonferenz festgestellt, daß eine unmittelbare Gleichstellung lediglich mit den in westlichen Ländern an den Vorläufereinrichtungen der Fachhochschulen (Ingenieurschulen, Akademien und anderen höheren Fachschulen) erworbenen Abschlüssen erfolgen kann. Die Gleichwertigkeit mit einem Fachhochschulabschluß kann jedoch grundsätzlich durch eine mindestens einjährige, evtl. auch berufsbegleitende Zusatzausbildung erreicht werden, die eine entsprechende Qualifikation vermittelt. Absolventen der Fach- und Ingenieurschulen, die ihren Abschluß vor 1991 erworben haben und eine mindestens dreijährige einschlägige Berufstätigkeit nachweisen, können im Wege der Nachdiplomierung das Diplom mit dem Zusatz "Fachhochschule" zuerkannt bekommen.

Durch den ergänzenden Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 26./27. März 1992 wurden nunmehr auch Fach- und Ingenieurschulabschlüsse ohne entsprechende Studiengänge an Fachhochschulen der alten Länder in die Bewertung einbezogen. Nach dem Beschluß der KMK ist die Feststellung einer Gleichwertigkeit mit Fachhochschulabschlüssen und eine Nachdiplomierung in diesen Fällen nicht möglich. Um jedoch eine Orientierung hinsichtlich der Einordnung dieser Abschlüsse innerhalb des Bildungssstems zu erleichtern, hat die Kultusministerkonferenz es als notwendig erachtet, auch diese Abschlüsse zu bewerten. Für eine im einzelnen aufgelistete Gruppe von Abschlüssen wurde die formale Entsprechung mit Abschlüssen an Vorläufereinrichtungen der Fachhochschulen (Ingenieurschulen, Akademien und anderen höheren Fachschulen) festgestellt. Im Falle einer späteren Einrichtung entsprechender Studiengänge an Fachhochschulen sollen die betreffenden Abschlüsse an den bisherigen Fach- und Ingenieurschulen in die Liste der unter bestimmten Voraussetzungen für eine Gleichwertigkeit in Betracht kommenden Abschlüsse aufgenommen werden.

Sonstige Regelungen

Postgraduale Abschlüsse der ehemaligen DDR verleihen nach dem Beschluß der Kultusministerkonferenz in der Regel keine weiteren Berechtigungen, da mit der postgradualen Ausbildung in der ehemaligen DDR kein Wechsel der Qualifikationsebene verbunden

gewesen ist. Für postgraduale Ausbildungen hat die Kultusministerkonferenz keine Gleichwertigkeitsfeststellung vorgenommen.

Für den Bereich **militärische Abschlüsse** hat die Kultusministerkonferenz ihren Beschluß vom 30./31. Januar 1992 ergänzt. Dieser Beschluß umfaßt nun in der Fassung vom 26./27. März 1992 die Feststellung der Gleichwertigkeit von an militärischen oder zivilen Einrichtungen erworbenen Abschlüssen von Ausbildungen zum Berufsoffizier der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen der DDR, der Deutschen Volkspolizei sowie der Volkspolizei-Bereitschaften.

Von der abschließenden Beschlußfassung der KMK nicht erfaßt sind solche Abschlüsse, denen in den westlichen Ländern Staatsprüfungen entsprechen (z.B. Rechtswissenschaften, Medizin, Pharmazie, Lehramtsabschlüsse) und für die im Einigungsvertrag oder in anderen rechtlichen Vorschriften andere Regelungen getroffen sind.

Generalklausel verabschiedet

Im übrigen hat die Kultusministerkonferenz eine Art **"Generalklausel"** für bislang noch nicht ausdrücklich erfaßte Abschlüsse, die nicht unter den vorgenannten Ausschluß fallen, verabschiedet. Mit ihrer abschließenden Beschlußfassung zur Feststellung der Gleichwertigkeit im Sinne Artikel 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages für den Hochschulbereich bringt die Kultusministerkonferenz zum Ausdruck, daß sie mit ihren Bewertungen alle in der ehemaligen DDR abgelegten Prüfungen oder erworbenen Befähigungsnachweise, für die eine Gleichwertigkeit im Hochschulbereich in Betracht kommt, erfassen will. Sie betont jedoch, daß aufgrund der Vielgestaltigkeit des Bildungswesens der ehemaligen DDR eine lückenlose Erfassung aller Prüfungen und Befähigungsnachweise nicht sichergestellt werden kann. Um bestehende Unsicherheiten hinsichtlich evtl. nicht erfaßter Abschlüsse zu beseitigen und eine zügige Bearbeitung aller Anträge auf Feststellung der Gleichwertigkeit auf Hochschulebene zu ermöglichen, hat die Kultusministerkonferenz folgende "Generalklausel" beschlossen: **"Prüfungs- und Befähigungsnachweise, die für die Feststellung der Gleichwertigkeit mit einem Hochschulabschluß in Betracht kommen und die nicht durch die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 10./11. Oktober 1991, vom 30./31. Januar 1992 und vom 26./27. März 1992 erfaßt sind, werden auf der Grundlage der in diesen Beschlüssen festgelegten Maßstäbe und Kriterien - ggf. in Abstimmung mit dem Pädagogischen Zentrum in Berlin (Gutachterstelle) - geprüft und bewertet."**

Durch ein Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland wurde ferner festgelegt, daß für die Feststellung der Gleichwertigkeit mit einem Hochschulabschluß und für die Nachdiplomierung der Wissenschaftsminister/-senator desjenigen Landes zuständig ist, in dem die Bildungseinrichtung gelegen ist oder war, an der der jeweilige Abschluß erworben wurde. Gleichwertigkeitsfeststellungen, die von einem Landesminister/-senator vorgenommen worden sind, sind in allen vertragsschließenden Ländern wirksam.

Hiermit sind jetzt alle Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die zuständigen Landesbehörden die Anträge auf Gleichwertigkeitsfeststellungen zügig bearbeiten können. Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz sind daher für alle Betroffenen von herausragender Bedeutung, weil sowohl die Eingruppierung im Öffentlichen Dienst als auch in der privaten Wirtschaft trotz der Bestandsgarantie der Abschlüsse im Einigungsvertrag vielfach davon abhängig gemacht wird, ob der in der ehemaligen DDR erworbene Abschluß einem Hochschulabschluß in den westlichen Ländern gleichwertig ist.

(aus: Informationen Bildung Wissenschaft, hrsg. vom BMBW, 10/92)

Vom 6. bis 8. November 1992 fand in Leipzig eine Tagung der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen in Sachsen statt. Als Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst sprach dort Gert Maibaum, Abteilungsleiter Hochschulen im SMWK. Wir dokumentieren seinen Beitrag im folgenden.

Gert Maibaum (Dresden):

Sächsische Hochschulerneuerung: Insgesamt gesehen erfolgreich

Ich würde, wenn Sie damit einverstanden sind, die Gelegenheit nutzen, auf einige Punkte der Hochschulpolitik näher einzugehen, die in diesem Rahmen von besonderem Interesse sind: 1. die gegenwärtige Situation der Umstrukturierung der Hochschulen, d.h. die jetzige Hochschullandschaft Sachsens. 2. die personelle Erneuerung an Sachsens Hochschulen und der Personalabbau, ein besonders schmerzlicher Punkt. 3. Berufungen und Stellenbesetzungen. Bei der Gelegenheit möchte ich auch ein paar Zahlen, so sie mir jetzt zur Verfügung stehen, über Frauen in dieser Richtung nennen. Und schließlich ein I Wort zum sächsischen Hochschulgesetz.

Seit dem 1. Oktober ist die Hochschullandschaft Sachsens anders als sie früher gewesen ist. Mit dem 30. September sind eine ganze Reihe von Hochschuleinrichtungen umstrukturiert worden. Ich darf dazu kurz ein paar Schlagworte nennen:

Es gibt jetzt vier Universitäten in Sachsen - Dresden, Leipzig, Chemnitz-Zwickau und Freiberg. Die Pädagogischen Hochschulen sind integriert in diese Universitäten in Form Erziehungswissenschaftlicher Fakultäten, aber zum Teil auch durch Integration in Fachbereiche an den entsprechenden Universitäten.

Dann gibt es die fünf Fachhochschulen neu, die wir Hochschulen für Technik und Wirtschaft in Sachsen nennen. Diese fünf Fachhochschulen sollen das zweite Studier-Prinzip verwirklichen, d.h. also in einem relativ kurzen Studium, d.h. in einem achtsemestrigen Studium zu einem Berufsabschluß zu kommen, der in außerordentlicher Weise gewünscht wird, sowohl von vielen, die studieren wollen in dieser Richtung, als auch von den Abnehmern dieses Produkts. Diese fünf Fachhochschulen befinden sich in Zittau-Görlitz, diesem Doppelstandort, der hervorgegangen ist in der Hauptsache aus der Technischen Hochschule Zittau verbunden mit weiteren Ingenieurschulen, insbesondere auch aus Görlitz. Dann die Hochschule für Technik und Wirtschaft in Dresden, die ein Stück der ehemaligen Hochschule für Verkehrswesen beinhaltet, aber eine ganze Reihe anderer Einrichtungen auch - z.B. die Fachschule Gartenbau- und Landschaftspflege, aber auch die Ingenieurschule für Geodäsie und Kartographie zählen dazu. Heute findet die feierliche Eröffnung der Verkehrswissenschaftlichen Fakultät der TU Dresden statt. Diese gesamte Umstrukturierung war eine

außerordentlich schwierige Operation. Sie war nach unserem Dafürhalten notwendig. Es ist damit das weite Gebiet der Verkehrswissenschaften an die TU Dresden zurückgeführt worden. Die Verkehrswissenschaften herauszulösen aus der Universität - damals noch aus der Technischen Hochschule Dresden - und eine eigene Hochschule aufzubauen, war ja eine DDR-Schöpfung. Dieser Prozeß ist also umgekehrt worden. Es ist allerdings eine Komplexfakultät gegründet worden, eine übergreifende Fakultät mit einer Größenordnung von vierzig Professuren. Und es wird wichtig sein, daß die Verkehrswissenschaftliche Fakultät funktioniert. Die Hochschule für Verkehrswesen hatte sich einen Ruf erworben auf diesem Gebiet und diesen Ruf gilt es natürlich fortzusetzen und innerhalb der Universität Dresden auszubauen.

Es gibt weiter die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur in Leipzig, die sich zusammensetzt aus der Technischen Hochschule in Leipzig und aus weiteren Ingenieurschulen aus dem Raum Leipzig. Zudem gibt es die Hochschule für Technik und Wirtschaft in Zwickau mit einem Fachbereich Angewandte Kunst in Schneeberg. Wir haben die Einrichtung dort ersteinmal in einer guten Art und Weise in die Hochschullandschaft integriert, ob man später zu anderen Formen kommen wird, daß muß die Zeit dann bringen. Und dann nicht zu vergessen unser Pilotprojekt auf dem Gebiet der Fachhochschulen: die Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida.

Und schließlich die vier künstlerischen Hochschulen. Es gibt zwei Musikhochschulen, eine in Leipzig, eine in Dresden. Es gibt die Hochschule für Bildende Künste in Dresden und die Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig. Und wer sich noch daran erinnert - es gab in Leipzig eine Theaterhochschule. Diese Hochschule ist integriert und zwar zum einen Teil in Richtung Universität Leipzig und was den fachwissenschaftlichen Aspekt anbetrifft, in die Hochschule für Musik "Felix-Mendelsohn-Bartholdy", die nun Hochschule für Musik und Theater "Felix Mendelsohn-Bartholdy" Leipzig heißt. Eine Einrichtung fehlt noch - die Medizinische Akademie in Dresden. Diese existiert weiterhin. Es existieren allerdings Überlegungen, eine Medizinische Fakultät an der TU Dresden zu gründen und mit der Gründung die Medizinische Akademie aufzulösen. Die Universität Dresden würde damit eine Volluniversität, d.h. also eine doch reichhaltig ausgestattete Universität was die Richtungen anbetrifft. Die Juristische Fakultät war ja der erste Schritt bei dieser Vervollkommnung. So viel vielleicht zur Hochschullandschaft Sachsens. Im Vergleich dazu waren die Integrationsprozesse in den alten Bundesländern, also z.B. die Integration einer Pädagogischen Hochschule, ein Prozeß von Jahren. Das mußte hier alles wesentlich schneller gehen.

Damit bin ich auch gleich bei personellen Besetzung der Hochschulen. Zu DDR-Zeiten war die äußerst reichhaltig. Wir hatten im Hochschulwesen 28000 Beschäftigte im Herbst 1989. Unter Hochschulwesen wurde sehr vieles verstanden, d.h. es erfolgte erstmal eine Herauslösung von Teilen, die mit Hochschulen nicht viel zu tun hatten, die also in Richtung Studentenwerk, in Richtung Baubetriebe usw. gegangen sind. Dann gab es allerdings auch ein natürliches Abschmelzen im Bereich des Hochschulwesens im Zusammenhang mit der damals bevorstehenden Tätigkeit der Personal- und Fachkommissionen. Es gab außerordentlich viele Abberufungswünsche von Professoren auf eigenen Antrag. Insbesondere auch von solchen, die das 55. Lebensjahr bereits erreicht hatten und die sich einer weiteren Konkurrenz nicht stellen konnten und wollten. Wir sind im Laufe der Zeit - ich nehme als Stichtag den September 1992 von 28000 auf 16200 gesunken. Ich nenne den Termin im September deshalb, weil bis zu diesem Zeitpunkt keine größeren Kündigungswellen im Hochschulwesen vorhanden waren. D.h. also, die Reduzierung auf diese Zahl 16200 vollzog sich in außerordentlich individueller Weise.

Zum Stichwort Kündigungswelle: Es hat zum Stichtag 30. September einen Personalabbau in einer bemerkenswerten Größenordnung gegeben. Dieser Personalabbau wird - rechnet man die noch folgenden Kündigungen, die bis zum 30. Dezember diesen Jahres ausgesprochen werden hinzu - sich auf etwa 5000 belaufen. D.h. also von diesen 16200 noch einmal etwa 5000 nach unten.

Ich will zur Verdeutlichung sagen: Wir werden oft verglichen mit Baden-Württemberg, und es wird gesagt, wir hätten ein System verpaßt bekommen, d.h. also die schöne Formel: "Baden-Württemberg durch zwei ist Sachsen". Baden-Württemberg hat viermal soviele Studenten wie Sachsen. Es ist für uns die weitaus günstigere Vergleichszahl gewählt worden, nämlich der Bevölkerungsvergleich. Die Studentenanzahl hat keine Rolle gespielt, die Absolventenzahl würde uns schon besser aussehen lassen, weil wir mehr Absolventen haben, als das z.B. in den alten Bundesländern der Fall ist,, das hängt mit der Erfolgsquote zusammen, die immernoch relativ hoch ist. Aber dieses Verhältnis "Baden-Württemberg durch zwei ist gleich Sachsen" das ist schon - bei Lichte besehen - kein ganz schlechtes. Natürlich, in dem Feld einer großen Beschäftigtenanzahl im Hochschulwesen ist das eine tragische Angelegenheit. D.h., auf ein solches Maß ersteinmal zu kommen ist nicht einfach. Und dabei sind wir jetzt.

Wir bekommen sehr viel Post, wo uns gesagt wird, daß das Zurückschneiden auf eine Anzahl von Professuren in einem gewissen Fachbereich für den Fachbereich das Aus bedeutet. Es gibt aber auch Meinungen, die wir in zunehmenden Maße bekommen, wo man uns darauf hinweist, daß wir uns geradezu fürstliche Ausstattungen leisten in vielen Fachbereichen im Vergleich mit den alten Bundesländern. Also ich meine schon, die Hochschullandschaft läßt sich mit den anvisierten Zahlen leidlich schneidern. Das geht vielleicht deshalb ganz gut, weil die Studentenzahlen zur Zeit relativ gering sind.

Dieses Problem macht uns große Sorgen, das will ich auch deutlich sagen. Wir hätten schon gern, wenn sich mehr Studenten - auch aus den alten Bundesländern - entschließen würden, in Sachsen zu studieren. Ich meine, daß die Bedingungen in Sachsen, wenn wir uns nicht selbst so darstellen, als wäre alles im Abrutschen, günstig sind. Hier gibt es Studentenzahlen in vielen Fachbereichen, wo nicht auf jeden Professor ein Diplomand kommen wird. D.h. also, die Landschaft ist gestaltbar. Das kommt auch daher, daß die Besetzung der Stellen an den Fachhochschulen mit Professoren zu einem außerordentlich hohen Lehraufkommen führt und damit relativ hohe Studentenzahlen zuläßt. Ein Professor an einer Fachhochschule hat 18 Stunden pro Woche Unterricht.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen zur personellen Erneuerung. Die personelle Erneuerung drückt sich z.B. auch darin aus, daß von den ordentlichen Professoren, die im Herbst '89 tätig waren in Sachsen weit mehr als 50% nicht mehr im Plan sind. Hier liegen zum größten Teil Abberufungen auf eigenen Antrag vor und zu einem gewissen Teil liegen Abberufungen

vor auf der Grundlage der Tätigkeit der Personal- und Fachkommissionen.

Die Personalkommissionen haben dem Minister ca. 1400 Empfehlungen zugearbeitet, die nicht immer klare Empfehlungen auf Abberufungen oder Kündigung im Sinne des Gesetzes gewesen sind. Es hat auch einen Zwischenbereich gegeben, wo die Empfehlungen der Personalkommissionen weder in der einen oder anderen Richtung eindeutig waren. Für solche Fälle gibt es dann die Landespersonalkommission, die in etwa 400 Fällen beteiligt worden ist. Von diesen 1400 Fällen haben zwischen 800 und 900 zu einer Abberufung bzw. Kündigung geführt. Die Tätigkeit der Fachkommissionen führt natürlich nicht zu solchen Zahlen. In aller Regel ist ein fachlich nicht kompetenter Wissenschaftler an der Personalkommission gescheitert. Denn es gab ja immer gewisse Gründe, ihn als Professor zu installieren und das reguliert sich dann in aller Regel über die Personalkommissionen.

Zum erfreulicheren Weg - dem Weg der Berufungen und Stellenbesetzungen. Es ist so, daß die Anzahl der Professorenstellen in Sachsen höher ist, als sie früher gewesen ist. Das hängt damit zusammen, daß die Fachhochschulen einen wesentlich höheren Anteil an Professoren besitzen im Vergleich zu den Universitäten. Dort sind die C3-Stellen und die C2-Stellen alles Professorenstellen, während die C2-Stellen an den Universitäten Dozentenstellen sind, die grundsätzlich befristet vergeben werden. Die Berufungen sind folgendermaßen vorangekommen:

Wir haben in einem ersten Schritt in einem verkürzten Verfahren Professoren berufen und zwar im Prinzip auf Vorschlag einer Berufungskommission, einer außerordentlichen Berufungskommission - außerhalb der Universität gebildet und vom Minister und dem sächsischen Hochschulrat eingesetzt in Abstimmung mit der Sächsischen Hochschulkommission. Diese Berufungskommissionen haben gezielt Personen vorgeschlagen, die seitens des Ministers berufen werden sollten. Das traf in Sachsen ca. 400 - also in etwa 20% der Professorenstellen. Wir hatten zugesagt, daß es nicht über 30% betreffen würde. Wir sind deutlich unter dieser Zahl geblieben. Diese verkürzt berufenen Professoren waren notwendig, um in Sachsen reguläre Berufungskommissionen bilden zu können.

Nun entwickeln sich die Berufungsverfahren über Ausschreibung - Bewerbung - Bewerbungsfristen - Sitzung der Berufungskommission - Erarbeitung eines Dreiervorschlages - Einholung von Gutachten - Vorlegung aller Unterlagen im Ministerium - Entscheidung des Ministers, ob einer der Kandidaten auf der Liste berufen werden soll oder ob die Liste zurückgegeben werden muß. Zwischendrin gibt es natürlich die Etappen - Beschluß der Berufungskommission, der Fakultät, des Senats. In dieser Phase stekken wir gerade noch.

Der gegenwärtige Stand ist so, daß wir auf mehr als 50% aller Professorenstellen Sachsens Rufe erteilt haben. Die Ruferteilung ist der allererste Schritt zu einer Berufung. In aller Regel kommt bei einem Professor aus den alten Bundesländern dann erstmal ein Antworttext, in dem das Wort "grundsätzlich" vorkommt, er mitteilt, daß er die Berufung grundsätzlich annimmt, was also bedeutet, daß er verhandlungsbereit ist und mehr nicht. Und wenn wir einen Ruf an einen Kollegen aus Sachsen erteilen, fehlt das Wort grundsätzlich und dann kommt auch meistens noch ein freundlicher Satz: Daß er sich alle Mühe geben wird, daß in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. D.h. also, die Fristen zwischen der Ruferteilung und der Rufannahme sind außerordentlich

unterschiedlich, so daß wir auch in den Berufungsverhandlungen mit den Kollegen aus den alten Bundesländern nicht so schnell vorankommen, während bei den Kollegen aus den neuen Bundesländern die Sache klar ist. Also etwa 50 % der Rufe sind positiv beschieden.

Einen Teil der Professuren haben wir ganz bewußt noch nicht ausgeschrieben. Z.B. die neu aufzubauenden Fakultäten - Geisteswissenschaften, Erzeihungswissenschaften, die Juristischen Fakultäten, die Wirtschaftswissenschaften muß man organisch aufbauen. Das muß schrittweise geschehen, schubweise und zieht sich über Jahre hin. Das ist auch nicht anders erforderlich, weil man dort in vielen Richtungen auch nur erste Studienjahre hat. Aus diesem Grunde sind einige Professorenstellen nicht ausgeschrieben. Dies dürfte in der Größenordnung von 20 Prozent liegen. Das heißt, daß die Zahl von 50 Prozent, die sich auf die Gesamtzahl bezieht, erhöht wird auf 60 Prozent, wenn man die Stellen nimmt, die tatsächlich ausgeschrieben worden sind.

Mit dieser Prozentzahl könnte man trotzdem den Lehrbetrieb nicht aufrechterhalten und das wiederum ist Ziel und Kunststück an der Angelegenheit. Dazu dient uns die Möglichkeit, Vertretungsverträge durchzuführen. Das tun wir immer dort, wo uns ein Listenvorschlag noch nicht überreicht worden ist durch die Berufungskommission oder wo wir - also der Minister - keinen der Kandidaten der Liste berufen können. Überall dort organisieren wir Vertretungshilfe, nehmen uns die Zeit, die Professuren neu auszuschreiben. Dann werden wir sehen, ob sich in einer angemessenen Zeit - auch was Bewerbungsfristen angeht - ein deutlich besseres Bild gibt aus der Bewerberlage und eine Berufung auf einer späteren Liste auszusprechen ist. Natürlich gibt es immer eine ganze Reihe von Unwägbarkeiten - Absagen und ähnliche Dinge, aber das ist nicht anders zu machen.

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlaß eine Bemerkung machen, was Frauen anbetrifft. Um es vorweg zu sagen - dieses Problem liegt uns am Herzen, daß mehr Frauen in der Hochschullandschaft erscheinen und das aus gutem Grund: Das ist ein Problem, das kurzfristig in keinem zufriedenstellendem Maße gelöst werden kann. Es ist ein Prozeß, der sicher auch etwas mit der Vergangenheit zu tun hat, aber auch mit vielen anderen Dingen. Ich habe relativ guten Einblick, wie es Frauen im Hochschulwesen gehen kann. Wie ist die derzeitige Lage?

Völlig klar, daß in gewissen Gebieten der Prozentsatz der Professorinnen deutlich höher ist, als in anderen Gebieten, allerdings immer natürlich innerhalb der imaginären Grenzen. In den Kunsthochschulen - um das einmal zu sagen - gibt es 91 besetzte Professuren. Hier sind z.Z. 20 Professorinnen tätig. Das sind 22 Prozent. Das Gegenstück will ich auch nicht verheimlichen: Bergakademie Freiberg: Null. Ein besonders ungünstiger Fall. Ansonsten - die TU Dresden, die TU Chemnitz bewegen sich in einem Rahmen, der außerordentlich gering ist. Dazu ist folgendes zu sagen: gerade dort, wo bevorzugt Frauen zu Professorinnen berufen werden, diese Gebiete befinden sich im Neuaufbau. Es sind oftmals die Geisteswissenschaften, während die Bergakademie Freiberg und die TU Dresden ingenieurwissenschaftlich geprägt sind. Das wird auch deutlich an der Universität Leipzig. Dort sind 10 Prozent der besetzten Professorenstellen durch Professorinnen besetzt. Das ist eine Momentaufnahme vom Datum 5. November. Der Anteil der Frauen insgesamt im Hochschulwesen liegt jetzt bei 46 Prozent -

insgesamt im Hochschulwesen. Beim wissenschaftlichen Personal liegt der Anteil bei 29 Prozent. Ich würde hier auch keine Tendenz hineinlesen. 46 Prozent insgesamt heißt also einschließlich der Verwaltung. Diesen Zahlen liegt eine Statistik zugrunde, die 15400 Personen Gesamtpersonal führt, ohne den Bereich Medizin wohlgemerkt. Es gibt also eine gewisse Verschlechterung des Frauenanteils.

Ich habe im Augenblick nur konkretere Zahlen für die Universität Leipzig - dort sind unter 58 Stellen zwei Professorinnen. Ich kann vielleicht noch folgendes dazu sagen. Wie reagiert das Ministerium im Verlauf der Berufungsverfahren.?

Generell wird die Berufungskommission von der Hochschule vorgeschlagen und vom Ministerium bestätigt. Wir verlangen, daß bei jedem Berufungsvorgang ein Protokoll beigelegt wird, wo wir im Detail informiert werden wollen über weibliche Bewerber - Bewerberinnen. Wir wollen wissen, unter welchem Gesichtspunkt diese Bewerberinnen ausgeschlossen worden sind. Dann kommt es zur eigentlichen Berufungsliste: Erst einmal ist der Minister anscheinend frei in seiner Entscheidung, Platz eins, zwei oder drei zu berufen - das steht zumindest im Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetz. Die Sache hat aber Tücken und zwar kommen dort über das Grundgesetz Tücken herein: Der Minister kann nicht würfeln oder tun was er denkt, sondern er muß im Prinzip begründen, wenn er von der Reihenfolge abweicht und zwar hat das was mit dem sparsamen Einsatz der Mittel zu tun, hat etwas mit der Gleichberechtigung vor dem Gesetz zu tun, und das hat auch etwas damit zu tun, daß sachfremde Erwägungen keine Rolle spielen dürfen. Eine sachfremde Überlegung wäre zum Beispiel auch ein überbetonter Sachsenbonus. Sie wissen alle, wie unser Minister denkt, und ich meine es wird deutlich, wie er handelt. Ich meine, daß der Anteil sächsischer Professoren höher sein wird, als der Anteil bayerischer Professoren an bayerischen Hochschulen. Die Möglichkeit, die zulässig sind, werden vom Ministerium voll genutzt. Nur - Sie wissen selbst - es fehlt in aller Regel schon an Bewerberinnen. In den Berufungskommissionen ist sicherlich eine entsprechende Männervorherrschaft da, wobei man aber nicht sicher wäre - und das will ich ruhig sagen - daß die Mitwirkung einer Frau zu einem anderen Resultat führen würde oder ob das nicht schon wieder eine gewisse Problematik mit sich führen würde.

Soweit eine erste Zwischenbilanz der Umstrukturierung der sächsischen Hochschullandschaft. Ich möchte zum Schluß den Wunsch des Ministeriums übermitteln, mitzutun an der Ausarbeitung des Sächsischen Hochschulgesetzes. Diese Aufforderung geht besonders auch an die Frauen, sich an der inhaltlichen Debatte zu beteiligen und sich dabei nicht nur zu beschränken auf solche Formalia wie dem durchgängigen Gebrauch der weiblichen Form.

DOKUMENTATION [redacted]

SÄCHSISCHES
STAATSMINISTERIUM
FÜR WISSENSCHAFT
UND KUNST

DER STAATSSEKRETÄR

Per Postzustellungsurkunde
Herrn
Dr. [redacted]

Dresden, den 26.10.1992
AZ: [redacted]
Bs / Sob

O - 7010 Leipzig

Betr.: Fristgemäße Kündigung

Bezug: Anhörung vom [redacted] vor der Personalkommission der Universität Leipzig

Sehr geehrter Herr Dr. [redacted]

hiermit kündige ich Ihnen das Arbeitsverhältnis mit dem Freistaat Sachsen gemäß Anlage 1 Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Ziff. 1 Abs. 4 Nr. 1 des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 fristgemäß mit Wirkung zum 31.03.1993 . Die Kündigungsfrist ergibt sich aus § 55 AGB.
Der Kündigung liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Sie hatten in der ehemaligen DDR zahlreiche bedeutende Funktionen ausgeübt. So waren Sie u.a. von 1970 bis 1973 Leitungsmitglied der Abteilungsparteiorganisation der SED an der Sektion [redacted] und von 1971 bis 1974 als wissenschaftlicher Sekretär des Direktors der Sektion tätig. Von 1988 bis 1989 waren Sie gleichfalls Leitungsmitglied der Abteilungsparteiorganisation [redacted]

Darüber hinaus betätigten Sie sich von 1974 bis 1989 als Zugführer der Kampfgruppe. In dieser Funktion sowie im Rahmen Ihrer Tätigkeit als wissenschaftlicher Sekretär wurden Sie gelegentlich von Mitarbeitern des Ministeriums des Innern über die politische Einstellung und Zuverlässigkeit von Mitarbeitern bzw. Kampfgruppenangehörigen, vor allem im Zusammenhang mit geplanten Westreisen, befragt. Sie galten als überzeugtes Parteimitglied.
Sie haben das politische System der ehemaligen DDR entscheidend mitgetragen und unterstützt. Sie sind daher für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht geeignet. Gemäß der o.g. gesetzlichen Grundlage ist die fristgemäße Kündigung gerechtfertigt.

Dem Freistaat Sachsen ist unter diesen Umständen ein Festhalten am Arbeitsverhältnis nicht zumutbar.

Der Hauptpersonalrat ist beteiligt worden.
Gegen diese Entscheidung steht Ihnen der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten offen.

Hochachtungsvoll

Noack

HAUPTPERSONALRAT
beim Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Staatsminister für Wissenschaft und Kunst
Herrn Prof.Dr. H.-J. Meyer
Archivstr. 5

0-8060 Dresden

Dresden, den 19. Okt. 1992
Az.: [redacted]

Ordentliche Kündigung von Herrn Dr. [redacted]

Az.: [redacted]

hier: Mitwirkung des HPR gem § 79 (1) BPersVG/PersVG-DDR

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

der HPR hat in seiner Sitzung über o.g. beabsichtigte Kündigung, nach der am 05.10.1992 durchgeführten Erörterung, beraten und erhebt auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen und des derzeitigen Informationsstandes folgende Einwendungen:

Die alleinige Aufzählung von Funktionen und die Aussage, daß er von Mitarbeitern des Ministeriums des Inneren befragt worden sei, genügt nicht als Begründung einer Kündigung.

Es sind außer den Erklärungen des Herrn [redacted] selbst keine Unterlagen vorhanden, die in irgend einer Weise als belastend gelten könnten. Auch die Annahme, daß allein die Tätigkeit als Zugführer der Kampfgruppe ausreichend sei, so in der Erörterung vom SMWK vorgetragen, läßt lediglich Vermutungen zu.

Nach Auffassung des Hauptpersonalrates reicht dies aber nicht, um eine Kündigung zu begründen.

Mit freundlichen Grüßen

B. Scharfenberg

B. Scharfenberg
i.V. des amt. Vorsitzenden

Institut für Umweltgeschichte e.V.

Historische Umweltforschung hat es mit unterschiedlichen Gesellschaften und Kulturen in unterschiedlichen Räumen und in verschiedenen Zeiten mit jeweils spezifischen Formen des Mensch-Umwelt-Verhältnisses zu tun. Eine jede dieser Formen enthält positive und negative Beispiele oder Vorbilder für die Gestaltung des Mensch-Umwelt-Verhältnisses, die für die Lösung heutiger Umweltprobleme erschlossen werden müssen. Historische Umweltforschung kann so Beiträge liefern zur Ausprägung von Umweltbewußtsein, zur Entwicklung "angepaßter" Strategien der Umweltpolitik u.s.w.

Die Mitglieder des Instituts für Umweltgeschichte gehen davon aus, daß vor allem in den alten Bundesländern ein erhebliches Wissens- und damit Forschungsdefizit im Bereich "Umweltnutzung und Umweltpolitik einschließlich Umweltforschung in den sozialistischen Ländern, insbesondere der DDR" besteht. Das Institut für Umweltgeschichte möchte dazu beitragen, dieses Wissen zu schaffen.

FORSCHUNGSRICHTUNGEN UND -INTERESSEN DES INSTITUTS

- Aufarbeitung der Umwelt- und Naturschutzpolitik sowie der Forschung auf diesen Gebieten in der DDR und den ehemals sozialistischen Staaten
- Forschungen zur ökologischen Bewegung in der DDR und den ehemaligen sozialistischen Staaten
- Umweltnutzungs und -belastungsgeschichte "vor Ort"
- Aufbau eines Studienarchivs und einer Bibliothek der Umweltgeschichte der DDR und der sozialistischen Staaten

Ansprechpartner:
Dr. Hermann Behrens
c/o IUG e.V.
Eichendorffstr. 16, O-1040 Berlin
Telefon: 28 26 894

UfU e.V.

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) e.V., im Herbst 1989 initiiert von einer Gruppe von Wissenschaftlern, war das erste seiner Art in der damaligen DDR. Das selbstgesteckte Ziel bestand darin, den herrschenden Zustand der staatlich verordneten Unwissenheit und Entmündigung in Umweltfragen aktiv zu beenden. UfU erhielt dazu breite Zustimmung aus der Bevölkerung. Heute unterstützen über 350 Fördermitglieder durch einen regelmäßigen Beitrag die Arbeit des UfU.

Vielfältige Aktivitäten machten UfU über den nationalen Maßstab hinaus bekannt. So wurden die Netzwerke, Tagungen und Seminare initiiert und organisiert, es wurde an einer energiepolitischen Studie mitgearbeitet, die in den 3. Bericht der Enquète-Kommission des Deutschen Bundestages einging.

Auch nach der staatlichen Auflösung der DDR bleibt das UfU seinem ursprünglichen Anliegen, Umweltwissenschaft und alltägliche Erfahrungen zu verbinden, verpflichtet und sieht seine Aufgabe insbesondere darin, die Umweltpolitik in den neuen Ländern kritisch zu begleiten, verpaßte Chancen zu benennen und alternative Lösungswege aufzuzeigen.

Die Geschäftsstelle und die meisten Fachbereiche befinden sich in Berlin: das Netzwerkbüro, das die ehrenamtlichen Mitarbeiter und Fördermitglieder betreut, sowie die Redaktion des regelmäßig erscheinenden Informationsbriefes arbeiten in Halle/Saale.

UfU betreibt nicht nur im herkömmlichen Sinn Umweltforschung, es ist von Wissenschaftlern und anderen Interessierten geprägt, die sich mit Sachkenntnis und Engagement für unsere Ziele einsetzen. Die Ergebnisse werden sowohl wissenschaftlich als auch allgemeinverständlich veröffentlicht.

Unser Ziel ist, der Gleichgültigkeit und Verdrängung der katastrophalen Umweltsituation entgegenzuwirken.

Ansprechpartner:

UfU-Büro Berlin
Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165
O-1080 Berlin
Tel/Fax 229 17 97

UfU-Büro Halle
Reformhaus
Große Klausstraße 11
O-4020 Halle
Tel/Fax 26530

Spendenkonto: 387011181, Sparkasse Halle, BLZ 800 53 762

Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin

Im März 1991 gründeten Mitarbeiter des Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der ehemaligen Akademie der Wissenschaften sowie weiterer, früher im Bereich Wissenschaftsforschung/Soziologie wirksamer und inzwischen aufgelöster Forschungs- und Hochschuleinrichtungen den gemeinnützigen Verein "Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin" (WiSoS).

In der Satzung heißt es zur Zielsetzung der Vereinstätigkeit: "Zweck des Vereins ist die Förderung wissenschaftssoziologischer und -statistischer Untersuchungen im nationalen und internationalen Rahmen. Im Vordergrund des Interesses steht die Wissenschaftsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern, insbesondere in der Region Berlin-Brandenburg."

Am 31.12.1991 wurde - gemäß Einigungsvertrag - das Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft geschlossen. Damit trat die Tätigkeit des WiSoS e.V. in eine neue Phase. Eine Reihe von Mitgliedern des Vereins konnte in Umsetzung der Evaluierungsergebnisse eine neue Anstellung finden. Das betrifft insbesondere die Mitarbeiter der Gruppe "Wissenschaftsstatistik", die unter Leitung von Werner Meske vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung übernommen wurden. Weitere Förderungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten ergaben sich u.a. im Rahmen eines Projektes der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie durch Förderung im Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP). Einige Mitglieder des Vereins haben inzwischen in anderen wissenschaftsnahmen Bereichen eine neue Tätigkeit aufgenommen. Da auf diese Weise nur ein Teil der bereits laufenden bzw. geplanten Forschungen weiter gesichert werden konnte, hat sich der Verein bereits im Frühsommer 1991 als Träger um die Beantragung von ABM-Projekten beim Arbeitsamt VII, Berlin bemüht. Mit ihrer Bestätigung für zunächst ein Jahr bis Ende 1992 - die Anträge auf Verlängerung bis 31.12.1993 liegen dem Arbeitsamt vor - konnten die Forschungen im Januar diesen Jahres planmäßig fortgesetzt werden bzw. neu aufgenommen werden.

Für die Realisierung des dringenden aktuellen Forschungsbedarfs bei der Analyse der Umbruchprozesse der Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern und Berlin stehen damit weitere wissenschaftliche Forschungskapazitäten im Rahmen des übergreifenden Themenkomplexes: "Studien zum Transformationsprozeß des Wissenschaftssystems" zur Verfügung. Dabei erfolgt eine Konzentration der Untersuchungen auf die Transformationsprobleme in der Region Berlin-Brandenburg, sowohl im Vergleich zu den alten und neuen Bundesländern, als auch mit der Perspektive auf entsprechende Entwicklungen in Osteuropa.

Den anstehenden Analyse-, Orientierungs- und Handlungsbedarf versucht WiSoS e.V. mit einer vielfältigen unabhängigen sozialwissenschaftlichen Begleitforschung zu befördern. Dazu arbeiten in Trägerschaft des Vereins gegenwärtig folgende Projekte:

* Laser-Medizin-Technik - zur Genese einer human-, natur- und sozialverträglichen Technologie
* Transformationsbeispiel Fachhochschulen
* Technologiezentrum Berlin-Adlershof
* Wissenschaftlicher Nachwuchs
* Sozial- und personalstrukturelle Veränderungen im Wissenschaftspotential der Region Berlin/ Brandenburg; Wissenschaftlerlebensläufe
* Situationsanalyse Hochschulforschung
* Berufliche Mobilität von Natur- und Technikwissenschaftlern.

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des WiSoS e.V. am 2. April 1992 wurde auf Antrag von Vorstand und Geschäftsführung der Vorschlag angenommen, eine eigene Publikationsreihe mit dem Titel "Transformationsprozesse in der Wissenschaft" herauszugeben.

Diese Publikationsreihe soll Wissenschaftlern der genannten Auffangstrukturen, selbstorganisierten institutionellen Neuansätzen sowie freiberuflich tätigen Wissenschaftsforschern, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlern eine Plattform für die Verbreitung ihrer Forschungsergebnisse bieten. Zugleich steht sie allen an der Entwicklung Berlin-Brandenburg als größtem Ballungszentrums wissenschaftlicher Potentiale in Deutschland interessierten Wissenschaftlern, High-tech-Spezialisten, Wirtschaftsexperten, Politikern, Medienvertretern u.a. für Beiträge und Standpunkte offen und will so Impulse für den transdisziplinären Diskurs über die Zukunft dieser wichtigen Region im Herzen Europas und ihrer Ausstrahlung nach Osteuropa geben.

Anschrift: WiSoS e.V.Prenzlauer Promenade 149-152, O - 1100 Berlin bzw.
Rudower Chaussee 5, O - 1199 Berlin

GELESEN

Heinz Ludwig Arnold / Frauke Meyer-Gosau (Hrsg.): Die Abwicklung der DDR. Göttinger Sudelblätter. Wallstein Verlag, Göttingen 1992. 95 S. DM 27,-

Der Wallstein Verlag Göttingen veröffentlichte innerhalb seiner Reihe "Göttinger Sudelblätter" einen Sammelband mit dem Titel "Die Abwicklung der DDR". Das Interesse der Herausgeber Heinz Ludwig Arnold und Frauke Meyer-Gosau gilt vornehmlich dem kulturellen Ab- und Umbau. Dieser wird folglich auch von zehn der elf versammelten Beiträge umkreist.

Ein Interview mit Christoph Hein machte die Herausgeber nach eigenen Angaben kurz vor Redaktionsschluß auf einen entscheidenden Mangel der Zusammenstellung aufmerksam: Die kulturelle Abwicklung könne nicht hinreichend behandelt werden, wenn die ökonomische Abwicklung außerhalb der Betrachtung bleibt. Das diese Einsicht auslösende Hein-Zitat lautete:

"Aber die Wirtschaft ist das Wichtigste. Ohne ihre wirtschaftlichen Probleme wäre die DDR nicht zusammengebrochen. Die Zensur und die mentale Unterdrückung hätten die Menschen noch länger ausgehalten." (*Theater heute,* April 19992) Wer wollte da widersprechen.

Stefan Welzk, Wirtschaftsreferent im schleswig-holsteinischen Bundesratsministerium, lieferte noch flugs den Artikel zu "Tabula rasa - Die Basis der Abwicklung". So konnte dann Herausgeber Arnold guten Gewissens formulieren:

"Dieses `Sudelblatt' will über beide Aspekte der Transformierung der alten DDR des `realexistierenden Sozialismus' in einen Teil der demokratisch verfaßten und marktwirtschaftlich organisierten Bundesrepublik kritisch nachdenken: über den ökonomischen und den kulturellen. Weil beide aufeinander bezogen und voneinander abhängig sind: denn über einem Land wirtschaftlicher Verödung kann sich kein lebendiger Geist entwickeln." (S. 8)

Der Ton deutet es schon an: Gesudelt wird nicht viel. Eher mit viel Verständnis für alle Beteiligten maßvoll kritisch beleuchtet. So auch in den vier Artikeln, die unseren Kontext berühren.

Manfred Bierwisch, seit 1991 Leiter der Max-Planck-Arbeitsgruppe "Strukturelle Grammatik" an der Humboldt-Universität, beschreibt und lotet aus die **"Konflikte der Erneuerung. Die Universitäten der ehemaligen DDR".** Seine Ausgangsthese ist: "Obgleich dieser Zusammenbruch kein Sieg der besseren, freien Welt über den totalitären Feind war, hat er die fundamentale Asymmetrie zwischen einer gescheiterten und einer erfolgreichen Gesellschaftsform hinterlassen." (S. 41) Der Asymmetriegedanke zieht sich durch den Text.

Zunächst wird die Erbschaft des DDR-Wissenschaftssystems beschrieben. Vier spe-

zielle Probleme kommentiert Bierwisch ausführlicher: die personelle Überbesetzung, die Verarmung der Universitätsforschung, die Verschulung der Universitäten und den Mangel an Mobilität.

Den Gesellschaftswissenschaften in der DDR attestiert er wohl zutreffend, daß sie "nicht an einem Übermaß von Marxismus gelitten haben, sondern an einem Schematismus, unter dem sich vielfach ganz konservative Denkmuster verbergen." (S. 44) Das erklärt viele der seit geraumer Zeit beobachtbaren und nur vordergründig überraschenden Anpassungen an den westdeutschen (oftmals ja noch nicht einmal westlichen) Mainstream. "Die Rede von den Seilschaften trifft... nur den am leichtesten identifizierbaren Teil alter Zusammenhänge" (S. 45), stellt der Autor desweiteren fest, und versucht anschaulich, die subtil wirkende Solidarität von früher Genötigten und Nötigern zu erklären.

Sodann fragt Bierwisch nach der "vertanen Chance,... die Vereinigung zum Anlaß zu nehmen, Neues in beiden Teilen des Landes zu gestalten". (S. 46) In der diesbezüglichen Betrachtung werden "zwei Grundüberzeugungen des Wissenschaftsrates" referiert, die diesen bei seinen Ost-Empfehlungen leiteten. Deren zweite ist: "Die Gesichtspunkte und die Erfahrungen für die Neugestaltung sind vom westdeutschen Universitätssystem vorgegeben und durch dessen Repräsentanten vermittelbar." (S. 48) Dies sei dann korrekt, so Bierwisch, "wenn man das bundesdeutsche Hochschulsystem für das beste praktisch erreichbare Modell ansieht und seine eigene Korrekturbedürftigkeit beiseite setzt." (S. 48) Aber: Die Ungewöhnlichkeit der Übergangssituation mit all ihren zeitlichen Pressionen und arbeitsmäßigen Überlastungen machten deutlich: Die "Rede von der verpaßten Chance (hat) nicht viel mit der Realität zu tun. Die drängenden Aufgaben bei der Neukonzipierung von Hochschulstrukturen sind mit einer ernsthaften Infragestellung auch des westdeutschen Hochschulsystems nicht zu verbinden." (S. 49)

Hm. Angesichts des vorherrschenden Strukturkonservatismus in Westdeutschland, der sich umso intensiver pflegt, je unaufgeregter die Zeiten sind, der in Umbruchsitutionen dann aber als kleineres Übel gegenüber der andernorts vorgefundenen Barbarei erscheint - angesichts dessen fragt sich da freilich: Wann denn nun sind die Zeiten günstig für Modernisierungen? Oder sollten wir es überhaupt bleiben lassen?

Treffend formuliert Bierwisch schließlich Impressionen aus dem Umbauprozeß und versucht, deren Hintergründe auszuleuchten. Den ProfessorInnen, die es als entwürdigend empfinden, sich auf ihre eigenen Lehrstühle bewerben zu müssen, hält er entgegen: Sie berücksichtigten nicht, "daß Bewerbungen ein normales akademisches Verfahren sind, dem sie, anders als ihre westdeutschen Kollegen, sich bislang nie unterzogen haben. Genau genommen wird hier nicht Fremdbestimmung bemängelt, sondern ein Privileg eingefordert..." (S. 51) Das hat gewiß etwas für sich. Es berücksichtigt gleichwohl zumindest nicht, daß Ost-BewerberInnen in der Regel strukturell benachteiligt sind.

Die Beteiligung westdeutscher KollegInnen an den Neustrukturierungsvorgängen, so Bierwisch desweiteren, sei "nicht nur eine bedeutende und zusätzliche Belastung..., sie ist auch eine interessante Herausforderung... , sie gibt ungewöhnliche und unerwartete Wirkungsmöglichkeiten, und sie enthält die Verführung, Pläne und Absichten zu verwirklichen, die sich im normalen Wirkungskreis nicht verfolgen ließen." Beispielsweise ist eine "besondere Facette dieser Versuchung... die Möglichkeit, der eigenen Schule und eigenen Schülern Geltung zu verschaffen..." (S. 51 f.) Aber, bitte, keine Sudelei. Denn: "Die Motive solcher Bestrebungen sind natürlich und keineswegs ehrenrührig." (S. 52)

Wolfgang Raible, Romanistik-Professor in Freiburg/Br., gibt **"Impressionen beim Evaluieren"** zum besten. Er war dabei, als Evaluator. Die Diktion seines Textes schwankt zwischen skrupulös und kolportagehaft. Ganz sicher scheint er sich mit der Bewertung dessen, woran er sich da beteiligt hatte, noch nicht zu sein. Die Darstellung ist informativ. Empfohlen werden kann sie insbesondere, wenn jemand (etwa ausländische KollegInnen) sich nicht vorzustellen vermag, wie diese sagenumwobene Evaluierung abgelaufen ist - zumindest als Einstiegslektüre. Die beiden resümierenden Sätze lauten bei Raible:

"Insgesamt wird man kaum sagen können, es habe bei der Überleitung der kulturwissenschaftlichen [wie Raible landläufig geisteswissenschaftlich bezeichnete nennt] Einrichtungen der ehemaligen DDR-Akademie der Wissenschaften einen Kahlschlag gegeben. [...] Freilich gibt es auch manches Unbefriedigende im Gefolge der 'Abwicklung.'" (S. 62) Das soll nicht in denunziatorischer Absicht zitiert sein. Sondern als Beleg, daß auch der unvoreingenommene Beobachter / Beteiligte Schwierigkeiten haben kann, die Dramatik der Prozesse und ihrer Folgen zu erfassen.

"Kulturbesitz" nennt **Eckhard Thiele** seinen Artikel, in dem er sich des sog. *Museumskrieges* in Berlin annimmt, der uns "*in nuce* die gegenwärtige deutsche Misere" zeige (S. 75). "In der Praxis und im Bewußtsein der Menschen" wirke es so: "Die eine Seite gibt, die andere nimmt. Die eine fühlt sich durch unabsehbare Kosten belastet , mit immer neuen Forderungen belästigt, gelegentlich von Undank geradezu persönlich betroffen; die andere hält sich als die jahrzehntelang benachteiligte für berechtigt, Unterstützung ungeniert einzufordern und wie selbstverständlich anzunehmen. Beide haben recht. Aber beide wollen nicht wahrhaben, daß eben beide recht haben." (S. 72)

Vier Seiten steuert der Schriftsteller **Hans Joachim Schädlich** zu dem Sammelband bei. Er wertet seine Stasiakten bezüglich der Rolle eines Literaturwissenschaftlers bei seiner permanenten Behinderung (bis hin zum geplanten Strafprozeß, vor dem nur die rechtzeitige Übersiedlung rettete) aus. *Sachverständigen-IM* nannte sich diese Sorte der Mit-Arbeitenden, die, Kafka im Gepäck, Straftatbestände vorformulieren halfen. Skurrile Eröffnungen werden uns da zuteil. Eine lesenswerte Illustration zu dem, was uns alltäglich in den Zeitungen aufgedeckt wird. Nur der Titel hätte besser ein anderer sein sollen: **"Literaturwissenschaft und Staatssicherheit"** klingt ein wenig zu ambitioniert für die Darstellung einer durch das MfS vermittelten anonymen Beziehung zwischen einem Schriftsteller und einem Germanisten.

Die anderen Beiträge des Bandes befassen sich mit der "Abwicklung der Frauenfrage" (Inge Wettig-Danielmeier), dem heutigen Umgang mit als sowjetische Lager nachgenutzten deutschfaschistischen KZs (Wolfgang Benz), dem "Ab- und Aufbau der ostdeutschen Rundfunkanstalten" (Jörg Hildebrandt), dem "Nutzen und Nachteil der DDR-Literatur" (Richard Herzinger) und dem "gegenwärtigen Umgang mit der jüngeren Vergangenheit" (Frauke Meyer-Gosau).

Pas Ternack (Leipzig)

PUBLIKATIONEN

Heidrun Jahn: **Entwicklungsperspektiven der Wissenschafts- und Hochschullandschaft im Land Brandenburg.** Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Materialien 63, Düsseldorf 1991, 67 (+17) S.

Bezug bei: Hans-Böckler-Stiftung, Bertha-von-Suttner-Platz 3, W - 4000 Düsseldorf 1

Hans-Joachim Müller: **Probleme der "wissenschaftlich-technischen Revolution" und Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung in der DDR.** Reihe "Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft" (AGB), Band 3/89, Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e.V., Erlangen 1990.

Clemens Burrichter / Eckart Förtsch (Hrsg.): **Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch in Bonn (7. bis 9. November 1990).** Reihe AGB, Band 2/1991. Verlag Deutsche Gesellschaft für zeitgeschichtliche Fragen e.V., Erlangen 1991.

Bezug über: Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg, Äußere Brucker Str. 33, Postfach 1409, W - 8520 Erlangen, Tel. 09131/8267-0.

Knut Holm: **Das Charité-Komplott.** SPOTLESS-Verlag, Berlin 1991, 107 S. DM 9,90

Der Autor zeichnet - nach einer ausführlichen Einführung in die Geschichte der Charité - die diversen (Medien-)Skandale um die Charité seit 1990 nach, versucht, die hinter den Kampagnen stehenden Interessengeflechte aufzudecken und stellt dar, was sich letztlich jeweils immer als unhaltbar an den Vorwürfen herausgestellt hat. Letzteres ist insofern verdienstvoll, als den die Charité entlastenden Nachrichten regelmäßig eine weitaus geringere Publizität zuteil wurde als den jeweils zuvor skandalauslösenden Meldungen.

Nur direkt zu beziehen bei: SPOTLESS-Verlag, Postfach 830, O - 1020 Berlin

---

Förderkreis demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler / Netzwerk Wissenschaft (Hrsg.): **Informationen über Vereine und Projekte** 1/92. Berlin 1992, 45 S.

"Das Netzwerk Wissenschaft unternimmt mit dieser Informationsbroschüre den Versuch, die Kenntnisse über Vereine und Projekte insbesondere - aber nicht nur - im Wissenschaftsbereich Berlins und Brandenburgs zu fördenr. Wir haben eine Reihe von uns bekannten KollegInnen gebeten, kurze Selbstdarstellungen für eine Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen. Rund vierzig haben prompt reagiert - dies ist das Ergebnis, allerdings auch nur ein Anfang: Wir wollen das Vorhaben weiterführen und hoffen, in einer zweiten Ausgabe noch mehr Projekte vorstellen zu können. Erweitert werden soll der erste Versuch durch einen aktuellen Veranstaltungsteil; wir sind deshalb weiterhin auf Informationen angewiesen." (Editorial)

Bezug bei: Netzwerk Wissenschaft, Eichendorffstr. 16, O - 1040 Berlin, Tel. 2826894

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.): **Sächsische Hochschulen.** Dresden 1992, 64 S.

Kostenlos zu beziehen bei: Pressestelle des SMWK, Wigardstr. 17, O - 1086 Dresden, Tel. 0351 / 5982 697, Fax 0351 / 5990 542

Wolfgang Richter (Hrsg.): **Unfrieden in Deutschland. WEISSBUCH. Diskriminierung in den neuen Bundesländern.** Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM). Berlin 1992, 509 S. DM 20,-.

In unserem Kontext interessiert insbesondere das fünfzigseitige Kapitel "Kahlschlag der Wissenschaft - Entwürdigung von Wissenschaftlern". Es enthält neben einer Einleitung zahlreiche Dokumente, Briefe, Artikel u. dgl. in Kopie oder Abschrift.

Im Buchhandel oder bei: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), Karl-Lade-Str. 26, O - 1156 Berlin, Tel. 555 63 55

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): **Besoldungsrecht für Bund und Länder. Mit Übergangsregelungen für die neuen Länder.** Ausgabe 1992/1993.

Kostenlos bei den GEW-Gliederungen

M. Leszczensky / B. Filaretow: **Hochschulstudium in der DDR. Statistischer Überblick.** Hrsg. vom HIS, Hannover 1990, 126 S.

R. Rothe / R. Schmidt: **Baubestand der Hochschulen in der DDR. Statistischer Überblick.** Hrsg. vom HIS. Hannover 1990, 106 S.

M. Leszczensky / M. Parchatka: **Hochschulzugang in der DDR. Situationsanalyse im 1. Halbjahr 1990.** Hrsg. vom HIS, Hannover 1990, 55 S.

Der Baubestand der Medizinischen Hochschuleinrichtungen in den neuen Bundesländern. Statistischer Überblick. Hrsg. vom HIS, Hannover 1991, 80 S.

Kostenlos zu beziehen bei: HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Goseriede 9, W - 3000 Hannover 1

Dieter Jaufmann / Ernst Kistler / Klaus Meier / Karl-Heinz Strech (Hrsg.): **Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven.** Campus Verlag Frankfurt/New York 1992. 445 S. DM 78,-.

Ernst Blochs Vertreibung - 1956/57. Eine Dokumentation.
Hrsg. von der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e.V.
"Einspruch. Leipziger Hefte" H. 5. Leipzig 1992. 146 S. DM 15,-.

Der Inhalt:

A. Die Frontstellung

E. Bloch: Universität, Marxismus, Philosophie (Antrittsvorlesung in Leipzig, Mai 1949), Auszüge; *R. O. Gropp:* Über den Gegensatz der marxistischen dialektischen Methode zur idealistischen Dialektik Hegels, Auszüge; *E. Bloch*: Objekt - Subjekt. Vorwort zur Ausgabe 1951, Auszug; *P. Fröhlich*: 2. Sitzung der Bezirksleitung(BL) der SED am 15.12.1952. Zum Klassenkampf in Leipzig, Auszüge; *R. O. Gropp:* Der Kampf gegen Sozialdemokratismus und die Situation in der Philosophie (März 1954); Monatsbericht März 1954 der SED-Organisation am Institut für Philosophie (IfPh) der Karl-Marx-Universität; *Horst Engelmann:* Stellungnahme zu meiner ideologisch-politischen Haltung in den letzten zwei Jahren am IfPh (14. März 1957), Auszug; Nationalpreisträger 1955 - Prof. Ernst Bloch; Glückwunschschreiben des ZK der SED zum 70. Geburtstag E. Blochs; *K. Hager:* Parteilichkeit oder politische Neutralität (Zum 70. Geburtstag E. Blochs).

B. Die Chance

K. Schirdewan: Diskussionsbeitrag auf der 3. Parteikonferenz (PK) der SED, 25.3.1956, Auszug; *K. Hager:* Diskussionsbeitrag auf der 3. PK der SED, 25.3.1956, Auszug; *W. Bredel*: Diskussionsbeitrag auf der 3. PK der SED, 27.3.1956, Auszüge; Beschluß des ZK der KPdSU über die Überwindung des Personalkults und seiner Folgen, 30. Juli 1956, Aus-züge.

C. Paul Fröhlichs "Leipziger Kurs"

Protokoll der Bürositzung der SED-BL Leipzig vom 19.4.1956, Auszüge; Beschluß des Büros der SED-BL Leipzig vom 19.4.1956, Auszüge; Protokoll der Bürositzung vom 26.4.1956, Auszüge.

D. Die ideologische Offensive

Aktennotiz, Betr. Philosophische Fakultät; Mitteilung über ein Gespräch mit Genossin Bloch, am 1.12.1956; *R. O.Gropp:* Idealistische Verirrungen unter "Antidogmatischem" Vorzeichen (19.12.1956); *W. Ulbricht:* Was wir wollen und was wir nicht wollen (30. Dezember 1956); *J. H. Horn:* Diskussionsbeitrag auf der Delegiertenkonferenz der SED-Organisation der Karl-Marx-Universität vom 21. bis 22. Dezember 1956, Auszug; SED-Parteileitung des IfPh: Offener Brief an E. Bloch.

E. Der Wettlauf der Ideologen

Erste Ergebnisse der Aussprache über den Brief an E. Bloch; Protokoll zur 3. Sitzung der Universitätsparteileitung (UPL) der SED vom 25.1.1957; *W. Ulbricht:* Grundlagen der Politik der SED. Referat auf der 30. Tagung des ZK der SED am 16.2.1957, Auszug; Referat vor der Parteileitungssitzung der SED am 16.2.1957 über das 30. Plenum, Auszug; *K. Hager:* Piraten unter falscher Flagge. Zum Revisionismus in der Philosophie (27.2.1957); Gegenbericht der SED-Parteileitung des IfPh zur Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit vom 1.3.1957; Protokoll der 7. Sitzung der UPL der SED vom 7.3.1957; *J. H. Horn:* Diskussionsbeitrag auf der Parteiaktivtagung der SED am 18.3.1957;*Fritz Böhme*: Was ist das für eine Philosophie? (20.3.1957); Einschätzung der Konferenz über Fragen der Blochschen Philosophie (10.4.1957); Konzeption *G. Handels* Zur Rolle Prof. Blochs für die Entwicklung unserer Philosophie; Medaillen für ausgezeichnete Leistungen.

F. Das Urteil der (Ohn-) Macht

K. Hager: Protokoll zur 26. außerordentlichen Sitzung der UPL der SED vom 26.11.1957. Ein letztes Wort zu Bloch, Auszüge;*R. O. Gropp:* Diskussionsbeitrag auf der Delegiertenkonferenz der SED-Kreisorganisation der Karl-Marx-Universität Leipzig vom 18. bis 19. April 1958;Bericht der UPL über die Entwicklung der politisch-ideologischen Arbeit am Philosophischen Institut im Frühjahrssemester 1957, Auszug; Entwurf zum Perspektivplan des IfPh der Karl-Marx-Universität Leipzig, Auszug; Einschätzung der politisch-ideologischen Arbeit am Philosophischen Institut der Karls-Marx-Universität durch die Leitung der SED-Grundorganisation des Instituts im Jahre 1957; Ernst Blochs Selbstentlarvung.

G. Späte Rehabilitierung

S. Heppener: Vorbemerkungen zu den Auszügen aus dem Protokoll der "Blochschen Freiheitskonferenz 1956" (Berlin 1991).

H. Zeitzeugen geben zu Protokoll

Prof. R. Rochhausen; Prof. A. KLein.

Bezug bei: Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e.V.,
c/o Michael Franzke, Hamburger Str. 14, O - 7021 Leipzig

hochschule ost

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR * Kritische Begleitung des Umbauprozesses * Perspektiven der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft * Analysen * aktuelle Berichte * Rezensionen * Literaturinformation * Dokumentation

Herausgeber:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Uni Leipzig

bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink" * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frankfurt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Streitsache Latinum * Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost

in hso veröffentlichten und veröffentlichen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Mattthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Elke Uhl, Frank Geißler, Ilko-Sascha Kowalczuk, Torsten Bultmann, Hans-Uwe Feige, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Christian Dahme, Helmut Haberlandt, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Joachim Rohde, Christian Füller, Uta Starke, Marlis Dürkop u.a.

hso erscheint monatlich
jeweils 70 Seiten

Kopiervorlage

Bestellung

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":

1. ein Exemplar zum Kennenlernen

2. ..... mal das Journal im Normal-Abonnement für 55,- DM

3. ..... mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/ StudentInnenabonnement für 33,- DM

4. ..... mal im Abonnement für in der akademischen/ studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremium .....) für 20,- DM

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....
Name

.....
Adresse

.....

....
Datum Unterschrift

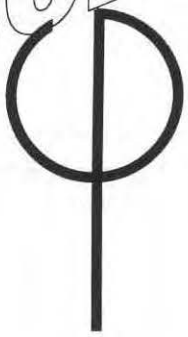
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

.....
2. Unterschrift

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig

WIR DRUCKEN, KOPIEREN UND BINDEN.
RUFEN SIE UNS AN ODER BESUCHEN SIE UNS.
WIR BERATEN SIE GERN.

FARBKOPIEN
PLAKATE
DIPLOMARBEITEN
DISSERTATIONEN
ZEITSCHRIFTEN
FLUGBLÄTTER



BÜRO PAUSELIUS
OSTSTRASSE 24
O-7050 LEIPZIG
TEL. 6 43 21